

Hinterland

28/2015 4,50 euro

Was tun?!



„EIN PLATZ FÜR ALLE“



Street - Art
16.-17. Mai 2015
ab 14 Uhr
Bayernkaserne

STRASSENKUNST ZUM MITMACHEN

Im Mai wird der neue Platz vor der Erstaufnahme für Asylbewerber
EIN PLATZ FÜR ALLE - für Bewohner und Zuagroaste, Münchner und
Von-weiter-weg-Angereiste, Künstler, Musiker und Familien.

Mit Straßenkünstern von Street-Art bis Breakdance, Guerilla-Stricken bis
Open-Mike zum Zuschauen, Kennenlernen und Mitmachen! Eintritt frei.



Kulturzentrum
Mohr-Villa Freimann e.V.
Situlistraße 75
80939 München

+49 (89) 32 43 264
treffpunkt@mohr-villa.de
www.mohr-villa.de

Hinterland



Das Magazin
für kein ruhiges.

Hinterland #28
März, April, Mai 2015

IMPRESSUM

Titel: Fisch Herkules, Matthias Weinzierl, 2015

Herausgeber:
Bayerischer Flüchtlingsrat
Augsburgerstraße 13
80337 München

Verantwortlich: Matthias Weinzierl
Redaktion: Agnes Andrae, Andrea Böttcher,
Christian Steinmüller, Doro Chlumsky, Elena
Stingl, Elia Rubi, Friedrich C. Burschel, Florian
Feichtmeier, Jessica Schallock, Katalin Kuse,
Marianne Walther, Niko Schreiter, Sophie
Elixhauser, Stephan Dünwald, Tom Reiss

*Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.*

Kontakt: redaktion@hinterland-magazin.de
Gestaltung: Matthias Weinzierl
Druck: Ulenspiegel Druck GmbH & Co. KG
Birkenstraße 3, 82346 Andechs
Auflage: 1.500 Stück
Website: Anton Kaun
Anzeigen: anzeigen@hinterland-magazin.de
Jahresabo: 21,00 Euro
Abo-Bestellung: abo@hinterland-magazin.de

www.hinterland-magazin.de

gefördert von der UNO-Flüchtlingshilfe

*Eigentumsvorbehalt:
Diese Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis
sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.
Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im
Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefange-
nen nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem
Grund der Nichtaushändigung in Form eines rechtsmit-
telfähigen Bescheides zurückzusenden.*

4
zitiert & kommentiert
von Hubert Heinhold

italien

5
Blutorangen
Illegalisierte Arbeiter in Süditalien
Eine Fotostrecke von Diana Reiners, Carole und Gilles Reckinger

was tun?!

15
Denk ich an Deutschland in der Nacht
Die Hilfe der Helfenden fruchtet nicht, wenn der Staat zum Rassismus erzieht
Von Human

17
Über den Tellerrand kotzen
Spendenbereite können oft nicht unterscheiden, wer eigentlich Spendenakquise im Namen der Flüchtlinge betreibt
Ein Widerspruch von Christian Jakob

21
Soziale Arbeit: Hier werden Sie geholfen
Übt Soziale Arbeit manipulative Kontrolle aus oder geht es vor allem um Dienstleistung und Empowerment?
Von Julia Wiesinger

25
Die Undankbaren
Hungerstreikende Flüchtlinge sind undankbar, sagt das Bayerische Innenministerium. Doch wofür sollen sie sich eigentlich bedanken?
Eine Antwort von Stephan Dünnwald

28
Ehrenamt:
„Einfluss und Macht können ein Motiv sein“
Warum helfen Sie? Über die Motivlagen weiß Dr. Horst Heydbrink Bescheid
Ein Interview von Christian Steinmüller

30
Die Leute wollen weiße Kohle kaufen
Kunst, Presse und Unterhaltungsindustrie entdecken zunehmend Flüchtlinge als Aufhänger für magere Ideen
Eine Polemik von Matthias Weinzierl

37
Ein freundliches Wort ist auch nicht nichts
Oder doch nur ein Teekränzchen im Riesenlagerleben? Wir haben eine Ehrenamtliche im Erstaufnahmehotel der Münchner Bayernkaserne befragt
Ein Interview von Jessica Schallock

43
Schlanker Staat, volles Sofa
Wie der Staat sich seiner Aufgaben entledigt und die Unterbringung von Flüchtlingen privatisieren will
Ein Kommentar von Christian Jakob

48
„Frau Afshar engagiert sich in der Kleiderkammer“
Wie sich Asylsuchende im Heimalltag selbst helfen
Von Philipp Schäfer

51
Was tun wenn's brennt?
Ein Leitfaden für Ehrenamtliche im Flüchtlingsbereich, die im Einzelfall helfen wollen
Von Stephan Dünnwald

54
Rechtlos im Rechtsstaat
Über die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten für Illegalisierte in München das Mindeste einzufordern. Birgit Poppert vom Café 104 erzählt über ihre Arbeit
Ein Interview von Agnes Andrae

türkei

58
Der Exodus aus Syrien und die Konsequenzen für die Türkei
Die Türkei nimmt in einem Monat mehr syrische Flüchtlinge auf als die EU in drei Jahren. Über Arbeitssuche, Staatenlosigkeit und fehlende Perspektiven
Von Katharina Schmidt

queer

68
Abartige gegen Abschiebung
LGBTIQ-Flüchtlinge sind in erböhtem Maße Ressentiments ausgesetzt. Das Vorreiterprojekt Rosa Lila Villa in Wien bietet Schutz und Austausch.
Von Marty Huber

antira-server

70
Ein Server stellt sich vor und braucht Euch
Über das Werden und Bleiben des antirassistischen Serverprojekts antira.info
Ein Spendenaufruf von antira.info

nsu

72
Augenschein des Terrors
Eine Reise zu den NSU-Tatorten
Eine Fotostrecke von Friedrich C. Burschel

85
lesen

Kritik am Rechtsextremismus und Kritik daran
Es gibt in Österreich einen kritischen Begriff des Rechtsextremismus. Da schau her! Nicht nur deshalb ist dieser Sammelband lesenswert.
Eine Rezension von Nikolai Schreiter

nachgehakt

86
Von allen guten Geistern verlassen?
Über das Geschwurbel von „Geisterschiffen“
Eine Sprachkritik von Sebastian Huber

Editorial

Liebe Leute,

mit den steigenden Flüchtlingszahlen steigt einerseits die Masse an rassistischen Anfeindungen gegen Geflüchtete und Asylunterkünfte. Manchenorts spült es einen unappetitlichen Mob auf die Straße. Andererseits zeigen sich immer mehr Menschen solidarisch mit Geflüchteten, allein 15.000 demonstrierten unter dem Motto „Flüchtlinge sind willkommen!“ in München. Und viele Menschen wollen ehrenamtliche Hilfe leisten. Doch was ist überhaupt zu tun? Was wird schon getan und: Was leistet eigentlich der Staat, bzw. was leistet sich da eigentlich der Staat?! Letztendlich ist ehrenamtliche Hilfe gerade heute ausgesprochen wichtig. Aber der Grat ist schmal zwischen Engagement, Paternalismus und Elendsprofiteuren. Dafür wollen wir mit dieser Ausgabe ebenfalls sensibilisieren. Wir haben darüber hinaus junge Menschen zu Wort kommen lassen, die einen Freiwilligendienst in anderen Ländern absolviert haben. Diese Fragebögen findet Ihr über das Heft verteilt.

In diesem Sinne, viel Spaß beim Lesen!
Eure Hinterland-Redaktion

„Gewaltige Probleme mit jungen Flüchtlingen“

Bild-Zeitung am 20.08.14

Hubert Heinhold
*ist Rechtsanwalt
und im Vorstand
des Fördervereins
Bayerischer
Flüchtlingsrat e.V.
und bei Pro Asyl.*

Diese alte Schlagzeile zieht der immer reaktionärer werdende Frank Plasberg für die Sendung „Hart aber fair“ vom 23.02.2015 aus dem Papierkorb, um sich der Sorgen der Pegida-Anhängerinnen und -anhänger anzunehmen. Denn die Polizei beschönige und behaupte im Gegenteil „offiziell“, „nur ein sehr kleiner Teil mache als Intensivtäter Probleme“. Tatsächlich wird jeder, der sich um Flüchtlinge kümmert, schon erfahren haben, dass es auch unter ihnen Stinkstiefel gibt. Manche sind nur anspruchsvoll und nie zufrieden zu stellen; andere verkennen die Sitten und Gepflogenheiten und gehen deshalb fehl; manche sind durch ihre Erfahrungen und Erlebnisse so „verbogen“, dass sie nicht immer situationsgerecht reagieren; und einige sind schlicht und einfach kriminell. Dies zu erkennen und offen auszusprechen ist nicht weiter schlimm, sondern nötig. Bei den Helferinnen und Helfern baut es Frust ab, den idealistische Vorstellungen erzeugen könnten. Schon manche von ihnen haben sich aus Enttäuschung zurückgezogen, wenn sie erfahren

haben, dass nicht alles, was ihnen erzählt wurde, stimmt und dass auch ihre großmütigen Geschenke einen Ladendiebstahl nicht verhindert haben. Solche Illusionen müssen platzen, denn Not und Elend macht die Menschen nicht besser.

Dies zu akzeptieren ist nicht nur für das eigene Seelenheil nötig, sondern auch für die Gesellschaft. Denn nur dann wird den Flüchtlingen keine Sonderrolle zugewiesen, nur dann werden sie als gleich akzeptiert, als Menschen wie Du und Ich. Sie nerven manchmal mit den uns fremden Lebensgewohnheiten und erfreuen uns, weil sie unseren Horizont erweitern – genau wie der deutsche Wohnungsnachbar, der mit seiner lauten Musik aneckt und mit Blumengießen und Gefälligkeiten hilft. Wir müssen akzeptieren, dass die Vielfalt der neuen Mitbewohnerinnen und Mitbewohner auch ihre Schattenseiten hat. Auch damit zu leben, ist die beste Antwort, die man denjenigen geben kann, die ihre Einfall zur gesellschaftlichen Norm erheben wollen.<



Blutorangen

Die Lebensbedingungen afrikanischer Orangenpflücker in Rosarno

Arbeitslosigkeit, katastrophale Wohnbedingungen und schlechte medizinische Versorgung: Flüchtlinge in Kalabrien müssen mitten in Europa in bitterster Armut und Perspektivlosigkeit leben. Bilderserie von Diana Reiners, Carole und Gilles Reckinger.



Eine Tonne Arbeit

Lediglich 50 Cent verdienen die Arbeiter pro 22-Kilogramm-Kiste gepflückter Orangen. An einem Tag können sie maximal 25 Euro verdienen. Doch die meisten finden nur wenige Tage im Monat Arbeit. Arbeitsverträge gibt es fast nie, oft werden sie zudem um ihren Lohn betrogen.



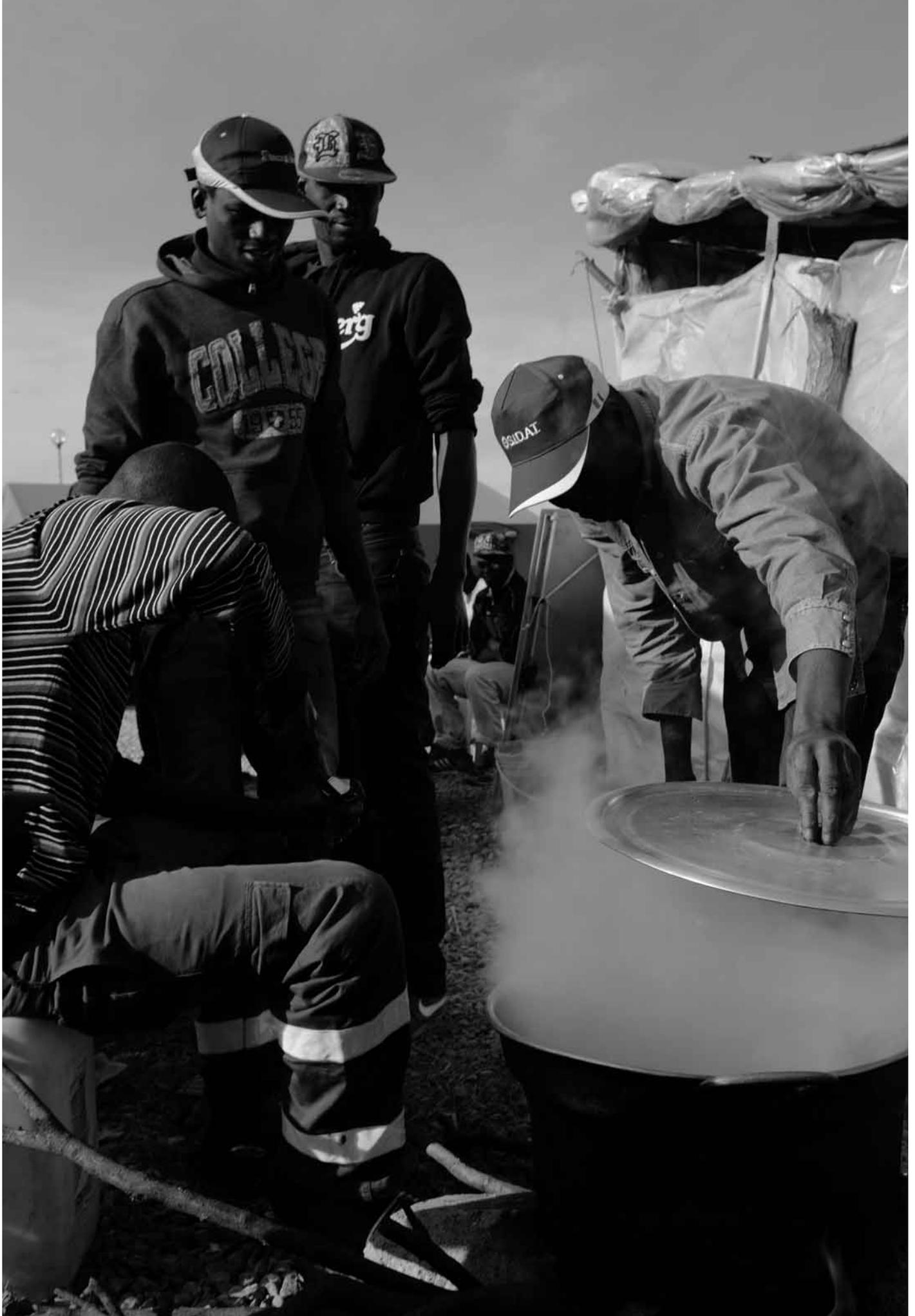
Platzmangel

Mehr als 2000 afrikanische Saisonarbeiter leben in den Wintermonaten in Rosarno. Sie verdienen meist nicht genug, um sich eine Unterkunft leisten zu können. Die Notschlafstätten bieten aber nur 780 Personen Platz. Es gibt vier Sanitärcontainer mit Wasserzugang und Gemeinschaftstoiletten.



Slums mitten in Europa

Um das Zeltlager bildet sich im Winter ein ausgedehnter Slum aus plastikverstärkten Zelten, wo jene unterkommen, die keinen Platz mehr im Lager finden konnten. Die Slumbewohner kriechen durch ein Loch im Zaun, um den Wasserzugang der Sanitärcontainer des Zeltlagers mitzubeneutzen.





Aus der Not heraus

In einem Waldstück nahe der Stadt haben ein Dutzend Männer ein kleines Camp errichtet. Obwohl sie weder Wasser noch Strom haben, seien die Lebensbedingungen besser als im überfüllten Zeltlager, sagen sie.



Geteiltes Leid

Die Männer legen zusammen, um Lebensmittel zu kaufen. So können sie jeden Tag etwas essen, auch wenn sie keine Arbeit gefunden haben.



Die Stadt Rosarno in Kalabrien (Italien) liegt umgeben von einem undurchdringlichen Labyrinth aus Feldwegen zwischen eingezäunten Orangerhainen. Überall entlang der Ausfallstraßen der Stadt warten afrikanische Erntearbeiter und hoffen darauf, dass ein Lieferwagen anhält, um sie für einen Tag anzuheuern. Die meisten von ihnen sind über die Insel Lampedusa nach Europa gekommen. Das feuchtkalte Winterwetter kriecht einem in alle Glieder. Außer den Wartenden sind die Straßen wie leergefegt. Auch wenn sie keine Arbeit finden, harren die Tagelöhner in der Kälte aus; sie haben keinen anderen Ort, an dem sie sich aufhalten können.

Kalabrien ist ein trostloses Auswanderungsland. Die Arbeitslosigkeit ist hoch und Korruption weit verbreitet. Tourismus gibt es hier kaum. Ganze Dörfer liegen verlassen, Häuser und Fabriken verfallen, man sieht viele Rohbauten. Unter der Kontrolle der kalabrischen Mafia in Wirtschaft und Politik verodet das Sozialwesen der Gegend.

Geteilte Not

Das Innenministerium hat in einem nahegelegenen Industriegebiet ein Notlager mit Zelten für die Orangerpflücker errichtet. Das Lager quillt völlig über: 500 Plätze bietet es, wenn man sich zu acht ein Zelt teilt. Müll liegt in den Pfützen, er wird nicht abgeholt. Strom wurde nie angeschlossen, das kann sich die Gemeinde nicht leisten. Manche haben die Straßenbeleuchtung angezapft. Ohne Kühlschränke stopfen viele ihr Essen, auch frisches Fleisch, unter ihr Feldbett. Hinter dem offiziellen Notlager ist auf dem schlammigen Boden ein fast ebenso großer Slum entstanden. Wer keinen Platz in den Katastrophenschutzzelten finden kann, haust dort in Hütten aus Karton, Plastik und Holzpaletten.

Um überhaupt einen Schlafplatz zu bekommen, müssen die Wanderarbeiter mindestens einen Monat vor Beginn der Ernte eintreffen. In der Wartezeit bis zum Saisonbeginn wohnen sie ohne Einkünfte im Lager. Die Rücklagen dafür kann sich hier eigentlich niemand leisten:

In den drei Monaten der Orangensaison kann ein Erntearbeiter insgesamt höchstens 1000 Euro verdienen, manche jedoch nur 200 Euro in drei Monaten. Die meisten schicken den Großteil des Geldes an ihre Familien in den Herkunftsländern.

Unter den Arbeitern ist die Stimmung einmütig. Sie teilen ihre Notlage. Man leiht sich gegenseitig Fahrräder, kocht zusammen über offenem Feuer im Freien oder stellt seine Fähigkeit in den Dienst der Allgemeinheit. Ein Mann, der eine Haarschneidemaschine besitzt, ist der Friseur. Ein anderer repariert Fahrräder oder betreibt vor seinem Zelt mit einer Mehrfachsteckdose eine Handyladestation.

Von medizinischer Versorgung kann keine Rede sein. Unabhängig vom Aufenthaltsstatus steht den Arbeitern das Recht auf medizinische Notversorgung zu. Einen öffentlichen Transport zwischen dem Lager und dem 20 Kilometer entfernten Krankenhaus gibt es allerdings nicht. Ein Mann verstarb, weil der gerufene Krankenwagen nicht erschien: Das Zeltlager habe keine gültige Adresse.

Schlechte Chancen auf Arbeit

Nahe Rosarno hat ein knappes Dutzend Flüchtlinge aus Darfur in einem Waldstück ein kleines Camp mit Zelten aus Plastiktüten errichtet. Einer der Männer, Abit, erzählt uns in fehlerfreiem Italienisch, dass er seit vier Jahren im Land sei. Er kam als Bootsflüchtling aus Libyen und wurde von der Küstenwache aufgefunden, gerettet und direkt nach Sizilien gebracht. 50 Menschen befanden sich an Bord des Bootes. Acht Tage waren sie auf See, zwei Menschen starben auf der Reise. Die Überlebenden bekamen Asyl.

Italiens Kapazitäten zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen sind viel zu knapp und längst erschöpft. Die Zahl der landesweiten Plätze soll in den nächsten Jahren verfünffacht werden. Dennoch stehen sie in keinem Verhältnis zur Zahl der Bootsmigrantinnen und -migranten, die vor allem auf der Insel Lampedusa landen: Im Jahr 2014, in dem als Folge der Schiffskatastrophe vor Lampedusa mit über 300 Toten die Aktion *mare nostrum* ins Leben gerufen wurde, wurden 160.000 Menschen von der italienischen Küstenwache gerettet.

Flüchtlinge, die immerhin ein Arbeitsrecht haben, nehmen jede Arbeit an, allein um zu überleben. In Kalabrien ist die Arbeitslosigkeit ohnehin hoch, und

Ein Mann verstarb, weil der gerufene Krankenwagen nicht erschien: das Zeltlager habe keine gültige Adresse.

die Menschen aus den afrikanischen Ländern finden kaum andere Arbeit als auf den Obst- und Gemüseplantagen. Migrantinnen und Migranten hingegen finden eher in den Großstädten Arbeit: im untersten Dienstleistungssektor, als Reinigungs- und Pflegekräfte, oder in der Prostitution.

Slums mitten in Europa

Abit lädt uns zu einem Rundgang im Camp ein. Aufgebockt auf Ziegelsteinen und Autoreifen stehen kleine Igluzelte. Karton umwickelt und verstärkt sie. Zusätzliche Schichten aus Plastikfolie dichtet sie gegen das feuchtkalte Wetter ab. Abit meint, es sei hier angenehmer, als im offiziellen Zeltlager: jeder habe ein Zelt für sich. Seines habe zwanzig Euro gekostet. In einer Wellblechhütte in der Mitte, die als Küche dient, steht auf dem nackten Erdboden ein alter Gaskocher. Wasser holen die Männer mit Kanistern in einer nahegelegenen Fabrikanlage. Sie wärmen sich am Feuer unter freiem Himmel. Die einzigen Sitzgelegenheiten sind ein alter Hocker und ein kaputter Bürostuhl. Die anderen sitzen auf einem umgestürzten Stamm der morschen Pappeln. An einem Baum hängt ein Wassereimer mit einem Strick. Die Dusche ist mit undurchsichtigen Planen gegen Blicke geschützt. Den Boden bilden umgedrehte Orangenkisten, damit man nicht im Schlamm steht. „Wenn man unter solchen Bedingungen leben muss, darf man nicht schmutzig sein“, sagt Abit.

Seit 25 Tagen ist Abit in Rosarno. Bis jetzt hat er nur an fünf Tagen Arbeit gefunden. An guten Tagen kann er bis zu 25 Euro verdienen. Der Fahrer des Lieferwagens verlangt von jedem Arbeiter drei Euro für die Fahrt zum Feld. „Oft hängen die Orangen sehr hoch, dann ist die Arbeit beschwerlich. Man darf aber keine übersehen, oder eine unreife Frucht pflücken, denn dann zieht der *capo* eine ganze Kiste vom Lohn ab.“ Oft werden die Löhne am Ende des Tages unter Vorwänden von den Vorarbeitern nicht ausbezahlt.

Während unseres Gesprächs kommen die anderen Männer nach Hause. Sie halten ihre durchnässten Pullover, Socken und Mützen in die Flammen des Feuers, immer gerade so lange, dass sie nicht in Brand geraten. Richtig trocken werden die Kleider nie, sagen sie uns. Die Männer im Camp legen ihr wenig Geld zusammen, um Lebensmittel zu kaufen. So können auch diejenigen von ihnen essen, die an diesem Tag keine Arbeit gefunden haben.

Dr. Diana Reiners
Kulturanthropologin
(Luxemburg),

Gilles Reckinger,
Univ.-Prof. für
Interkulturelle
Kommunikations-
und Risikoforschung
(Innsbruck),

Carole Reckinger,
Sozialwissenschaftlerin
und Fotografin
(Luxemburg),

erforschen seit 2009
die Lebensbedingungen
von MigrantInnen
in Lampedusa
und Kalabrien.
Siehe Gilles
Reckinger:
LAMPEDUSA.
BEGEGNUNGEN AM
RANDE EUROPAS,
Wuppertal: Peter
Hammer Verlag
2013.

Die Ergebnisse ihrer
Forschung sind als
Wanderausstellung
"Bitter Oranges"
verfügbar. Nächste
Termine, Ausstel-
lungsorte und
nähere Informatio-
nen unter
www.bitter-oranges.com

Bürger und Entrechtete

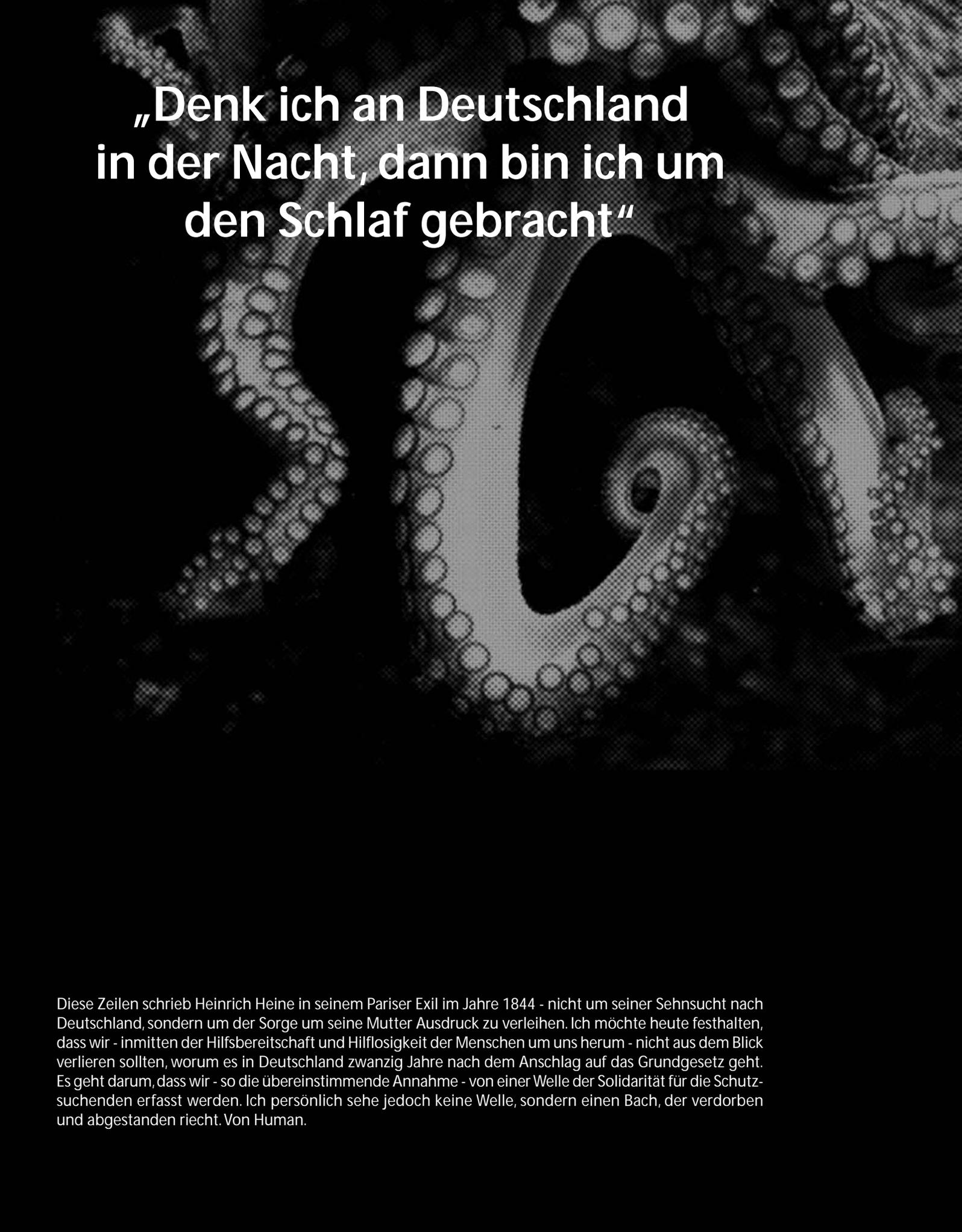
Südeuropas Obst- und Gemüsewirtschaft hat einen hohen Bedarf an irregulären Saisonarbeiterinnen und -arbeitern. Die Rechtlosigkeit der Flüchtlinge und ihre existenzielle Notlage macht sie hierfür besonders leicht auszubeuten. Viele haben seit Jahren einen Fluchtweg durch ganze Kontinente hinter sich. Sie haben Familien, Frauen und Kinder zurückgelassen. Auf der Flucht vor ihren lebensbedrohlichen Heimatländern entpuppt sich Europa als erneute Sackgasse.

An keinem Punkt seiner Reise habe er unter solch miserablen Bedingungen leben müssen, sagt uns einer der Männer. Die meisten Menschen aus Afrika, die es hierher schafften, hatten als Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter in Libyen oder Syrien immerhin irgendeine Arbeit und ein Dach über dem Kopf. Sie konnten Geld nach Hause schicken. Bis dort Krieg ausbrach und sie sich abermals auf die Flucht machen mussten. Von Europa geträumt haben sie nie.

Flüchtlinge in Kalabrien sind Gefangene der Festung Europa.

Wer durch die restriktive Migrationspolitik der EU-Länder weder als Flüchtling anerkannt wird, noch einen Aufenthaltsstatus aus humanitären Gründen erhält, wird zum Illegalisierten. In Italien erhält etwa die Hälfte der abgewiesenen Asylbewerberinnen und Asylbewerber einen Ausweisungsbescheid. Sie müssen dann innerhalb von zwei Wochen das Land verlassen. Doch abgeschoben werden die wenigsten. Mit den meisten Herkunftsländern gibt es kein Rücknahmeabkommen.

Flüchtlinge in Kalabrien sind Gefangene der Festung Europa. Ohne Papiere, Visum und Geld können sie nicht ausreisen. Machen sie sich auf den Weg nach Österreich oder Frankreich, riskieren sie, in das Ersteintrittsland zurückgeschickt zu werden. So will es die Dublin II-Verordnung. Sie haben keine andere Wahl, als in Italien unter Bedingungen zu arbeiten, denen sich die Einheimischen schon lange verweigern. Ergebnis jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Kämpfe war die Absicherung der Lohnarbeit zum Schutz der Einheimischen. Jenseits des gewerkschaftlichen Schutzes werden Flüchtlinge in Italiens Plantagenregionen wie Sklaven behandelt. Um ihre Rechte steht es ebenso, wie um ihre Zeltlager: Sie versinken im Schlamm und liegen außer Sichtweite des geschützten Lebens der europäischen Festung.<



**„Denk ich an Deutschland
in der Nacht, dann bin ich um
den Schlaf gebracht“**

Diese Zeilen schrieb Heinrich Heine in seinem Pariser Exil im Jahre 1844 - nicht um seiner Sehnsucht nach Deutschland, sondern um der Sorge um seine Mutter Ausdruck zu verleihen. Ich möchte heute festhalten, dass wir - inmitten der Hilfsbereitschaft und Hilflosigkeit der Menschen um uns herum - nicht aus dem Blick verlieren sollten, worum es in Deutschland zwanzig Jahre nach dem Anschlag auf das Grundgesetz geht. Es geht darum, dass wir - so die übereinstimmende Annahme - von einer Welle der Solidarität für die Schutzsuchenden erfasst werden. Ich persönlich sehe jedoch keine Welle, sondern einen Bach, der verdorben und abgestanden riecht. Von Human.

Die große Frage ist, warum sich die Helfenden gerade jetzt empören, wo die Zerstörung von Menschenleben durch die vertrackte Flüchtlings- und Asylgesetzgebung doch seit 1993 Teil der deutschen Geschichtsschreibung geworden ist. Wenn die Helfenden es ernst meinen mit der Hilfe, dann müssten sie auch deutlichere Zeichen gegen die diskriminierenden und zum Teil auch gesetzwidrigen Rahmenbedingungen für Flüchtlinge und Asylsuchende setzen. Sie müssten auf die Straße gehen - wie nach der Fukushima-Katastrophe - und einen wirklichen Wandel in der Flüchtlings- und Asylpolitik verlangen.

Die Helfenden greifen jedoch bei ihrer Hilfe auf veraltete und zum Teil kolonialistische Bilder zurück. So wird hier deutlich, was seit Jahrzehnten in der Entwicklungshilfe sichtbar ist. Die Unmündigkeit der Hilfesuchenden aufrecht zu erhalten und die Abhängigkeit von den Helfenden zu sichern spielt auch hier eine nicht unbedeutende Rolle. Wir müssen nicht mehr nach Kongo oder Sri Lanka, um dort Entwicklungshilfe zu leisten. Wir können unser Gewissen auch beruhigen, indem wir den Menschen hier bei uns ein wenig Hilfe leisten. Die Hilfe fruchtet jedoch nicht, wenn der Staat zum Rassismus erziehen möchte. Warum hat der Staat Erfolg damit, diskriminierende Gesetzgebungen umzusetzen? Weil die Bevölkerung nicht nur desinteressiert ist, sondern die menschenverachtende Politik gegenüber Asylsuchenden und Flüchtlingen mitträgt.

Wenn die Flüchtlinge die Hilfe der Helfenden nicht wertschätzen, dann endet die Hilfe und die Flüchtlinge werden in den Wirren der Bürokratie allein gelassen. Die Flüchtlinge müssen sich nicht bedanken, denn es ist auch unser Konsumverhalten, das die Menschen zwingt, ihre Geburtsorte zu verlassen. Solange es humanitäre Interventionen gibt und solange wir diese mittragen, solange wird es auch Flüchtlinge geben. Solange wir „menschlichen Abfall“ der deformierten Gesellschaft produzieren und exportieren, solange wird es auch Flüchtlinge geben. Solange unsere Sprache Brandsätze erzeugt und Menschenleben im In- und Ausland vernichtet, solange wird es Flüchtlinge geben.

Die Hilfe ist für viele Helfende eine Befreiung aus ihrer selbstgemachten und -gewählten Zivilisation und umgekehrt begehren sie die Natur und die Lebensweise „primitiver“ Völker als Ideal, befreit von den Zwängen der Zivilisation. In Wirklichkeit jedoch ist jeder Akt der Hilfe auch eine „soziale Praktik der Ausgrenzung, der Gewalt, der Intoleranz, der Erniedrigung und der Diskriminierung [...] sowie Repräsentationen von Phantasmen, die das Bedürfnis suggerieren, den sozialen Körper („Volkskörper“) zu reinigen, seine Identität zu bewahren

und ihn von allen Formen der Durchmischung, Kreuzung und Invasion zu beschützen“¹.

Die Menschen, die sich seit Jahrzehnten für eine Verbesserung der Lebenssituation und -realität der Flüchtlinge einsetzen, sehen die Helfenden ebenfalls mit kritischem Blick, denn die neue Form der Hilfe ist der alten Form der Ausgrenzung und Ablehnung nicht unähnlich. Die Aktiven in der Flüchtlingsarbeit bemängeln die paternalistische und undifferenzierte Vorgehensweise der Helfenden. Das größte Paradoxon offenbart sich in Bayern: Während auf der einen Seite die Menschen hier die katastrophale Situation der Flüchtlinge in Bayern bemängeln, wählen sie auf der anderen Seite mit großer Mehrheit bei den nächsten Wahlen die CSU, die mit ihrer Politik für die inhumane und starre Flüchtlingspolitik verantwortlich gemacht werden kann. Dieses Phänomen ist auch auf der Bundesebene sichtbar und beschränkt sich nicht nur auf eine politische Partei.

Nicht nur die Dingsda-Demos in Dresden bringen mich um den Schlaf, sondern auch die Hilfe der Helfenden. Die Verdammten dieser Erde müssen sich selbst aus den Folterinstrumentarien dieses Staates befreien und können sich im Moment nicht auf die Unterstützung der Bevölkerung in Deutschland verlassen.

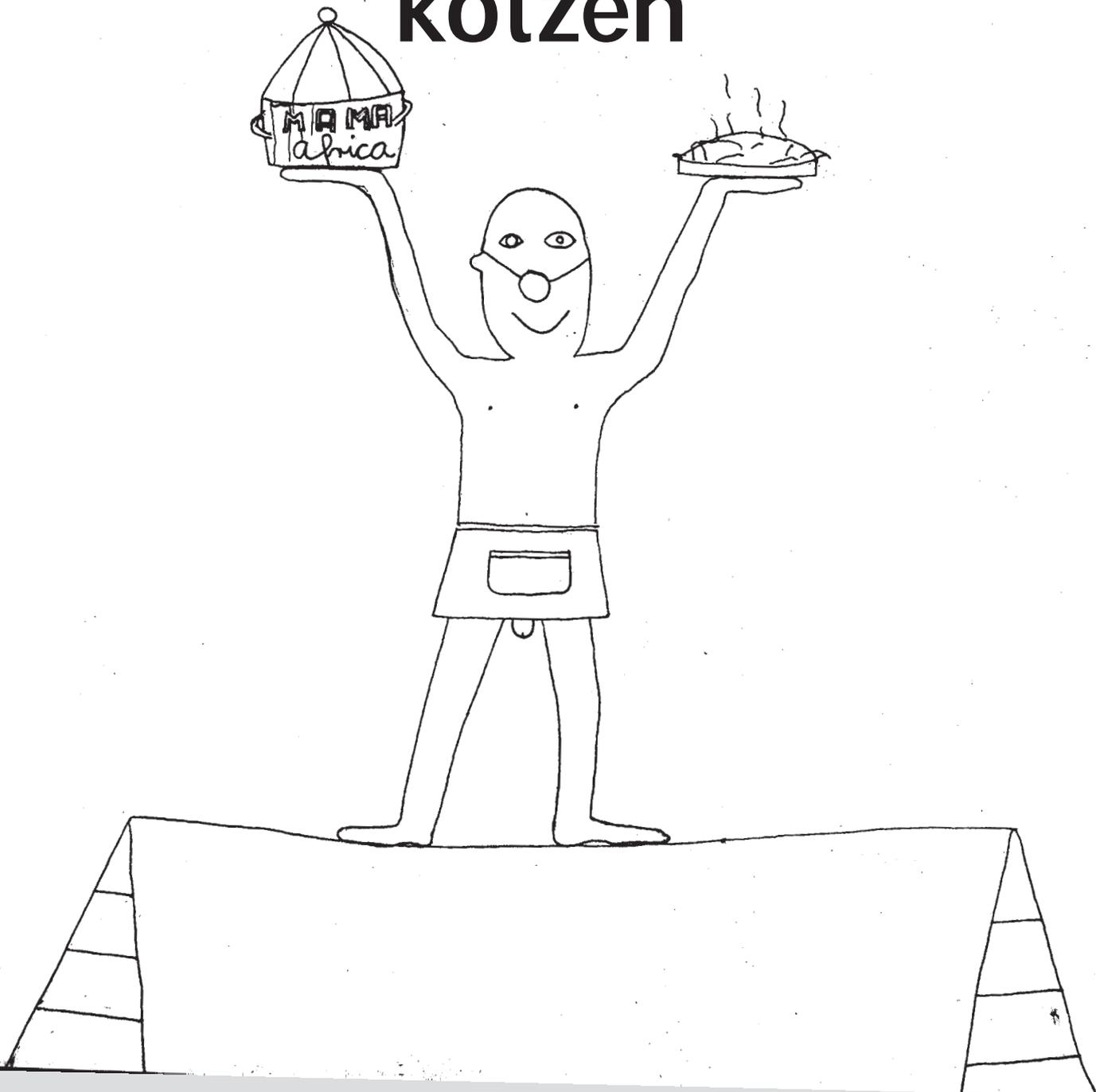
Wenn ich nachts die Augen schließe, sucht mich immer der gleiche Traum heim: Ich gehe aus dem Haus und vor mir liegt eine Riesen-Tentaculata. In der Mitte dieser sind die Begriffe BAMF und BIM gestempelt. Die Tentakel, also die Fü(h)l(er), schreiben im Minutentakt Briefe an die Flüchtlinge und Schutzsuchenden in diesem Land. Die Bevölkerung ignoriert das Treiben des Tentaculata; jedoch schlägt sie immer wieder mit ihren Fühlern um sich und sticht in die Herzen und Hirne der Bevölkerung. Die getroffenen Menschen projizieren die Bilder aus ihren Köpfen auf die Fernschirme und Tageszeitungen. Sie suchen wie Drogenabhängige nach Nachrichten, die Flüchtlinge und Schutzsuchende betreffen. Sie wollen helfen und können doch nicht, weil sie sich am Ende der Tentaculata völlig überlassen und nicht fähig sind, Sympathie und Empathie auszustrahlen.

Ich wache auf und gehe aus dem Haus. Ich sehe die Tentaculata vor mir, auf ihrem Rücken sind die Begriffe Asylverfahrensgesetz, Asylbewerberleistungsgesetz und Aufenthaltsgesetz tätowiert. Sie ist ein fester Bestandteil der Gesellschaft geworden und solange dies so bleibt, kann die Hilfe der Helfenden für die Flüchtlinge und Schutzsuchenden nicht herrlich und solidarisch sein. Denn eine Demokratie ist keine Demokratie, solange die Regierung rassistische Gesetze erlässt.<

Human
ist assimilierter
Ausländer und lebt
an der deutsch-
österreichischen
Grenze

¹ Balibar, E.: *Is there a „neo-racism“?* In: Balibar/Wallerstein, Hrsg. (1991): *Race, Nation, Class: Ambiguous Identities*. London, S. 17-18.

Über den Tellerrand kotzen



Der schmale Grat zwischen Engagement, Paternalismus und Elendsprofiteuren

Studierende profilieren sich mit ihrem Social Entrepreneurship Start-Up als sozial engagierte Jungunternehmer mit Hang zu Biobrot. Und ein Hamburger Ideenscout hat seine eigenen Ideen, was Flüchtlinge in St. Pauli brauchen. Aber was hat das mit den Interessen der Flüchtlinge zu tun? Ein Widerspruch von Christian Jakob

Die Okraschoten aus dem Hochland Ostafrikas waren ihnen bis dahin völlig unbekannt. Genauso wie die Rezepte für Erdnussbutter-Suppe aus Ghana oder Fisch-Eintopf aus Nigeria. Ein besonders gutes Rezept? „Ich habe mir gestern noch Biryani gekocht. Das ist ein Reisgericht mit Huhn, Curry und Rosinen“, sagt Carolin. Ninon ergänzt: „Wir haben viele exotische Zutaten, vor allem aus Afrika.“

Carolin und Ninon haben mit Asylsuchenden gekocht. Dabei hat Ninon „gemerkt, dass die meisten Flüchtlinge keine materiellen Dinge brauchen, sondern vor allem Begegnungen mit anderen Menschen.“ Zum Beispiel der Nigerianer Nasir. Sie hat zweimal mit ihm gekocht, „und das hat so viel Spaß gemacht, weil er so ein Strahlen mitbringt“.

Flüchtlinge brauchen keine materiellen Dinge, die strahlen auch so. Junge Kommunikationswissenschafts- und Wirtschaftsingenieurwesen-Studierende schon. Deswegen haben sie ein Start-Up gegründet und sich beim „Funpreneur-Wettbewerb“ der Freien Universität Berlin beworben. Die Zitate stammen aus diversen Zeitungsartikeln, die von ihrem Projekt handeln.

Viel Spaß mit Win-Win

Wer verstehen will, worum es dabei geht, muss wissen, dass das, was andernorts als politisches Engagement läuft, bei aufwärtsorientierten Nachwuchs-Akademikerinnen und Akademikern „Social Entrepreneurship“ heißt – soziales Unternehmertum, weil man dabei praktischerweise auch noch Geld verdient. Und wenn das Ganze besonders viel Spaß macht, heißt es eben „Funpreneur“.

„Nur fünf Euro Startkapital“ hatten sie. Dafür haben sie Lebensmittel gekauft und dann „im Flüchtlingscamp auf dem Oranienplatz gemeinsam mit dem Asylsuchenden Hassan eine Erdnussuppe gekocht“. Schnell merkten sie, berichten sie später, dass es eine „Win-Win-Situation“ ist: „Viel Spaß“ für die Asylbewerber, die sich beim Kochen gern über die Schulter schauen ließen und eine Bombenidee für sie.

Schnell habe es „Anfragen aus ganz Deutschland“ gegeben. Die Idee fand laut Nino Nachahmung in 15 Städten. Für sie und ihre Kollegen war „Kochen über den Tellerrand zu einem Vollzeitjob geworden“, denn das „Konzept wollten sie natürlich in der Hand behalten“. Es ging dann „weniger ums gemeinsame Kochen, das nach wie vor gepflegt werde“, als vielmehr um das Organisieren. „Das ist ein Job, der mir unheimlich viel Spaß macht“, beschrieb die Studentin, die demnächst

an der Elite-Universität Cambridge studieren will, der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen die Situation.

Marktreife Revolutionierung des Integrationsprozesses

Einige Zeit später, so ist ihrer Pressemitteilung zu entnehmen, hatte das soziale Unternehmen „mit einem bislang einzigartigen Aufruf“ Menschen motiviert, auf „Flüchtlinge zuzugehen und sie zum gemeinsamen Kochen einzuladen“. Über soziale Medien habe das Team von Studierenden „knapp 100.000 Menschen“ erreicht und brachte, jawohl, „eine Bewegung ins Rollen.“

Einer der Gründer ist Rafael Strasser, Mitte 20, angehender Wirtschaftsingenieur. Er reüssierte zuvor schon mit dem Start-Up „CupCycle“, das „dem Müll den Kampf angesagt hat“ sowie bei „Room in a Box“, das „Ruck-Zuck-Betten“ aus Wellpappe zur Marktreife gebracht hat. Laut seinem eigenen Karriereportal-Eintrag wurde er dann „executive member“ des „refugee project ÜdTk“. Sein neues Wirken als „Social Entrepreneur Co-Founder bei ÜdTk“ erläutert er so: Mit „unserem all Profit-Ansatz treffen wir uns auf Augenhöhe, erleichtern die gegenseitige Wertschätzung“ und jetzt Achtung: „(r)evolutionieren so den Integrationsprozess“. „All Profit“ soll heißen: Sie verdienen Geld und die Flüchtlinge haben „ganz viel Spaß“.

Fast präsidialer Applaus und Kraut & Rüben

Dafür hat Strasser ein „Hochqualitäts-Kochkurs-Konzept“ designt, schreibt er. Er „kontextualisierte“ die Crowdfunding-Kampagne und koordiniert die „Subunternehmer“ für „Produktion, Vertrieb, Verkauf und Marketing des Buches“. Denn darum ging es neben dem Lebenslauf-Tuning: Ein kommerzielles Kochbuch und spendenfinanzierte Orga-Jobs.

Die „Lebensgefährtin des Bundespräsidenten Joachim Gauck honorierte unseren Ansatz“, schreibt Strasser. Sie kochte gemeinsam mit den Studierenden. „Große Freude“ herrschte auch, als eine Einladung ins Haus flatterte. Sie können ihr Projekt im Deutschen Pavillon auf der Expo in Mailand vorstellen. „Das ist einfach nur toll!“, sagt Ninon.

Irgendwann brauchten sie Hilfe, das heißt dann „up-sizen“. Das Praktikum wurde so beworben: „Wir sind eine Gruppe offener Idealisten mit einer unglaublichen Motivation, wir treiben uns selbst jeden Tag, um so viele Menschen wie möglich zu erreichen und der Welt unsere Vision mitzuteilen.“ Weil sie dafür den größten Teil des Tages gemeinsam verbringen müssen, behandeln

sie sich „wie die Mitglieder einer großen Familie“. Dazu „genießen wir jeden Morgen ein gemeinsames Frühstück im Büro (habt ihr Lust auf frisches Biobrot von Kraut & Rüben, hausgemachtes Apfelchutney und Ingwer-Limette-Pfefferminz-Tee?)“.

In Kompaktkursen bekam das Team Nachhilfe in Projektmanagement, Marketing, Vertrieb und Recht. „Jedes Team bekommt außerdem einen Paten aus der Wirtschaft. Ohne diese Unterstützung hätte uns wohl manchmal ein wenig die Struktur gefehlt“, sagt Bontu.

Unpolitisches Kotgeorgel

Die Start-Upper haben ungefähr jede Crowdfunding-Plattform, jeden Social Media-Kanal und jeden Presseverteiler, den es gibt, vollgespammt und darüber aufgeklärt, welche Apfelpampe sie sich auf ihr Vollkornbrot schmieren. Dazu glossy Fotoserien mit sich, Kochschürze, Löffel und Zahnpasta-Lächeln. Dabei hat dieses sogenannte Flüchtlingsprojekt es fertig gebracht, ihre gesamten Selbstdarstellung vollständig freizuhalten von politischen Hintergründen oder gar einer Position zur Asylpolitik. Auch die Flüchtlinge selbst tauchen nicht auf, ihre Lebensgeschichten sollen lediglich in einem Buch vorgestellt werden, allerdings „weit weg von Politik“.

Finanziell hat sich die Sache gelohnt: Mindestens 40.000 Euro sind allein per Crowdfunding zusammengekommen – Geld, das andere Initiativen, die den Namen „Flüchtlingsprojekt“ verdienen, nicht bekommen.

Am 19. Dezember erschien dann „Rezepte für ein besseres Wir: Koch mit uns über den Tellerrand“, 30 Rezepte, für 24,95 Euro, 2,50 Euro davon gehen an Pro Asyl. „ÜdTk“ soll, versteht sich, weitergehen. Die nächste Spendensammlung dürfte nicht lange auf sich warten lassen.

Man könnte sagen: Na und? Ein Kochrezept hergeben tut nicht weh. Wer weiß, vielleicht hat den Flüchtlingen die ganze Angelegenheit wirklich Spaß gemacht. Ein Schaden dürfte ihnen jedenfalls nicht entstanden sein. Bei anderen Formen des Helfertums ist das nicht immer so.

Bürgerbrücke zwischen St. Pauli und Lampedusa

Ein Beispiel ist Georg E. Möller aus Hamburg-St. Pauli. Der nennt sich „Ideenscout“. Und wie es sich für einen solchen gehört, hat er viele Pläne. Der Gruppe der protestierenden Flüchtlinge wollte der Hamburger Berater, der unter anderem für Opel, die Grünen oder

Deinhard Sekt tätig war, einen neuen Namen geben: „Lampedusa in St. Pauli“ statt „Lampedusa in Hamburg“. So sollte die Verbundenheit zwischen Protest und Stadtteil deutlich werden – und die Distanz zum Hamburger Senat.

Zwischen St. Pauli und der Mittelmeerinsel Lampedusa wollte Möller eine „Bürgerbrücke“ errichten. Keine schnöde Städtepartnerschaft soll das werden, nein, ein „Scharnier zwischen den Denkräumen Afrika und Europa“. Auf Lampedusa will Möller eine „Universität der Hoffnung“ eröffnen, mit zweiwöchigen Kursen, in denen sich Menschen aus Afrika und Europa „gegenseitig mit Know-how versorgen“. Im Sommer 2015 soll es losgehen, die Bürgermeisterin von Lampedusa, Giuisi Nicolini, habe er schon dafür begeistert, erklärte Möller.

Fundraising-Flüchtlingsboot-Mahnmal-Dingsbums

Außerdem will der Ideenscout ein Denkmal errichten: Ein Flüchtlingsboot aus Italien, mitten in Hamburg aufgestellt; zur Erinnerung an all die Toten, aber auch, um den Hamburgerinnen und Hamburgern zu zeigen, unter welcher haarsträubenden Bedingungen Flüchtlinge das Meer überqueren. Zunächst soll das Boot auf Fundraising-Tour gehen – etwa in Theaterfoyers, um damit Spenden zu sammeln. Das Boot will er „vermutlich in einem Akt zivilen Ungehorsams“ aufstellen – schließlich werde sich der Senat nicht gegen seine eigene Politik stellen und das Denkmal genehmigen.

Möller, der unter anderem das von Kulturprominenz unterzeichnete „St. Pauli Manifest“ (www.wirsindmehr.de) zur Unterstützung der Flüchtlinge anschoß, ist einer von Hunderten Förderern von „Lampedusa in Hamburg“. Seit die Gruppe auf den Plan trat, hat sie eine kaum zu überblickende Zahl an Menschen für sich mobilisiert. In einer Stadt, in der linke und kirchliche Gruppen seit vielen Jahren zum Thema Flucht arbeiten, bekam Flüchtlingssolidarität eine nie gekannte Dimension – und Heterogenität.

Nicht immer deckungsgleiche Interessen

Das Beziehungsgeflecht zwischen den Unterstützerinnen und Unterstützern und den Flüchtlingen ist dabei komplex: Ohne Menschen wie Möller, die auf ihre eigene Weise die Flüchtlinge unterstützen, wäre der Protestzyklus längst abgeebbt. Doch die Interessen der Flüchtlinge und jener, die ihnen helfen, sind nicht immer deckungsgleich. Während die Geflüchteten sich in erster Linie für einen Aufenthaltstitel interessieren, sagt Möller: „Ich will den Senat stürzen.“

was tun?!

Als Möller seinen Bootsplan den Flüchtlingen vorstellte, erinnert sich der Nigerianer Friday Emitola von „Lampendusa in Hamburg“, gab es Skepsis. Nicht alle hielten dies für den besten Weg, ihre Geschichte zu erzählen. „Viele fragten: Wären nicht andere Dinge wichtiger, als ein solches Boot zu holen? Wir leben von der Hand in den Mund – könnte man das Geld nicht sinnvoller anlegen?“

Unklare Finanzierung, unklare Profiteure

6.000 Euro, sagt Emitola, soll das Bootsprojekt gekostet haben. Möller hält sich dazu bedeckt. Weder will er sagen, wer ihm das Geld gegeben hat, noch, wie viel er für das Boot bezahlt oder wem er es abgekauft hat. Eine ähnlich sparsame Informationspolitik fährt er gegenüber den Flüchtlingen: „Wir wollten wissen, von wem das Geld kommt und direkt mit der Person sprechen“, sagt Emitola. Doch Möller gab die Identität nicht preis. „Gute, nette Menschen. Vertreter des wohlhabenden, liberalen Bürgertums“, sagte er dazu nur.

Auch die Verhandlungen um den Kauf des Bootes habe Möller erledigt, ohne sie zu beteiligen, sagt Emitola. Er erinnert daran, dass es für Spendenbereite oft nicht zu unterscheiden ist, wer genau Spendenakquise im Namen der Flüchtlinge betreibt. Der Grat zwischen Engagement, Paternalismus und Profiteuren des Elends ist nämlich manchmal schmal.<

Fragebogen Nr.1

23 Jahre, weiblich, Dienst in Ruanda bei der Vereinten Evangelischen Mission

Was hast Du gemacht?

Englischunterricht mit Schülern und Angestellten der Diözese

Warum hast Du den Dienst gemacht?

Ich wollte noch mal „raus“, etwas lernen über mich, über eine andere Kultur und über andere Lebensweisen, bevor ich mich ins Studium stürzen sollte.

Was hast Du durch den Dienst gelernt?

Ich habe gelernt, was mir wichtig ist, wo meine Stärken und Schwächen liegen und wie man mit schrecklichen Chefs umgeht.

Was war dein positivstes Erlebnis?

Freundschaften zu schließen. Plötzlich nicht mehr „die Weiße“ zu sein, sondern „eine von den Ruanderinnen“.

Was war Dein negativstes Erlebnis?

Als der Bischof mich vor der versammelten Jugend mit Lügen bloßgestellt hat und ich somit mein ganzes Vertrauen in alle zunächst verloren hatte.

Welche Probleme ergaben sich während dem Dienst?

Zu wenig Arbeit, „Rollenprobleme“ als Mädchen.

Wolltest Du irgendwann abbrechen?

Ja, als mein Chef und Bischof mich systematisch rausmobben wollte, da ich ihm als junge Frau zu selbstständig und selbstbewusst war und eigene Wege gehen wollte.

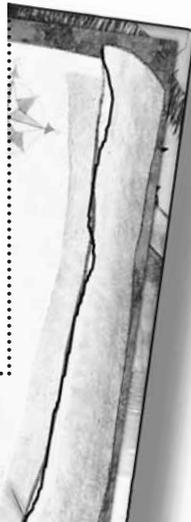
Haben sich Deine Erwartungen vor dem Dienst bestätigt?

Ja, ich habe viel über mich gelernt. Wo meine Grenzen sind, was ich bereit bin aufzugeben und was mir wichtig ist. Über Ruanda, die Kultur und Menschen, habe ich auch sehr viel gelernt.

Hat Dein Geschlecht eine Rolle gespielt?

Ja, sehr stark. vor allem in der Interaktion mit meinem Chef/Bischof, der mich für eine Frau zu selbstbewusst und selbstständig fand und somit ein schlechtes Vorbild für andere Mädchen in der Gemeinde.

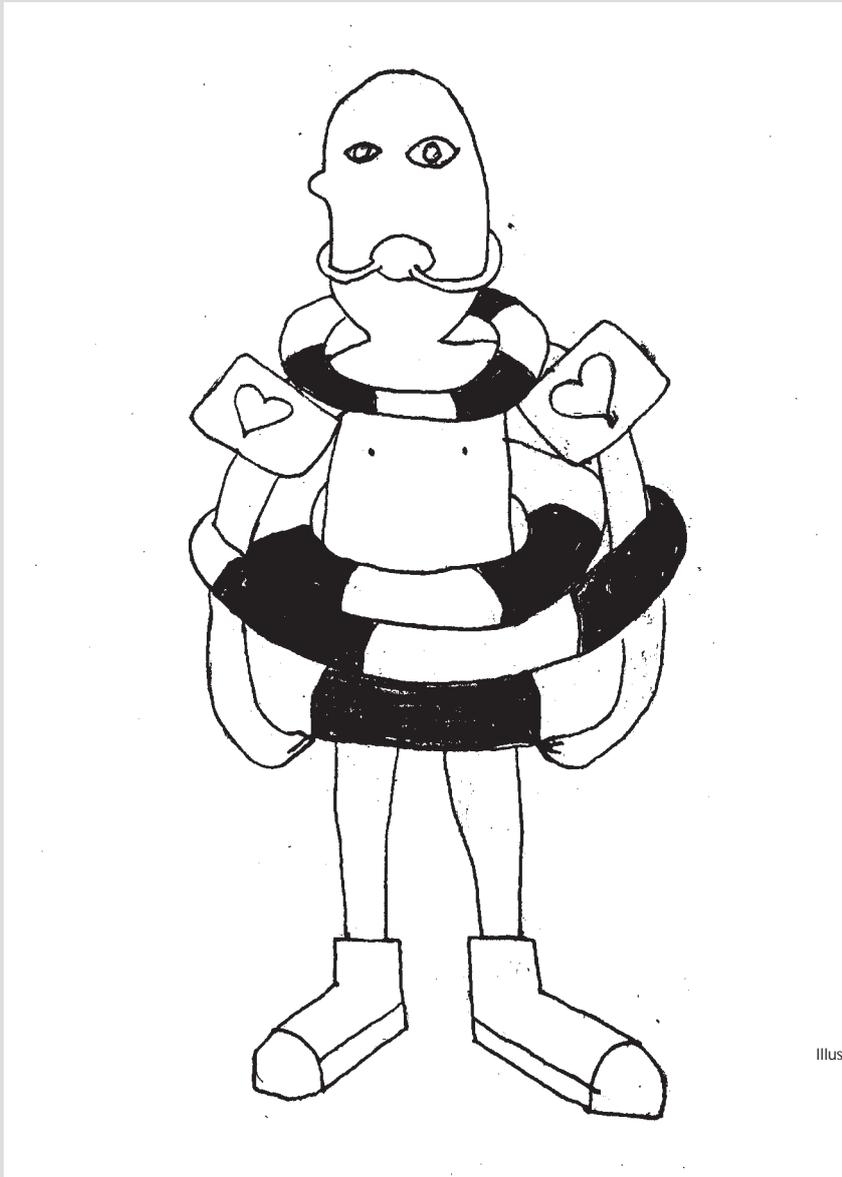
MEIN



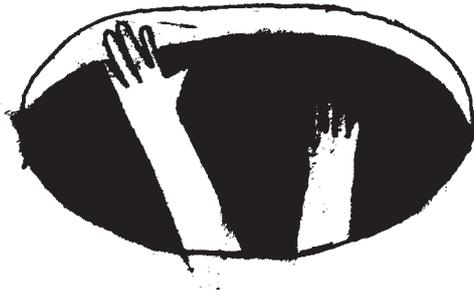
Soziale Arbeit:

Hier werden Sie geholfen

Berufe wie die Soziale Arbeit verstehen sich selbst als „helfende Berufe“. Aber beschreibt der Begriff der Hilfe wirklich das, was sie machen? Steckt nicht eigentlich Kontrolle statt Hilfe hinter der Sozialen Arbeit oder, im besten Fall, eine neutrale Dienstleistung? Warum die Soziale Arbeit sich trotzdem nicht vom Hilfebegriff verabschieden sollte. Von Julia Wiesinger.



Illustrationen: Andrea Huber



Vor mehr als 40 Jahren formulierte der Sozialwissenschaftler Walter Hollstein in seinem Aufsatz „Hilfe und Kapital“ eine deutliche Absage an den Hilfebegriff im Zusammenhang mit beruflichem Helfen: „Dass Sozialarbeit hilft, ist (...) nur ein Dogma, an das sich glauben lässt.“ Die eigentliche Funktion Sozialer Arbeit liege in der Ausübung sozialer Kontrolle zum Zwecke der Herrschaftssicherung. Doch findet sich der Begriff der Hilfe weiterhin reichlich in der Praxis sozialer Dienste sowie in den relevanten Gesetzesgrundlagen. Es stellt sich die Frage: Ist Hilfe für „helfende Berufe“ wie die Soziale Arbeit heute noch eine sinnvolle Bezeichnung? Sollte man zur Rehabilitation dieses Begriffs antreten oder ihn endgültig verbannen? Oder, allgemeiner gefragt: Leistet Soziale Arbeit überhaupt Hilfe?

Soziale Arbeit als organisierte Hilfe

Die Soziale Arbeit ist eine Profession, die das Bearbeiten sozialer Problemlagen in ganz unterschiedlichen Arbeitsfeldern zum Gegenstand hat. Ihre Angebote der Begleitung, Beratung, Unterstützung und Bildung stehen immer im Kontext von Organisationen. Freie Träger wie die Wohlfahrtsverbände und öffentliche Träger wie die Sozial- und Jugendämter sind die institutionellen Orte, an denen Soziale Arbeit stattfindet. Der Begriff Soziale Arbeit dient als Klammer für ein differenziertes System personenbezogener Hilfeleistungen, die rechtlich verankert und meist staatlich finanziert sind.

An diesen Beschreibungen wird bereits deutlich, dass man bei Sozialer Arbeit am Hilfebegriff kaum vorbei kommt, er ist tief in das Selbstverständnis der Sozialen Arbeit und ihrer Vorläuferinnen wie der Wohlfahrtspflege und der Jugendpflege eingegraben. Die organisierte Hilfe durch eigens ausgebildetes Personal hat sich allerdings erst mit dem Sozialstaat im 19. Jahrhundert entwickelt.

Formen des Helfens: Gabe, Almosen, Dienstleistung

Hilfe unterliegt einem historischen Wandel, sie nimmt je nach gesellschaftlichen Bedingungen unterschiedliche Formen an. Der Systemtheoretiker Niklas Luhmann unterscheidet in seinem Text zu den „Formen des Helfens“ von 1975 drei Gesellschaftstypen und damit verbundene Hilfeformen. In sogenannten archaischen Gesellschaften leisten sich Angehörige einer Familie, einer Sippe oder eines Stammes wechselseitig Hilfe. Die Hilfe erfolgt gegenseitig nach dem Prinzip von Gabe und Gegengabe, da klar ist, dass jeder in die Situation des anderen geraten kann. In hochkultivierten Gesellschaften mit ihren ausgeprägten Gesellschaftsschichten motiviert eine meist religiös bestimmte Moral zur Hilfe. Ein Beispiel ist das Almosenwesen des Mittelalters, in dem Hilfe als gute Tat von oben nach unten fließt. In modernen Gesellschaften schließlich wird Helfen zur Sache von Organisationen mit spezifisch ausgebildetem Personal. Organisationen entwickeln Entscheidungsprogramme, anhand derer über Hilfe oder Nicht-Hilfe entschieden wird. Dass Hilfe zur Ausführung bzw. Auslegung von Programmen wird, kennen wir etwa bei den Leistungen der sozialen Sicherungssysteme wie dem Arbeitslosengeld II oder bei der Frage, ob einem Flüchtling Asyl gewährt wird oder nicht. Aber auch personenbezogene, immaterielle soziale Dienstleistungen unterliegen gewissermaßen einer Programmlogik. Diese Logik macht individuelle und moralbasierte Hilfemotivationen unnötig. Im Vergleich mit der Gabe und dem Almosen wird Hilfe in der Moderne, so Luhmann, zu einer erwartbaren Leistung. Zwar spricht Luhmann auch beim modernen Gesellschaftstypus noch von „Hilfe“, gemeint sind damit allerdings sozialstaatliche Geld-, Sach- und Dienstleistungen, die nach einem bestimmten Schema immer gleich erbracht werden. Den Hilfebegriff mit seinem moralischen und persönlichen Beiklang bräuchte es daher hier nicht mehr.

Im modernen Sozialstaat entwickelt sich also neben dem weiterhin vorhandenen privaten Helfen ein eigener gesellschaftlicher Teilbereich der sozialen Dienstleistungen. „Helfen“ wird zum Beruf.

Hilfe im Diskurs

Parallel dazu entfaltet sich eine Wissenschaft, die dieses helfende System theoretisch reflektiert. Die Sozialarbeitswissenschaft stellt unter anderem die Frage nach der Hilfe.

Alice Salomon, Wegbereiterin der Sozialen Arbeit, beschreibt neben materieller Hilfe vor allem die persönliche Fürsorge, die sich auf das Individuum in seiner Umgebung bezieht. Helfen meint dann entweder Anpassung des Menschen an seine Umwelt oder Anpassung der Umwelt an den Menschen. Noch expliziter als Salomon geht der Fürsorgewissenschaftler Hans Scherpner auf den Hilfebegriff ein, den er ins Zentrum seiner „Theorie der Fürsorge“ aus dem Jahr 1962 stellt. Hilfe ist bei ihm die Gegenkategorie zum Kampf, eine Art Urtypus menschlichen Handelns, ohne den ein Zusammenleben überhaupt nicht möglich ist. Fürsorgerische Hilfe sichert den Fortbestand einer Gemeinschaft, sie entspringt niemals nur der Sorge um den Einzelnen, sondern immer zu großen Teilen der Sorge um die Gemeinschaft. Hilfsbedürftig ist jemand, der die Anforderungen, die die Gemeinschaft an ihn stellt, nicht erfüllt. Die fürsorgerische Hilfe braucht die persönliche Begegnung. Denn nur dort können Helfende das Verhalten von Hilfsbedürftigen beeinflussen. Die Verhältnisänderung bleibt neben der Verhaltensänderung bei Scherpner zweitrangig. Dieses Verständnis von Hilfe, emphatisch und idealistisch vorgetragen, wurde in den 1970er Jahren scharf kritisiert. Die kritischen Autorinnen und Autoren sahen im Hilfe-Selbstverständnis der Sozialen Arbeit eine Ideologie, die es zu entlarven galt. Sozialarbeitende übten manipulative Kontrolle aus, mit dem Ziel der Anpassung an gesellschaftliche Normen, die nicht hinterfragt würden. Insgesamt werde damit die bestehende soziale Ordnung, vor allem das kapitalistische System, erhalten. Nach diesem Diskurs um Hilfe und Kontrolle verschwand der Begriff der Hilfe aus dem Zentrum der Theorien Sozialer Arbeit, nicht jedoch aus dem Sprachgut der Praxis. Für die Theorie allerdings war der Begriff fortan verdächtig und es rückten daher andere Begriffe – vor allem Dienstleistung und Empowerment – in den Vordergrund.

Was ist am Hilfebegriff problematisch...

Ist nun die Diskussion um den Hilfebegriff zu Recht zu einem Nebenschauplatz in der Theorie der Sozialen Arbeit geworden? In der Tat erscheinen verschiedene Punkte am Hilfebegriff problematisch. Da wäre erstens sein historisches Erbe. Hilfe wird

assoziiert mit Freiwilligkeit, Mildtätigkeit, Mitleid und Gnade. Dies widerspricht aber einem sozialstaatlichen Verständnis, nach dem Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch auf (rechtlich verankerte) Hilfeleistungen haben, den zu erfüllen der Staat verpflichtet ist. Bei Hilfe schwingt die Erwartung von Dankbarkeit und Demut mit, denn es könnte ja auch nicht geholfen werden. Verwendet man den Begriff für sozialstaatliche Leistungen, dann ist dementsprechend das Recht auf und die Pflicht zur Hilfe zu betonen. Zweitens – das hat die Kritik der 1970er Jahre gezeigt – geht mit Hilfe eine so positive Bewertung einher, dass die Asymmetrie der Hilfebeziehung leicht vergessen wird. Eine Hilfebeziehung ist immer asymmetrisch, da auf der einen Seite Ressourcen – also auch soziale, kulturelle und andere – zur Befriedigung von Bedürfnissen oder zur Erreichung von Zielen fehlen, die auf der anderen Seite vorhanden sind oder zumindest erwartet werden. Die Hilfebedürftigkeit des einen Akteurs und die Hilfebefähigung des anderen bilden das strukturelle Ungleichgewicht der Hilfebeziehung. Damit trägt die Hilfebeziehung immer auch Potentiale der Ausübung von Herrschaft und Zwang in sich. Hilfe ist nicht das Gegenteil von sozialer Kontrolle, sondern Hilfe schließt soziale Kontrolle (zumindest potentiell) mit ein. Drittens erscheint der Begriff der Hilfe als zu diffus, um tatsächlich noch ein bestimmtes Phänomen zu beschreiben. Hilfe wird häufig als eine unspezifische Sammelkategorie für sozialarbeiterisches Handeln betrachtet. Dieser letzte Punkt spricht aber nicht per se für eine Abwendung vom Hilfebegriff, sondern vielmehr dafür, dass diskutiert werden muss, was unter (professioneller) „Hilfe“ verstanden wird.

...und was vermag er dennoch zu leisten?

Warum kann es sinnvoll sein, sich in der Sozialen Arbeit nicht einfach vom Hilfebegriff abzuwenden? Im Gegensatz zur Dienstleistung, die sich den Anschein von Neutralität gibt, verweist „Hilfe“ auf die ethische Begründung Sozialer Arbeit. In der Interaktion zwischen Klientel und Sozialarbeitenden wird nicht einfach eine Sache repariert. Es geht um Menschen, menschliche Bedürfnisse und Nöte. Hilfe impliziert immer Normativität (Lebenslagen sollen *verbessert* werden) und Zielgerichtetheit (Hilfe ist Unterstützung zur Erreichung eines *Zieles*). (Kritische) Soziale Arbeit ist insofern eben nicht nur die Ausführung von Programmen, sondern sie will mehr als das sein. Sie erschöpft sich ebenso wenig in der Übernahme von Kontrollaufgaben im gesellschaftlichen Auftrag wie in wertneutralen Dienstleistungsangeboten für Kundinnen und Kunden. Das, was die Soziale Arbeit darüber

Julia Wiesinger *ist Sozialarbeiterin und studiert Soziologie*

hinaus ist, liegt in ihrer Berufsethik begründet, also darin, dass sie einen bestimmten normativen Standpunkt einnimmt. Diesen Standpunkt bestimmen heute die Menschenrechte und Prinzipien sozialer Gerechtigkeit. Der Hilfebegriff vermittelt den engagierten Standpunkt Sozialer Arbeit.

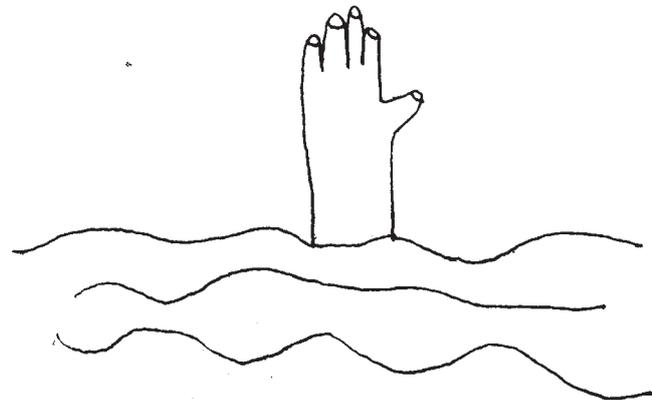
Der Hilfebegriff wäre jedoch unvollständig, wenn nur die Seite der Professionellen mit ihren Vorstellungen beleuchtet würde. Helfen ist eine Interaktion, an der mindestens zwei Akteure beteiligt sind. Klientinnen und Klienten haben ebenso wie Sozialarbeitende eine Vorstellung davon, was das Problem ist (ob es überhaupt ein Problem gibt!), wie die Situation besser sein könnte und was von wem getan werden sollte, damit es besser wird. In helfenden Interaktionen stoßen also Akteure mit unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen von Problemen wie Problemlösungen aufeinander. Diese Interaktionen finden im Rahmen von Organisationen statt, die selbst noch einmal Eigeninteressen sowie staatliche Aufträge haben. Gerade weil der Hilfebegriff zur häufig konflikthafter Auseinandersetzung darüber führt, wer was als Problem und wer was als darauf bezogene Hilfe definiert, zeigt er, dass es mehr als eine definierende Seite gibt. Problemdefinitionen sowie Problemlösungsvorschläge können verschieden sein. Sie basieren auf Bewertungen, die unterschiedliche Akteure möglicherweise unterschiedlich treffen.

Hilfe als Interaktion im institutionellen Rahmen

Christian Jakob
*ist Journalist und
Aktivist und lebt
und arbeitet in
Berlin*

Die Wissenschaft der Sozialen Arbeit sollte dem Hilfebegriff keine generelle Absage erteilen. Er bricht sich in der Praxis immer wieder Bahn, wenn es um das Selbstverständnis des eigenen Tuns als Sozialarbeiterin oder Sozialarbeiter geht. Aufgabe der Wissenschaft ist es vielmehr, zur Reflexion des Hilfebegriffs anzuregen, statt ihn entweder gar nicht oder in einem unspezifischen alltagssprachlichen Verständnis zu verwenden. Ein Hilfebegriff in der Sozialen Arbeit, der nicht in die weichgezeichneten

Ideale früherer Zeiten zurückfallen will, muss in den Mittelpunkt stellen, dass Hilfehandeln eine Interaktion ist und innerhalb von Institutionen stattfindet. Betrachtet man Hilfe als Interaktion, lassen sich Sozialarbeitende und Klientinnen bzw. Klienten als zwei gleichermaßen beteiligte Akteure mit eigenen Interessen beschreiben. Nimmt man den institutionellen Rahmen dazu, zeigt sich auch der Staat als Akteur mit eigenem Auftrag. Die Kategorie der Hilfe beschreibt so das Spannungsfeld der verschiedenen Akteure mit unterschiedlichen Mandaten, das für die Soziale Arbeit kennzeichnend ist. Aufgrund der strukturellen Asymmetrie der Hilfe ist insbesondere die Position der Klientel zu stärken, damit Hilfe nicht zum Paternalismus verkommt. Hilfe braucht demokratische Aushandlungsprozesse, sie braucht die Orientierung am Gegenüber. Dann kann man Hilfe als eine Kategorie bezeichnen, die eine Alternative bietet zum Verständnis von Sozialer Arbeit als schematischer Leistung.<



Die Undankbaren

Flüchtlinge protestierten Ende 2014 in München mit einem Hungerstreik gegen menschenunwürdige Bedingungen. Das bayerische Innenministerium antwortete darauf mit dem Vorwurf der Undankbarkeit. Eine Rückantwort von Stephan Dünwald.



„Das Undankbarste, weil Unklügste, was es gibt, ist Dank erwarten oder verlangen.“
Theodor Fontane (1819 – 1898)

Der Topos des Flüchtlings ist überfrachtet mit Bedeutung, aber trotzdem und gerade zurzeit grundsätzlich von einer positiven Stimmung getragen. Gleichwohl ist diese Grundströmung fragil und angreifbar. Worte wie „Sozialbetrüger“, „Asylant“, „Einwanderer in unsere Sozialsysteme“ nagen am positiven Gehalt des Begriffs vom „Flüchtling“, sind auf Ablehnung, im Falle von Pegida und Co. auch diffus auf Krawall gebürstet. Gegen die Abwehrhaltungen formiert sich eine (nicht ungeteilte) öffentliche Meinung, die „für Flüchtlinge“ eintritt, die Aufnahme von Flüchtlingen als Verpflichtung ansieht, sich für Flüchtlinge engagiert und um Flüchtlinge kümmert. Dieses Kümmern entfaltet sich, angesichts spärlicher professioneller Flüchtlingshilfe, weitgehend ehrenamtlich.

Enttäuschte Willkommenskultur

Die Bereitschaft, Flüchtlingen zu helfen, ist groß: Kommunen und Wohlfahrtsverbände müssen Stellen und Hotlines einrichten, um sie und ihren Materialausstoß zu organisieren: Bald werden ehrenamtliche Helferinnen und Helfer gesucht, um die Spenden der vielen Hilfsbereiten zu sortieren und den Flüchtlingen zukommen zu lassen. Überall im Land gründen sich Initiativen, die sich um die Bewohnerinnen und Bewohner von Flüchtlingsunterkünften kümmern; manchmal weit bevor überhaupt Flüchtlinge in die Ortschaft kommen. Die Hilfsbereiten eint ein doppeltes Motiv: einerseits Flüchtlingen zu zeigen, dass sie willkommen sind, andererseits den anderen Eigenen zu demonstrieren, dass sie für Flüchtlinge einstehen und die anderen sich zum Teufel scheren sollen. Während die einen „das Volk“ als großes WIR bemühen, wollen die anderen zeigen, dass ihr WIR nicht eine Vereinigung von rassistischen und fremdenfeindlichen Menschen ist.

In dieser Situation versammelt sich ein kleines Grüppchen Flüchtlinge angemeldet auf dem Münchener Sendlinger-Tor-Platz, um zu demonstrieren. Ihre Forderungen sind diffus: Sie wollen Aufenthaltsrechte und sie wollen eine bessere Unterbringung. Zur Durchsetzung ihrer Forderungen treten sie in den Hungerstreik. Die Reaktionen sind unterschiedlich. Aus der bayerischen Regierung heraus kommt aber ein klares Signal:

Der Hungerstreik beschäftigte am Dienstag auch das bayerische Kabinett. Innenminister Joachim Herrmann und Staatskanzleichef Marcel Huber (beide CSU) warfen den Flüchtlingen Undankbarkeit vor. Es handle sich um einen „schweren Schlag“ bei den Bemühungen, um Verständnis für die Situation von Flüchtlingen zu werben, sagte Huber. (Süddeutsche Zeitung vom 25.11.2014)

Undankbarkeit. Das ist zugleich sehr eingängig und schwer zu deuten. Was heißt es, wenn zwei hohe Regierungsvertreter, der eine (Huber) zuständig für den Krisenstab einer rundum chaotischen Unterbringungssituation, der andere (Herrmann) immerhin oberster Türsteher Bayerns, einem kleinen Häuflein Flüchtlinge Undankbarkeit vorwerfen? Eine erste Antwort ist schnell gefunden. Flüchtlinge sollen DANKBAR sein dafür, dass man sie überhaupt ins Land gelassen hat (Bayern und Deutschland tun alles, um dies zu verhindern, wer es dennoch schafft, soll also da schon mal dankbar sein – aber wem gegenüber?), und dass man sich auch noch bemüht sie unterzubringen und ihnen was zu essen gibt (auch wenn das unter allseits bekannten katastrophalen Umständen für viele Flüchtlinge passiert, die schon mal draußen schlafen müssen, die nicht immer zu essen bekommen, die oft binnen einer Woche eine ganze Kette von Notunterkünften durchlaufen).

Dies lässt sich noch ausbauen. Denn die Flüchtlinge vom Sendlinger-Tor-Platz sind keine Neuankömmlinge. Alle sind schon seit Jahren in Deutschland, ihr Asylantrag wurde abgelehnt, sie leben mit Duldung. Auch dafür: Dankbarkeit? Nicht zufällig kommen die protestierenden Flüchtlinge aus Lagern, in denen schlechte Bedingungen herrschen: In Lechbruck im Allgäu wurde die Verwalterin der Unterkunft, die für ihre Arbeit höchstens dadurch qualifiziert ist, dass sie einen Ponyhof ihr Eigen nennt, wegen tätlicher Übergriffen gegen die Flüchtlinge angezeigt; Neuburg an der Donau ist ein Barackenlager, das seit Jahren in gleichbleibender Schabigheit betrieben wird; in Bayerisch Gmein bekommt, wer nicht um Punkt Eins erscheint, nichts mehr zu essen und wird vom Wirt eigenhändig aus der Stube geworfen. Diese Liste ließe sich ins beinahe Unendliche fortsetzen.

Wegen vieler neuer Flüchtlinge hat die Staatsregierung kurzerhand alle Mindeststandards außer Kraft gesetzt und nolens volens Kontrakte mit Leuten gemacht, die ihre schäbige Pension vor der Schließung retten wollen oder gezielt die Situation ausnutzen, um sich an der Unterbringung von Flüchtlingen gesund zu stoßen. Das ergibt unheilige Allianzen zwischen Landratsämtern, die wegschauen, wenn es Schwierigkeiten mit Unterkünfts-

betreibenden gibt, und den Besitzerinnen und Besitzern von Einrichtungen, die ja den Landräten helfen, das Problem der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen zu lösen. Solange Flüchtlinge nicht protestieren, bleiben sie beliebig den Interessen von Landkreis und privaten Betreiberinnen und Betreibern ausgesetzt. Wenn sie sich wehren, werden sie zumeist in andere Unterkünfte verlegt, und gelten vor allem als eins: UNDANKBAR.

Still sitzen und Mund halten

Die Politik verlangt von Flüchtlingen nicht Dankbarkeit, sondern Anpassung, Demut, Unterwerfung unter die Bedingungen, die halt Flüchtlingen so geboten werden. Das ist eine Haltung, die insbesondere auch den Ausländerbehörden in Fleisch und Blut übergegangen ist. Wessen Asylantrag abgelehnt wurde, der soll der Behörde einen Pass abgeben, damit diese die Abschiebung organisieren kann. In Bayern sind gerade knapp 1000 afghanische Flüchtlinge nur geduldet. Weil sie Angst haben, ihren Pass abzugeben, werden sie von Ausländerbehörden bedroht, ihnen wird ein Arbeitsverbot auferlegt. Obwohl nur eine Handvoll Menschen aus Afghanistan abgeschoben wurden, ergreift die Angst doch all die vielen, die dieses Schicksal erleiden könnten. Hier wird eine aktive Desintegration betrieben, Menschen verlieren Arbeit, Hoffnung und Perspektive auf ein Leben in Sicherheit. Wer aber hier protestiert, wird von Innenminister Herrmann UN-DANKBAR genannt. Und der Innenminister setzt noch eins drauf:

„Für die allermeisten unserer Mitbürger ist es sehr unverständlich, dass man sich in einer solchen Situation auch noch in einer solchen Art und Weise über die Bedingungen in Deutschland beschwert. Wir haben für diese Aktion null Verständnis.“

Zumindest der Innenminister sollte es besser wissen. Und viele der Initiativen, die sich derzeit um Flüchtlinge kümmern, wissen es auch besser. Ein großer Teil ihrer Energie wird von den Widrigkeiten absorbiert, die bayerische Behörden den Flüchtlingen bereiten. Sie müssen Flüchtlinge auf Ämter begleiten und erfahren dort, dass die Mitarbeitenden der Ausländerbehörden sehr viel härter, uneinsichtiger und bisweilen kaltherziger mit Menschen umgehen können, als sie sich das je hätten vorstellen können. Ein junger Mann in Hammelburg in Unterfranken beschrieb diese Erfahrung von Ehrenamtlichen einmal so: „Wer als Nachbar, also als ein ganz normaler Mensch, sich um seine Nachbarn, die Flüchtlinge sind, kümmern will, der wird erfahren, dass die Ausländerbehörde nicht eine normale Behörde ist,

sondern ganz schnell zum Feind werden kann.“ Dies, so der Mann, sei eine ebenso bedrückende wie empörende Erfahrung.

Für einen Umgang in Recht und Würde

Wer Flüchtlinge nur als Folie, als Gegenstand der Auseinandersetzung um Bilder benutzt – gute Deutsche haben Willkommenskultur, böse Deutsche wollen keine Ausländerinnen und Ausländer – wird vielleicht die Hungerstreikenden auch als undankbar empfinden. Wer sich aber mal mit Flüchtlingen eingelassen hat, wer ihre Lebenssituation kennt und die Behördenmauern, gegen die anzurennen ist, wenn man an diesen Umständen etwas ändern will, macht eins gewiss nicht: Flüchtlingen, die gegen ihre Situation protestieren, UN-DANKBARKEIT vorzuwerfen. Wir brauchen eine neue Initiative, die Flüchtlingen die Würde zurückgibt, die ihnen in Bayern durch den Umgang der Behörden genommen wird. Eine Initiative, die Flüchtlingen auch das Recht zugesteht, für ihre Menschenrechte, für Gleichheit und Lebenschancen, wenn nötig auf die Straße zu gehen, und sie dabei begleitet.

Eine solche Initiative oder Kampagne müsste für einen anderen Umgang mit Flüchtlingen eintreten: gegen Ausländer- und Sozialbehörden, die Flüchtlinge manchmal behandeln, als seien sie lästige Bittstellerinnen und Bittsteller, die man leider nicht von der Türschwelle wegstauben kann. Einen Asylantrag zu stellen ist Recht, keine Gnade. Und auch mit der Aufnahme von Flüchtlingen genügt Deutschland oder Bayern, teilweise mehr schlecht als recht, nur internationalen und europäischen Verpflichtungen. Die weit verbreitete Schabigheit, mit der Flüchtlinge empfangen werden – oft unter dem Deckmantel der Eile und des Provisorischen – sollte angeprangert werden. Hierzu muss sich die Überzeugung durchsetzen, dass der Aufenthalt von Flüchtlingen nicht nur vorübergehend - provisorisch - ist. Die meisten werden bleiben, und dieses Bleiben und nicht die Abschreckung sollte zum Paradigma erhoben werden. Die meisten werden auch für sich sorgen können, arbeiten, studieren, eine gelungene Integration hinlegen. Andere werden weiter Unterstützung brauchen und dies darf kein Kriterium des Ausschlusses werden. In einem gesellschaftlichen Klima, das den Antrag auf Asyl und Schutz als Recht wahrnimmt, sollte Dankbarkeit nicht eine Forderung sein, sondern - wenn überhaupt - ein Geschenk.<

Stephan Dünnwald
ist (endlich wieder)
Mitarbeiter des
Bayerischen
Flüchtlingsrats und
Migrationforscher

Ehrenamt:

„Einfluss und Macht können ein Motiv sein“

Sie tun Gutes. Flüchtlingsarbeit wäre ohne ehrenamtliche Helferinnen und Helfer nicht machbar. Keine Frage. Aber was bewegt einen Menschen dazu, sich ehrenamtlich zu engagieren? Ist es reine Selbstlosigkeit? Die gibt es so aber nicht, meint Dr. Horst Heidbrink. Im Gespräch erklärt der Sozialpsychologe, warum manchmal auch durchaus egoistische Motive hinter einer scheinbar selbstlosen Tat stecken. Geholfen sei damit aber niemanden. Ein Interview von Christian Steinmüller.



Dr. Horst Heidbrink
Sozialpsychologe

Herr Heidbrink, haben Sie ein Ehrenamt? Nein.

Ist das nicht ein bisschen egoistisch?

Ja. *(lacht)* Das könnte man vielleicht so bezeichnen. Aber momentan bin ich mit meinem Beruf, Familie und anderen Verpflichtungen gut ausgelastet. Aber wenn ich im Ruhestand bin, möchte ich schon ein Ehrenamt übernehmen.

Ist das dann selbstlos?

Das ist schwer zu sagen. Es hängt ein bisschen von der Definition ab. Unter Altruismus versteht man ja schon so etwas wie Selbstlosigkeit. Wenn man sich das genauer überlegt, geht es darum, dass ich etwas tue, das jemand anderen mehr nutzt als mir selbst. Beim Ehrenamt sieht das von außen betrachtet ja so aus.

Aber?

Es bedeutet nicht, dass es einem selbst überhaupt nichts bringt.

Ist es der Dank, die Anerkennung? Auch, ja. In den meisten Fällen brauchen wir für unser Handeln natürlich schon bestimmte Motive – selbst wenn wir dafür kein Geld erhalten. Dann bekommen wir normalerweise etwas anderes dafür, oder erhoffen uns das zumindest. Das kann die Aufmerksamkeit sein, die jemand erhält, soziale Eingebundenheit oder einfach nur Spaß – also Dinge, die dem Leben zusätzlichen Sinn geben. Und das widerspricht nicht unbedingt der Rede vom Altruismus.

Das klingt ja nach durchaus positiven Motiven. Gibt es auch negative?

Ja. Wie in der normalen Arbeitswelt können auch im Ehrenamt sicherlich Einfluss und Macht ein Motiv sein. Das heißt, wenn ich anderen helfe, dann ist es ja häufig so, dass ich gleichzeitig zumindest zum Teil über sie bestimme und dadurch auch Macht ausübe. Und wenn ich eine Position habe, in der ich Macht habe, kann es natürlich auch passieren, dass ich sie gegenüber anderen auch ausnutze.

Es gibt also auch Menschen, die weniger fürs Ehrenamt geeignet sind?

Unterschiedliche Ehrenämter verlangen verschiedene Qualifikationen und auch eine bestimmte Professionalität – genauso wie bei einer beruflichen Tätigkeit. Da kann ich ja auch meine Stellung

als Vorgesetzter gegenüber Untergebenen ausnützen, indem ich jemanden zusammenpfeife oder meinen Stress, meine Unlust an anderen auslasse. Das kann ich auch im Ehrenamt rauslassen. Wir sind alle ja nicht nur gute Menschen. Wir haben alle ja auch gewisse problematische Züge. Aber das heißt nicht zwingend, dass ich nicht für ein Ehrenamt geeignet bin. Ich denke, dass es nur in seltenen Fällen richtig problematisch wird und Menschen völlig ungeeignet sind.

Wie ist es mit Menschen, die helfen, helfen und helfen und dabei den Eindruck erwecken, als würden sie damit ihre eigenen Probleme überdecken wollen?

Da spricht man dann vom pathologischen Altruismus. Also dass die Selbstlosigkeit schon in einen Bereich übergeht, den man als krankhaft bezeichnen kann. Wenn sich Leute beispielsweise selbst durch ihr Engagement massiv schaden. Dadurch, dass sie von ihren eigenen Ressourcen, sei es Zeit oder Geld oder sonstige, Verpflichtungen, die sie haben, zu viel aufgeben nur um anderen zu helfen. Dann würden wir auch von außen das Gefühl haben, da ist irgendwas aus der Balance geraten. Man müsste dann tatsächlich gucken, ob das nicht zum Schaden letztlich von allen führt.

Dann sollte dem Helfer geholfen werden?

Ja. Nur ist es eben schwer zu erkennen. Es gibt dazu ein paar neuere Untersuchungen, wonach es unterschiedliche Gründe gibt, dass jemand in den Bereich des pathologischen Altruismus abdriften kann. Wenn jemand beispielsweise auf eine masochistische Art und Weise anderen hilft, also bis hin zur Selbstschädigung geht. Es kann auch so sein, dass

Leute aus Angst davor, bei anderen negativ aufzufallen oder Erwartungen nicht zu erfüllen, die eigenen Bedürfnisse vernachlässigen. Oder, dass sich Leute immer wieder selbst Situationen schaffen, in denen sie helfen können, um beispielsweise vor anderen gut da zu stehen – ähnlich dem Feuerwehrmann, der selbst ein Feuer legt, um es anschließend wieder löschen zu können.

Wann engagiert sich jemand zu stark?

Wenn das Ausmaß dessen, was jemand investiert, einem merkwürdig vorkommt. Also wenn man das Gefühl hat, dass ist aus der eigenen Sicht nicht mehr nachvollziehbar. Wenn es befremdlich wirkt und nicht mehr in der Balance ist.

Was ist dann zu tun?

Man sollte zunächst einmal genauer hingucken. Es kann ja auch sein, dass Menschen tatsächlich anders sind, als man selbst. Das muss ja nun längst nicht etwas Pathologisches sein. Und ich glaube auch, dass so etwas ziemlich selten vorkommt. Aber wenn man so das Gefühl hat, da läuft irgendwas Seltsames ab, sollte man reagieren.<



Die Leute wollen weiße Kohle kaufen...

Über Flüchtlinge als Projektionsfläche für die eigenen Bedürfnisse.
Eine Polemik von Matthias Weinzierl

Im Frühherbst letzten Jahres kollabierte die bayerische Flüchtlingspolitik aufs heftigste. Es herrschte das wildeste Chaos bei der Unterbringung und allerorten wuchs die Empörung über die unwürdigen Szenen, die sich in den Erstaufnahmeeinrichtungen abspielten. Da mussten Menschen im Freien übernachten, wurden zu hunderten in Hallen, Zelten und Garagen einquartiert und mussten sich teilweise um Decken und Kleider balgen. Die Empörung war echt und echt war auch das große Verlangen bei vielen, dagegen etwas zu tun. Also, sich für Flüchtlinge zu engagieren, ganz konkret zu helfen und selbst aktiv zu werden. Beim Bayerischen Flüchtlingsrat liefen damals sprichwörtlich die Telefondrähte heiß und täglich meldeten sich Menschen, die entweder irgendetwas abzugeben hatten oder sich danach erkundigten, was denn gebraucht würde und was man denn machen könne. Diese Welle an Interesse und Anteilnahme war überwältigend und sie hält trotz Pegida-Aufmärschen und einer Politik, die wieder verstärkt auf Stimmungsmache gegen Flüchtlinge setzt, erfreulicherweise immer noch an.

Nur damit hier kein falscher Eindruck entsteht: Echtes Interesse und der Wille, etwas zu tun, sind großartig und begrüßenswert, aber nicht alles, was als gut gemeint angeboten wird, ist auch wirklich gut. Nicht selten gesellen sich zu dem ehrlichen Bedürfnis, Flüchtlingen zu helfen, andere, fragwürdige Motivationen und hinter Hilfsangeboten oder Projektideen verstecken sich plumpe Eigeninteressen. So erreichen uns neben den vielen Hilfs- und Unterstützungsangeboten immer wieder auch skurrile und seltsame Anfragen und Ansinnen. Manchmal bleibt einem da das Lachen halb im Halse stecken oder einem stockt gar der Atem angesichts der Dreistigkeit.

Die Gründe für die Anfragen liegen auf der Hand: Die Flüchtlingsthematik ist immer noch in aller Munde und sie erfährt eine nie gekannte Medienaufmerksamkeit. Es lohnt sich, diese unterschiedlichen Beweggründe einmal genauer unter die Lupe zu packen. Und weil Lästern manchmal auch befreiend wirkt, möchte ich an dieser Stelle mal munter aus dem Nähkästchen des Bayerischen Flüchtlingsrates plaudern und einige Beispiele aus dem Berg der fragwürdigen Anfragen vorstellen.

Vom lebendigen Exponat bis hin zur musikalischen Unterhaltung

Anfangen möchte ich den Motivationsreigen mit der Horde an Film-, Theater- und Kunstschaaffenden, die sich regelmäßig an den Flüchtlingsrat wenden. Es scheint sich mittlerweile rumgesprungen zu haben, dass sich die Chancen, an öffentliche Projektgelder und Kulturtöpfe zu gelangen, erheblich steigern lassen, wenn man seine Projektidee in irgendeiner Form mit der Flüchtlingsthematik verknüpft. Natürlich gibt es darunter nicht wenige, die ein echtes Anliegen treibt, die viele gute und richtige Fragen stellen und durchaus unterstützenswerte Ansätze verfolgen. Keine Frage. Seltsam wird es nur, wenn die Lücke der eigenen Ideenlosigkeit mit „Irgendwas mit Flüchtlingen“ überbrückt werden soll oder man das eigene, meist erfolglose Kulturschaffen durch das Einbeziehen von „echten“ Flüchtlingen aufwerten beziehungsweise moralisch aufladen möchte. Ein Beispiel gefällig? Da wendet sich eine junge Künstlerin an uns, welche die Möglichkeit hat, bei der langen Nacht der Museen einen eigenen Galerieraum zu bespielen. Sie hat auch schon eine Idee: Sie möchte aufzeigen, wie beengt Flüchtlinge hier leben müssen und dazu will sie den Ausstellungsraum mit Flüchtlingen füllen. Vom Flüchtlingsrat hätte sie gerne Unterstützung bei der Organisation von bereitwilligen, lebendigen Exponaten. Was für eine Idee. Genauso gut könnte man ein paar bettlägerige Greise in dem Raum ausstellen, um auf den Pflegenotstand hinzuweisen oder einige Trinker sich vor Publikum volllaufen lassen, um zu zeigen, was Alkoholismus für diese Folgen haben kann.

Nicht wenige suchen auch nach Flüchtlingen als verzerrendes Element für ihr Event oder ihre Veranstaltung. Da darf dann nach Herzenslust getrommelt, gesungen und getanzt werden, dass es eine wahre Freude ist. Und dagegen ist auch nicht viel zu sagen – vor allem wenn es den Beteiligten auch noch Spaß bereitet. Nur bekommt das Ganze nicht selten einen leicht faden Beigeschmack. Da lud das Münchner Kulturreferat zum Beispiel zu einem Fest in die herrschaftliche Villa Waldberta nach Feldafing am Starnberger See. Bei der Feierlichkeit präsentierten internationale Künstler-Stipendiatinnen und -stipendiaten der Stadt München ihre Arbeiten. Einer davon hatte mit Flüchtlingskindern aus München Trommeln gebastelt und gab gemeinsam mit einer bunten Kinder-Truppe einen kurzen Auftritt im Garten der Villa. Es folgte ein wohlwollender Applaus und während sich das Publikum dem reichhaltigen Buffet zuwendete, wurden die Kinder noch schnell abge-

speist und dann per Bus zurück in den tristen Alltag ihrer Flüchtlingsunterkünfte gebracht. Ich will ja niemandem die Freude nehmen und selbstverständlich muss und kann man nicht bei jedem kulturellen Beitrag mit Flüchtlingsbeteiligung deren prekäre und ungesicherte Situation zum Thema machen. Aber ich empfinde es dennoch als bedenklich, wenn diese belastenden Rahmenbedingungen, die sämtliche Aspekte des Lebens eines Flüchtlings dominieren, keinerlei Beachtung finden und völlig ausgeklammert werden. Besonders dann, wenn bei einer Veranstaltung der Großteil des Publikums keinerlei Vorstellung von der Lebenswirklichkeit von Flüchtlingen hat.

Flüchtling zur freien Verfügung

„Die Menschen wollen weiße Kohle kaufen und sie in ihre eigene Farbe tauchen“, heißt es in einem Lied der goldenen Zitronen. Und das trifft es richtig gut. Manch kunstschaaffende Person scheint nämlich Flüchtlinge als ideale Projektionsfläche entdeckt zu haben, die sich trefflich mit den eigenen Vorstellungen bespielen lässt. Das Wunderwesen „Flüchtling“ erleichtert es ihr, ihre Projektideen zu realisieren und verschafft ihr zudem eine erhöhte Aufmerksamkeit. Wie kann das aussehen? Da müssen sich dann jugendliche, unbegleitete Flüchtlinge, die noch kaum deutsch beherrschen, mit Theaterklassikern auf offener Bühne herumschlagen; da müssen sich Flüchtlinge als lebendes Inventar in Performances und Kunstaktionen einbauen lassen oder die Belegschaft einer schäbigen Unterkunft als Foto-Motiv für einen Volkshochschulkurs herhalten.

Oft tauchen Flüchtlinge bei Film- und Theaterproduktionen als Stereotype auf: Arme, stumme, bemitleidenswerte Opfer, welche harte Schicksalsschläge geduldig ertragen und von einer diffusen Aura umgeben sind. Flüchtlinge spielen dann für gewöhnlich die Rolle von Statistinnen und Statisten. Meist ist vom Kreativen alles schon fertig arrangiert und eingerichtet und dem beteiligten Flüchtling muss nur noch vermittelt werden, wann er oder sie was wie sagen oder machen soll. Am liebsten wäre es wohl einigen der Kreativköpfe, wenn Flüchtlinge mit einer funktionierenden Fernbedienung ausgestattet wären – es würde die Arbeit ungemein erleichtern. So inszenierte der Regisseur und Intendant Johan Simons das Theaterstück „Die Perser“ am spannenden Originalschauplatz, der Bayernkaserne, in einer Maschinenhalle mit „echten“ Flüchtlingen. Sie agierten im Stück als stumme Statistinnen und Statisten und gaben die lebende Kulisse für die eigentlichen

Darstellerinnen und Darsteller ab. Flüchtlinge auf der Bühne sind einfach authentisch.

Einen anderen Weg wählt ein ambitioniertes Berliner Theaterprojekt. Es verzichtete ganz auf die anstrengende Zusammenarbeit mit Flüchtlingen auf der Bühne. Es sammelt Flüchtlingsgeschichten, welche dann von professionellen Schauspielenden pathetisch und von unvermeidlichem Cello-Gefidel, Betroffenheit und Gänsehaut begleitet vorgetragen werden. Das edle Motiv, Fluchtbiografien einer Öffentlichkeit zugänglich zu machen, sorgt aber auch für ein moralisches Schutzschild, dass den künstlerischen Vortrag für Kritik nahezu unangreifbar erscheinen lässt. Das gilt besonders dann, wenn die allgegenwärtige Betroffenheitskeule in Griffnähe liegt. Aber gut gemeint ist nicht automatisch auch gut. Denn diese immer wiederkehrende Betroffenheit beeindruckt, aber versetzt doch viel zu oft die Zuhörerschaft in eine lähmende Schockstarre, in ein Gruseln, wo doch die Leute eigentlich dazu aufgestachelt werden sollten, gegen diese herrschenden Zustände etwas zu tun. Wir dürfen doch eines nicht verdrängen: Den Menschen, die hierher geflohen sind, werden grundlegende Menschenrechte vorenthalten, ihnen wird ihre Würde geraubt und viele leben zudem in der ständigen Angst vor einer Abschiebung in eine ungewisse Zukunft. Dagegen kann man aber etwas machen und mutige Projekte sind gefragt, die das auch zum Thema machen!

Ein Flüchtling für alle Fälle...

Medienschaffende sind da kaum besser als die Herren und Damen aus dem Kulturbetrieb. Häufig melden sich bei uns Presseleute, die eine ganz genaue Vorstellung davon haben, nach was sie suchen. Die Wünsche der schreibenden Zunft lauten da gerne mal so: Wir suchen einen behinderten jugendlichen Flüchtling aus Syrien, Christ mit guten Deutschkenntnissen, der aber erst seit drei Wochen hier sein darf und im Raum Landshut leben soll. Von uns wird dann erwartet, diese Fälle bereits in der Schublade vorrätig zu haben und die Kontakte umgehend den Medienleuten zukommen zu lassen.

Was dahinter steckt, ist ganz offensichtlich: Der Zeitdruck, unter dem viele Journalistinnen und Journalisten stehen; der Wunsch, den eigenen Aufwand möglichst gering zu halten; und oft auch die mangelnde Bereitschaft, sich mit der Thematik und den Personen näher als irgendwie nötig zu befassen. Besonders absurd war neulich die Anfrage einer Redakteurin eines Privatsenders, die für einen

Videoclip per Mail nach einer „weiblichen Protagonistin im Alter zwischen sieben und zwölf Jahren“ suchte. „Deren Aufgabe wird es sein, lediglich stumm vor der Kamera zu stehen.“ Als besonders wichtig hob sie zudem hervor, dass die Protagonistin „ausländische Wurzeln aufweisen sollte“ damit die „Botschaft glaubhaft vermittelt werden könne“. Worauf diese Anforderung an eine Darstellerin ohne Text hinausläuft, liegt auf der Hand.

Alle Jahre wieder...

Besonders viele Anfragen und Angebote erreichen uns auch in der Vorweihnachtszeit. Neben dem Schwarm der Journalistinnen und Journalisten, der nach herzergreifenden Einzelfällen für die Weihnachtsausgabe lechzt, melden sich auch mit Gewissheit zahlreiche Firmen und Einzelpersonen, die ihr vorweihnachtliches Herz für Flüchtlinge entdeckt haben.

Spenden allein reicht aber vielen nicht – sie möchten mehr. Viele möchten selbst Geschenke überreichen, gerne gemeinsam mit einem eigens dafür mitgebrachtem Nikolaus und einem Fotografen im Schlepptau. Damit wir uns richtig verstehen: Schenken ist eine großartige Sache! Aber es hat eben auch Nebenwirkungen, denn es unterteilt Menschen in Schenkende und Beschenkte. Der schenkende Part hat die aktive Rolle, er ist der Macher, der es anpackt und diese Rolle genussvoll ausfüllen kann. Der beschenkte Part hingegen bleibt passiv, denn er ist der bedürftige Empfänger, der aber darauf achten muss, richtig – also erfreut und dankbar – zu reagieren, weil er sich ansonsten als des Geschenkes unwürdig erweisen würde.

Wer schenkt, der muss sich auch nicht zwangsläufig mit den Empfängerinnen und Empfängern auseinandersetzen. Seltsam wird es doch meist dann, wenn sich die schenkende Person und die Gruppe der Beschenkten völlig fremd sind und sie bei der inszenierten Geschenkübergabe zum ersten und letzten Mal aufeinander treffen. Schenken kann man praktisch berührungsfrei. Nicht wenige haben da eine klare Vorstellung, wie und was sie schenken möchten, und lassen sich davon dann nur schwer abbringen, auch wenn die Zielgruppe dieser Vorstellung überhaupt nicht entspricht. Ein Beispiel: Am Rande einer Veranstaltung sprach mich eine aufgebrauchte ältere Dame an: „Jetzt haben wir ja auch Flüchtlinge in unserem Dorf und ich habe da noch diesen Gartentisch aus Massivholz. Ein wunderschönes Stück. Aber glauben Sie, von denen möchte

Matthias Weinzierl
*ist laut „Hallo-
München“ Integra-
tionsexperte und
Chef vom Bayeri-
schen Flüchtlingsrat*

jemand diesen Tisch? Niemand! Auch nicht die vom Landratsamt. Obwohl sie den doch so gut brauchen könnten. Wer kümmert sich denn jetzt um meinen Tisch?“ Dass Menschen, die gerade „frisch“ hier angekommen sind, andere Fragen beschäftigen als die wohnliche Ausstattung ihrer Umgebung, war dieser Frau schwer zu vermitteln. Wie ein Mantra kann man da nur eines wiederholen: Besuchen Sie die Menschen in den Unterkünften. Kommen Sie nicht nur einmal vorbei. Reden Sie mit Ihnen. Hören Sie ihnen zu. Lernen Sie die Leute kennen. Das ist oft schon das eigentliche Geschenk. Und wenn Sie dann immer noch etwas spenden und verschenken oder vielleicht auch noch mehr machen wollen, da fällt Ihnen dann automatisch das Richtige ein.

An dieser Stelle möchte ich meine kleine Lästerrade beenden und es gut sein lassen. Ich hoffe, hier ist kein falscher Eindruck entstanden. Ich kann nur betonen: Wir freuen uns über jede und jeden, die oder der Interesse am Flüchtlingsthema zeigt oder sich gar dazu entscheidet, aktiv zu werden und selbst etwas für und mit geflüchteten Menschen zu tun. Das ist doch klar! Aber genauso klar ist doch, dass wir uns selbst immer wieder fragen müssen, ob unsere Beweggründe für dieses Engagement die richtigen sind. Stimmt meine Idee, mein Ansatz, mein Aktivismus, mein Umgang oder suche ich eigentlich nur geeignete Komparsen für meinen eigenen großformatigen Egofilm.<

Fragebogen Nr. 2

*20 Jahre, weiblich, Dienst in Bolivien bei Evangelische
Freiwilligendienste e.V.*

Was hast Du gemacht?
Kinderheim

Warum hast Du den Dienst gemacht?
Ein Jahr sinnvoll mit Inhalten verbringen.

Was war Dein positivstes Erlebnis?
*Bei Karneval durch La Paz mitzutanzten beim Folklo-
reumzug.*

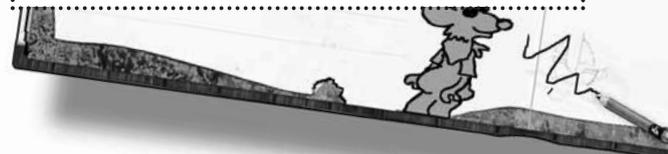
Was war Dein negativstes Erlebnis?
Salmonellen

Welche Probleme ergaben sich während dem Dienst?
*Korruption
Manipulation
Magen-Darm*

Wolltest Du irgendwann abbrechen?
Nein, weil ich wusste, dass es „nur“ ein Jahr ist.

Haben sich Deine Erwartungen vor dem Dienst bestätigt?
*Nicht bestätigt: Ich dachte, alle Südamerikaner sind total
offen. Ich kam ins Hochland, aber die Mentalität dort
war sehr zurückhaltend und verschlossen.*

Hat Dein Geschlecht eine Rolle gespielt?
Ja



Fragebogen Nr. 3

20 Jahre, weiblich, Dienst in Indonesien (Mentawai) bei VEM – Vereinte Evangelische Mission

Was hast Du gemacht?

Unterricht Assistenz im Fach Englisch (Kindergarten, Mittelschule, Kirchliche Hochschule), Kindergottesdienst, Radiosendung

Warum hast Du den Dienst gemacht?

Ein Teil meiner Kindheit lebte ich in Namibia und seitdem wollte ich unbedingt wieder ins Ausland. Den Freiwilligendienst habe ich gemacht, weil ich etwas neues lernen wollte, nicht nur kulturell Neues – sondern auch über mich.

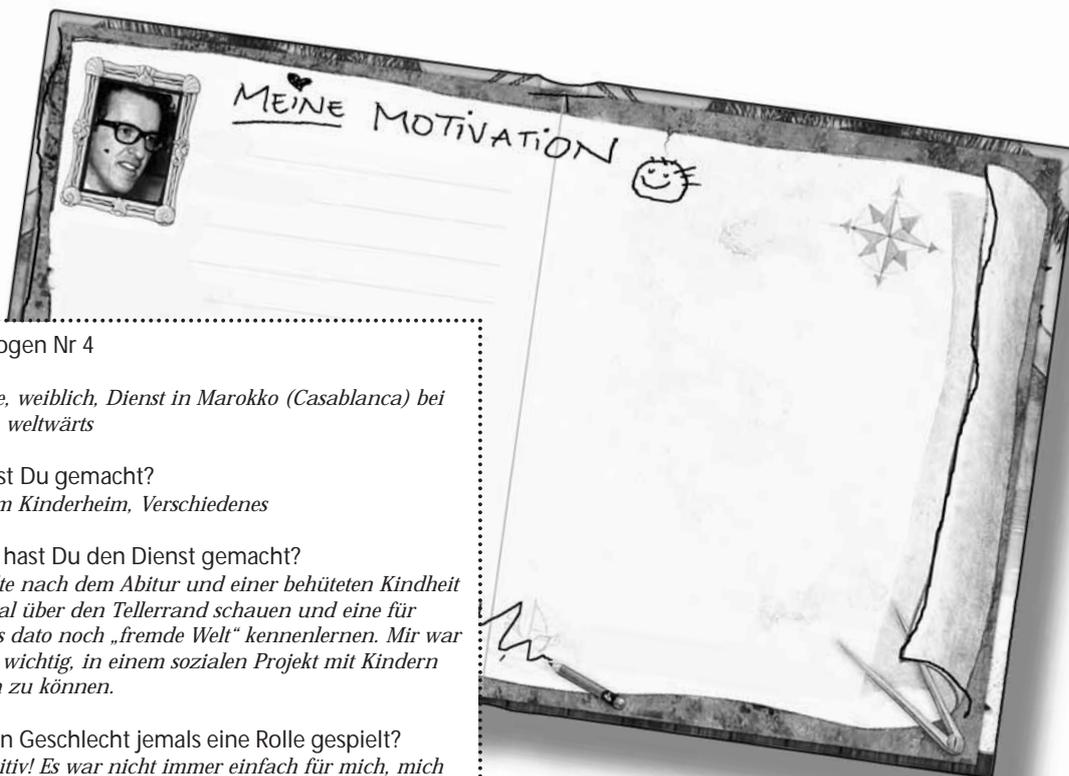
Was hast Du durch den Dienst gelernt und wie wirkt er sich auf Dein zukünftiges Leben aus?

Ich habe unglaublich viel gelernt und Neues ausprobiert. Seitdem weiß ich, dass ich keine Lehrerin in der Schule werden möchte. Außerdem hat mir das Leben in Indonesien, mit der größten muslimischen Bevölkerung, gezeigt wie unglaublich christlich geprägt Deutschland ist, was mir vorher irgendwie nicht so deutlich aufgefallen ist...

Hat Dein Geschlecht eine Rolle gespielt?

Manchmal ja. Obwohl meistens überwog die Rolle „der Deutschen“, dass heißt wenn ich etwas für mein Geschlecht untypisches gemacht habe, kam es nicht unbedingt zum Konflikt, sondern es wurde mit der Rolle „der Deutschen“ erklärt. Doch ein Erlebnis war sehr interessant: Ich fuhr mit dem Motorroller in die Stadt und habe einen Bekannten getroffen, der zu Fuß auf dem Weg war, also hielt ich an um ihn mitzunehmen. Ich musste absteigen, dass er den Roller fahren konnte. Weil es geht nicht, dass eine Frau den Mann rumkutschiert... Als ich das später einigen Freundinnen erzählte, verstanden sie gar nicht, dass ich die Situation komisch fand...

was tun?!



Fragebogen Nr 4

20 Jahre, weiblich, Dienst in Marokko (Casablanca) bei EIRENE, weltwärts

Was hast Du gemacht?

Arbeit im Kinderheim, Verschiedenes

Warum hast Du den Dienst gemacht?

Ich wollte nach dem Abitur und einer behüteten Kindheit auch mal über den Tellerrand schauen und eine für mich bis dato noch „fremde Welt“ kennenlernen. Mir war es auch wichtig, in einem sozialen Projekt mit Kindern arbeiten zu können.

Hat Dein Geschlecht jemals eine Rolle gespielt?

Ja definitiv! Es war nicht immer einfach für mich, mich als Frau in einer muslimisch geprägten Gesellschaft wohl zu fühlen. Meine männlichen Mitfreiwilligen konnten in dieser Hinsicht sorgloser sein. Dennoch war es eine wichtige Erfahrung für mich und ich bin stolz, dass ich das Jahr trotzdem so durchgezogen habe.



Foto: Harriet Austen

Ein freundliches Wort ist auch nicht nichts

Oder doch nur ein Teestube im Riesenlagerleben?

Es gilt als Pilotprojekt und soll auch auf andere Flüchtlingsunterkünfte übertragen werden. Im Interview gibt Tanja, eine Ehrenamtliche der ersten Stunde, eine Nahaufnahme vom *Lighthouse Welcome Center* in der Bayernkaserne. Die *Innere Mission*, die *Ingvild Goetz Philanthropy* und *Lichterkette e.V.* haben im Eingangsbereich des ehemaligen Militärgeländes eine Anlaufstelle eingerichtet, in der Ehrenamtliche den Flüchtlingen und der Anwohnerschaft Auskunft geben - und manchmal auch einfach zusammen Tee trinken. Doch oft muss zwischen den Fronten vermittelt werden. Ein Interview von Jessica Schalllock.

Wie kann man sich das Lighthouse Welcome Center vorstellen?

Es ist ein Stand aus Holz, ich glaube, ein ehemaliger Wiesn-Stand. Eine achteckige Bude, vorne zwei große Fenster, die man nach außen hochklappt: wie ein Glühweinstand auf dem Volksfest. Wir machen drinnen die Lichter an und stehen hinter einem Tresen. Meistens sind wir zu zweit und sprechen mit den Leuten draußen. Der Stand ist funktional eingerichtet, mit Fächern für Infomaterial und Platz für Aushänge mit Informationen und den tagesaktuellen Angeboten, teils in verschiedenen Sprachen. Wir haben auch einige Wörterbücher und auch so Kauderwelschbücher, beispielsweise in Urdu. Eines in Wolof nehme ich immer her, wenn Menschen aus dem Senegal kommen. Wir machen dann gemeinsam Begrüßungszeremonien und haben etwas Spaß. Das ist ganz lustig.

Welche Art von Informationen habt ihr im Lighthouse?

Grundsätzlich haben wir am Stand einiges an Info-Materialien: Wo sind die Ärzte? Wo kann man Fußball spielen und mit wem? Wo und wann kann man Deutsch lernen? Welcher Bus fährt wohin? Diese Informationen waren vorher nicht so gebündelt an einem Ort erhältlich. Organisatorisches wissen meist die Wachleute. Aber die haben natürlich nicht die Infos zu den ganzen Aktivitäten, die angeboten werden. Es ist also auch eine Bündelung von Angeboten anderer Freiwilligen, wie Sprachkurse oder Sport.

Wie begegnen euch die Flüchtlinge und Ratsuchenden ganz allgemein?

Meist positiv. Viele kommen erst einmal und trinken einen Tee. Man kommt ins Gespräch. Manche erzählen von sich aus über ihre Heimat oder über die Flucht, andere wollen nicht darüber sprechen. Neulich hat einer viele Fotos von seiner gesamten Familie auf seinem Handy gezeigt. Eine Frau war mal da, die total begeistert war, alles toll fand und die Deutschen so nett. Sie kam aus Syrien und konnte gut französisch sprechen. Eine sehr gebildete Frau. Andere sind weniger positiv, aber so richtig Negatives habe ich bislang nicht mitbekommen. Manchmal sind auch frisch Angekommene am Lighthouse, die nur „Asyl“ sagen können. Dann müssen wir sie zur Erstregistrierung schicken.

Von woher kommen die Leute dann?

Vom Bahnhof oder sie wurden von irgendwelchen Bekannten geschickt. Manche bringt anscheinend auch die Polizei. Und ja, das finde ich traurig oder erschreckend, wie einige ankommen: frierend und man merkt, dass sie einen langen Weg hinter sich haben, der wirklich anstrengend war. Und jetzt kommen sie hier an und es ist nicht wirklich schön für sie in der Bayernkaserne.

Verstehen die Flüchtlinge, dass ihr als Ehrenamtliche da seid oder gibt es da auch Verwirrung über eure Rolle?

Nein, die wenigsten wissen, dass wir als Ehrenamtliche dort sind. Ich glaube, zunächst denken viele, wir wären so ein Kaffee- oder Teeständchen. Oder ein Kiosk und wir arbeiten dort. Ich wurde ein

paar Mal danach gefragt und bin auf sehr großes Erstaunen und Unverständnis gestoßen. Wieso macht ihr das denn? Ohne Geld und freiwillig? Das fand ich interessant. Dieses Konzept, dass man das gratis macht, ist scheinbar in vielen anderen Ländern nicht so verbreitet.

Kommen eher Männer oder Frauen ans Lighthouse?

Es sind durchweg mehr Männer. Ich freue mich immer, wenn mal eine Frau kommt. Viele kommen vor allem aus arabischen Ländern, dort treten Frauen ja nicht so in die Öffentlichkeit. Afrikanische Frauen kommen relativ wenige. Es sind auch Mütter dabei, da kriegt man schwierige Schicksale mit. Da war zum Beispiel eine Frau aus Nigeria mit ihren drei Kindern, sie hat auf den Shuttlebus zum Hauptbahnhof gewartet. Sie hatte so viele Koffer und wusste nicht, wie sie das alles tragen soll. Sie hat mich gefragt, ob sie eine Tragehilfe bekommen kann. Ich musste sie leider enttäuschen und habe angeregt, die umstehenden Männer zu fragen.

Das setzt ja auch viel Vorkenntnisse und Fingerspitzengefühl voraus. Wie hast du dich auf diese ehrenamtliche Aufgabe vorbereitet? Gab es eine Einführung?

Zuerst war ich bei der Inforeveranstaltung in der Bayernkaserne. Das war schon der erste Schreck, da durchzulaufen, die hygienischen Zustände zu sehen. Es war echt nicht sehr sauber, die Toiletten und so. Eher wie ein Lager, als ein Hotel, wenn man das vergleichen will. Und das Kasernengelände strahlt auch so etwas aus. Zu der Zeit war es ja auch überfüllt. Man hat da draußen schon Trauben von Menschen mit verschiedenen



Foto: Harriet Austen

Hautfarben gesehen. Die Infoveranstaltung an sich war von der Inneren Mission ganz gut gemacht. Es gab eine Einführung in die Situation in der Bayernkaserne und die Pläne für das Projekt. Der Raum war gesteckt voll, vielleicht 50 Personen.

Was waren das für Leute? Wer meldet sich als Freiwilliger?

Das geht von Rentnern, die viel Zeit haben und helfen wollen, über aktive Studenten. Menschen aller Altersgruppen melden sich als Freiwillige. Sehr unterschiedlich. Manchen ist ein Helfersyndrom schon anzumerken. Es gibt auch einige, die selbst einen Migrationshintergrund und damit einen persönlichen Bezug haben. Entweder leben sie schon lange in Deutschland oder sind hier aufgewachsen. Manche beherrschen Sprachen, die relevant sind. Letztes war eine Frau dabei, die Arabisch spricht, das war natürlich

super. Die Senioren haben manchmal nur wenig Erfahrung mit Menschen aus fernen Ländern; die sind dann zurückhaltend und wissen nicht, wie sie mit den Leuten reden oder umgehen können.

Was ist denn die Voraussetzung, um mitzumachen?

Ein Führungszeugnis. Sonst nichts. Was mich erschreckt hat, da war jemand aus der Nachbarschaft bei der Infoveranstaltung. Der sagte, es gäbe eine ungute Stimmung, weil wenig mit der Anwohnerschaft kommuniziert werde. Die Flüchtlinge würden den Anwohnern Angst machen und es würden Vorurteile gebildet. Die rechte Szene sei recht aktiv und organisiere Demos.

Von den Anwohnerinnen und Anwohnern kommen allerdings nicht sehr viele zum Lighthouse.

Und du bist als Ehrenamtliche ganz einfach Ansprechperson, oder was ist deine Aufgabe, wenn du im Lighthouse bist?

Ja, ich bin ansprechbar für alle Anliegen der ankommenden Flüchtlinge oder für Flüchtlinge, die in der Bayernkaserne wohnen. Manchmal haben wir auch Vermittlungsfunktion. Die Wachleute versuchen, die Regeln der Bayernkaserne durchzusetzen. Diese sind eher starr. Da kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen. Einmal war eine Frau aus Nigeria da, die sich mit den Wachleuten gestritten hat. Ich habe mir dann beide Seiten angehört. Die Frau hatte drei Kinder in einer anderen Erstaufnahmeeinrichtung, und sie sollten zusammen transferiert werden. Eines der Kinder war krank, aber nicht so krank, dass es nicht transportfähig wäre. Sie hatte einen Transferschein nach

Düsseldorf bekommen und sollte am selben Tag noch abreisen. Es war bereits gegen Mittag. Sie hat sich aufgeregt, dass sie es nicht schaffe, heute alles zu organisieren. Und die Wachleute sagten, sie müsse aber los, es werde immer später, sie solle sich beeilen und der Schein gelte nur heute. Also habe ich gefragt, ob man das Datum ändern kann. Nein, das ginge nicht. Dann habe ich versucht, rauszubekommen, wo die Transferscheine ausgestellt werden. Das war eine Sozialstelle. Damit sie sich dort melden und um Aufschub bitten kann. Denn wenn sie an dem Tag nicht in den Zug gestiegen wäre, hätte sie die Reise selbst zahlen müssen. Das sind typische Konflikte. Manchmal entsteht auch eine schwierige Gruppendynamik, wenn an den Bushaltestellen mehrere Flüchtlinge stehen und warten. Dann kommen die Wachleute und sorgen für Ordnung. Und wie soll ich das sagen, das sind nicht immer die sensibelsten Menschen. Was ich echt wichtig fände, wäre ein interkulturelles Training für diese Wachleute, bevor sie anfangen zu arbeiten. Viele können keine Fremdsprache und es kommen tatsächlich auch mal rechte Äußerungen. Manche pauschalisieren und sind wenig verständnisvoll. Da ihnen eine wichtige Rolle zukommt, wäre es echt wichtig, dass sie geschult werden, wie man mit Menschen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen besser umgehen kann.

Welche Fragen haben die Leute, die zu euch kommen?

Total unterschiedlich. Manche kommen zum Teetrinken und haben kein spezielles Anliegen. Manche kommen mit spezifischen Fragen, beispielsweise: Wo ist der nächste Supermarkt oder die

nächste Kirche? Oder sie haben ein neues Handy und wissen nicht, wie sie es einrichten können. Wir rufen dann für sie bei Hotlines an. Oder sie werden irgendwohin transferiert und sie wissen nicht, wohin. Dann müssen wir herausfinden, was diese Kürzel bedeuten, die auf den Papieren stehen. Welche Unterkunft ist das? Wohin müssen sie?

Da werdet ihr ja auch mit Beamten-deutsch und Formularen konfrontiert, weißt du da immer eine Antwort?

In der Schulung haben wir diese Dokumente gesehen und auch Unterlagen bekommen, aber ich werde nicht immer schlau daraus. Dann frage ich manchmal die Wachleute oder die Busfahrer. Oder jemand von den Ehrenamtlichen kennt sich damit besser aus.

Das klingt auf jeden Fall nach extremer Vielseitigkeit und einem Vermitteln in alle Richtungen.

Ja, man ist echt gefordert. Ich dachte am Anfang, ich könnte vielleicht zwei Schichten hintereinander machen, also vier Stunden. Ich fahre ja auch ein Stückchen hin. Ich habe aber festgestellt, dass mir eine Schicht reicht. Ich mache es gerne, bin danach aber erschöpft. Sich konstant konzentrieren und versuchen, Dinge herauszufinden und zu vermitteln, ist erschöpfend. Es ist Arbeit. Wie gesagt, mir macht es Spaß, weil ich gerne mit Leuten rede und mich das interessiert, auch mehr über ihre Schicksale zu erfahren. Und ich finde es gut, selbst zu sehen, wie die Situation ist. Nicht nur immer in den Medien.

Du bist seit der Eröffnung im Dezember dabei. Wenn du zurückschaust: Was gibt es noch zu tun?

Oh je, generell gibt es viel zu tun. Dass es überhaupt diese Flüchtlingsunterkunft in der Bayernkaserne gibt, ist ja schon mal sehr problematisch. Aber das Projekt an sich ist gut, wie es ist. Es geht dabei darum, so eine Art "Willkommen" zu gestalten. Offen auf die Leute zugehen, die ankommen und einfach Zeit mitbringen. Ich finde den Ansatz sinnvoll. Dabei ändert es natürlich nichts an den Grundproblematiken. Und da müsste man ansetzen, ganz klar. Für mich ist das ein zweischneidiges Schwert. Weil ich die Kaserne und die Art und Weise, wie die Menschen dort untergebracht und wie sie behandelt werden, generell nicht gut finde. Aber ich bin trotzdem im Team und mir macht es Spaß. Es hat sich ja auch manches verbessert, es sind jetzt viel weniger Menschen hier untergebracht, nur noch etwa 500. Es waren letzten Sommer noch über 2000. Auch der Zugang der Kaserne ist etwas freundlicher geworden. Einerseits mit dem Lighthouse, aber es wurde auch etwas umgebaut und es gab ein Zeichenprojekt zur Ausgestaltung des Eingangsbereichs. Wenn man die Flüchtlinge selbst fragt, wie es so ist, dann kommt schon die Rückmeldung, dass sie es natürlich nicht sonderlich schön finden dort.

Also ist das Lighthouse Welcome Center nicht die Lösung?

Gut, durch das Lighthouse stehen da zwei oder drei Leute, die mal ein freundliches Wort haben für die Menschen. Wenn man sich auf einzelne Begegnungen konzentriert, kann man schon ein bisschen helfen. Es hilft nicht nur

den Flüchtlingen, sondern auch den Menschen, die dort arbeiten. Weil vielleicht auch manche Vorurteile abgebaut werden. Auf beiden Seiten, durch diese Begegnungen. Ich spreche immer wieder mit Menschen aus meinem Umfeld, die keine Flüchtlinge kennen und dann sehr abstruse Vorstellungen haben. Eine Bekannte aus Fürstfeldbruck wohnt in der Nähe von einer Einrichtung und sagt, die laufen ja immer mit Handys rum, so arm können die nicht sein. Das habe ich jetzt schon öfter gehört. Natürlich haben die Handys! Die bekommen Geld, Taschengeld, und das erste, was man sich kauft, ist ein Handy, um Kontakt mit der Heimat zu haben. Die Flüchtlinge sind auch nicht die Ärmsten der Armen, die kommen hier gar nicht an.

Und diese grundlegenden Infos zu den ganzen Strukturen, die bekommt man halt mit. Ich finde den direkten Austausch, das miteinander sprechen total wichtig. Ein Miteinander. Für den Einzelnen ist das Projekt ein netter Tropfen auf den heißen Stein, der aber im Endeffekt nicht groß etwas ausrichtet. Die ganze Politik müsste umstrukturiert werden, dass es so ein Riesenspeicherleben nicht geben muss. Aber ich kann auch keine Lösung bieten. Man darf vielleicht nicht den Anspruch haben, dass man damit viel verändert. Im Endeffekt geht es um einzelne Gespräche mit Menschen, die sich vielleicht über ein einzelnes Gespräch freuen. Ich meine, das ist ja auch nicht nichts.<

Fragebogen Nr. 5

21 Jahre, weiblich, Dienst in Südafrika beim Evangelischen-Lutherischen Missionswerk

Was hast Du gemacht?

Mit Kindern gearbeitet (Afterschool-Programme)

Warum hast Du den Dienst gemacht?

Ich wollte etwas neues erleben, eine neue Kultur kennenlernen, helfen und etwas sinnvolles tun, und ich wollte auch an der neuen Herausforderung wachsen.

Wolltest Du irgendwann abrechen?

Nein, ich wollte nie abrechen. Ich wollte es durchziehen. Mein Projekt war super und ich habe die Menschen vor Ort sehr ins Herz geschlossen.



Fragebogen Nr. 6

20 Jahre, männlich, Dienst auf den Philippinen bei VEM

Was hast Du gemacht?

Unterschiedlich

Warum hast Du den Dienst gemacht?

Um eine andere Kultur und Lebensweise kennenzulernen und zu lernen.

Welche Probleme ergaben sich während dem Dienst?

Keine klaren Aufgabenfelder und Unklarheiten über mein Programm.

Wolltest Du irgendwann abbrechen?

Nein, ein Abbruch kam für mich nicht in Frage, weil ich kein großes Tief hatte.

Schlanker Staat, volles Sofa

Die Flüchtlinge kommen. Aber wohin mit ihnen? Der Staat ist mit der Aufnahme offensichtlich überfordert. Das gestehen sich sogar Bundestagsabgeordnete ein und fordern Bürgerinnen und Bürger zur Aufnahme von Kriegsopfern auf. Das hat nach dem zweiten Weltkrieg schließlich auch geklappt. Aber was, wenn man diesen Gedanken zu Ende denkt? Von Christian Jakob



Er hatte ganz offensichtlich ein schlechtes Gewissen. Das „ungelöste Problem“ liege in seinem Flur, schrieb der von mir sehr geschätzte Kollege kürzlich in seiner Kolumne, die Parole in schwarzer und roter Sprühfarbe: „Refugees welcome“. Flüchtlinge willkommen. Seine 17-jährige Tochter besuche eine „engagierte Schule in Berlin“. Doch was, wenn sie es an die Fassade des väterlichen, also seines, Gründerzeithauses hänge? „Vielleicht versteht das jemand wörtlich und möchte bei uns einziehen.“ Dabei habe er „ein großes Herz in politischen Dingen“. Die Einwanderungspolitik Deutschlands nannte er wie zum Beweis im selben Text „kurzsichtig und menschenverachtend“. Doch könne er Migration fördern, indem er in seiner Wohnung zusammenrücke? Die Tochter sei bereit, „für eine Zeit das Zimmer zu räumen“. Wo sie schlafen wolle? „Vielleicht im Kabuff im Flur‘ – ein Stauraum ohne Frischluft und Steckdose.“ Der Kollege war nicht begeistert. Wenn ein Flüchtling im Wohnzimmer auf dem Sofa nächtigt, könne er abends nicht mehr fernsehen und Musik hören, schrieb er. Sein eigenes Schlafzimmer? „Ich könnte auf's Wohnzimmersofa ziehen. Aber was, wenn wir als neuen Mitbewohner eine schreckliche Nervensäge bekommen? Den kann man nicht einfach zurückschicken.“ Ihm erscheine seine 120-Quadratmeter-5-Zimmer-Wohnung für vier Personen plötzlich „ziemlich klein“.

Ein fremdenfeindlicher kleinbürgerlicher Linker?

Das Transparent sollte vorsichtshalber erst mal nicht an die Fassade. Stattdessen gelobte er, „für den Anfang“ Deutschunterricht zu geben oder „Zugereiste in bürokratischen Dingen zu unterstützen“. Wenn die Kinder später ausgezogen sind, werde über die Wohnungsfrage „nochmal neu nachgedacht“. Ist das eine typische linke Kleinbürgerseele – großzügig und fortschrittlich nach Außen, geizig und spießig, wenn es drauf ankommt? Ein Fremdenfeind gar, der keine Afrikaner in seiner Wohnung will?

Im August 2014 rief der CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Patzelt aus Frankfurt (Oder) die Bürgerinnen und Bürger zur Aufnahme von Kriegsopfern auf. Die Deutschen seien es gewohnt, dass Hilfeleistungen über staatliche Stellen oder Träger der Wohlfahrt geleistet werden, erklärte er. Doch dies stoße an Grenzen. „Deshalb rufe ich die Menschen in unserem Lande auf, über eine zeitnahe Aufnahme von Flüchtlingen, insbesondere von Müttern mit Kleinkindern, in ihren eigenen Häusern oder Wohnungen nachzudenken“, sagte der Parlamentarier. Sowohl der verfügbare Wohnraum, etwa Gästezim-

mer, als auch „die materiellen Voraussetzungen vieler Bürger“ seien so beschaffen, dass eine Aufnahme von Gästen „organisatorisch wie finanziell keine wesentliche Last darstellen würde“, sagte Patzelt. Er verwies auch auf die Vertriebenengeschichte „meiner Familie nach dem Zweiten Weltkrieg“.

Nach dem Zweiten Weltkrieg. Mein Vater erzählt mir bis heute immer wieder, wie 1945 englische Soldaten ins – nicht allzu große – Haus kamen. Sie zählten die Räume, zählten die Kinder und am Ende sagten sie: „Bei Euch ist noch Platz für sieben.“ Eine Woche später wohnten die Vertriebenen aus Ostpreußen unterm Dach in der zerbombten niedersächsischen Provinz. Eine von ihnen blieb sein Leben lang die beste Freundin meines Vaters. „Das ging damals auch“, sagt er heute.

Aber der Zweite Weltkrieg ist vorbei. Und mein Kollege muss heute nicht sein Schlafzimmer räumen, um kein Fremdenfeind zu sein.

2012 schrieb ich einen Text über den jungen Roma Miroslav Redzepovich. Zehn Jahre zuvor hatte sich dessen Vater im Rathaus der Stadt Syke verbrannt, um gegen die drohende Abschiebung seiner Familie zu protestieren. Kurz nachdem er beerdigt wurde, schob die Ausländerbehörde den Rest der Familie in den Kosovo ab – nach elf Jahren in Deutschland. Die Mutter erkrankte im Kosovo an Krebs, er wurde von der Polizei misshandelt. Im Oktober 2010 machte er sich erneut auf den Weg nach Deutschland. In Hamburg wohnte eine Tante, dort wollte auch er leben. Tatsächlich gelang ihm die Einreise. Doch ausgerechnet am achten Todestag seines Vaters griff die Polizei ihn auf und nahm ihn in Abschiebehaft. Ein neuer Asylantrag wurde sofort abgelehnt. 2010 wurde Redzepovic „noch atmend“ bei einer Zellenkontrolle aufgefunden, sagte damals ein Sprecher der Hamburger Justizbehörde. Er hatte versucht, sich mit Schnürsenkeln zu erhängen. Anfang 2011 wurde er aus der Psychiatrie entlassen, war wieder geduldet. Dann schrieb ihm die Ausländerbehörde, er möge psychisch krank sein – sei aber „flugtauglich“. Er möge hier seine Kindheit verbracht haben – sei aber „nicht in Deutschland verwurzelt“ und wollte ihn erneut abschieben. Sein Psychologe warnte nachdrücklich davor: „Er braucht dringend psychotherapeutische Behandlung.“ Eine Stunde nachdem der Text online stand, kommentierte „Frau Edith Müller“: „Soll sein Psychologe ihn durchfüttern.“

Ein Vorwurf an verhasste Gutmenschen

Warum ich diese Geschichte hier erzähle? Weil sie zeigt, wie das liebste Argument der PI- und sonstiger Rassisten mit der Wohnungsdebatte zusammenhängt. Ihr Vorwurf an die verhassten Gutmenschen lautet: Diese würden die eigene Moral mit dem Geld anderer Leute bezahlen. Wer für offene Grenzen, für Flüchtlingsrechte sei, der solle die verdammten Flüchtlinge doch gefälligst auf eigene Kosten in seiner eigenen Wohnung aufnehmen. Wer anfängt, sich dafür zu rechtfertigen, warum in der eigenen Wohnung kein Platz dafür ist, der macht sich die Argumentation dieser Leute zu Eigen.

Der Kern antirassistischer Politik muss sein, rassistische Sonderbehandlungen abzuschaffen. Auf die gnädige Aufnahme in Kellern, Hobbyräumen oder auf Wohnzimmercouchs angewiesen zu sein, ist das Gegenteil gleicher Rechte: Es ist ein Sonderzustand. Und kein erstrebenswerter. Auch nicht, wenn die Gastgeber es gut meinen; auch nicht, wenn sie reflektiert sind; auch nicht, wenn man dabei Deutsch lernt; auch nicht, wenn es für eine gewisse Zeit auf dem Sofa okay ist und auch nicht, wenn es da, wo man herkommt, viel schlimmer war. Wer der Meinung ist, Flüchtlingspolitik könne mit dem heimischen Sofa gemacht werden, der denkt auch, es sei Sozialpolitik, wenn Obdachlose die Obdachlosenmagazine in der U-Bahn verkaufen.

Problematische Konstellationen

Natürlich ist es besser, die Leute lassen Flüchtlinge in ihrem Wohnzimmer schlafen, als dass sie deren Heime anzünden. Insofern ist die Debatte ein Indiz für Fortschritte. Deutschland hat sich seit den Neunzigern verändert. Die Flüchtlinge haben viele Jahre protestiert, das Thema in die Medien, die Öffentlichkeit gebracht. Die hat reagiert und das nicht schlecht. Es gibt heute ein Ausmaß an Solidaritätsinitiativen, das selbst Leute, die sich professionell mit dem Thema befassen, kaum mehr überblicken können. Das ist wunderbar. Es ändert aber nichts daran, dass eine fundamentale Asymmetrie besteht zwischen denen, die Hilfe brauchen und denen, die in der komfortablen Lage sind, welche anbieten zu können. Das kann unproblematisch bleiben, wenn es Streit gibt um die Fahrradreparatur oder die Hausaufgabenhilfe. Es kann sich aber zum existenziellen Problem auswachsen, wenn es sich um das Dach über dem Kopf dreht. Es braucht nicht viel Phantasie, sich vorzustellen, welche Konstellationen auftreten können, wenn Flüchtlinge massenhaft in irgendwelche Privatwohnungen gesteckt werden:

Frau bei einem Mann, der durchblicken lässt, in seinem Bett sei doch auch noch Platz; Familie mit Kindern bei autoritärer Dame mit Kolonialherren-gesinnung oder stolze Helferinnen und Helfer, die ihre traumatisierten Beholfenen wie Zootiere herzeigen: „Schaut, das ist Ahmed. Seine Frau wurde verschleppt und er drei Mal gefoltert. Gell, Ahmed?“ Kann man erwarten, dass jemand seine Grenzen zeigt, wenn er keine Ahnung hat, wo er sonst bleiben soll? Kaum.

Ein Asylsystem ohne Perspektive

Was aber, wenn es nicht anders geht? Fast zwei Jahre hatten Flüchtlinge den zentralen Oranienplatz im Stadtteil Kreuzberg besetzt gehalten, um darauf aufmerksam zu machen, dass das europäische Asylsystem für die meisten von ihnen nur Obdach- und Perspektivlosigkeit bedeutete. Die Solidarität war riesig. Am Ende versprach Integrationsministerin Dilek Kolat den 576 Flüchtlingen in einem Abkommen eine „wohlwollende Prüfung“ ihrer Anträge auf ein Bleiberecht in Berlin – wenn diese erst mal den Platz räumen. Das war im letzten Frühjahr. Als der Senat zu Ende geprüft hatte, bekamen drei Männer eine Aufenthaltserlaubnis – und diese auch nur aus persönlichen Gründen wie einer Hochzeit. Die anderen sollen die Stadt verlassen – zurück in das Bundesland, in dem ihr Asylverfahren läuft, oder in das EU-Land, über das sie nach Europa gekommen sind. Das aber wollen sie nicht – und sitzen auf der Straße. Letzter Rettungsanker ist seit Oktober die „Schlafplatzorga“ der Refugee-Bewegung. Wer ein Bett für die Nacht braucht, geht am Abend zwischen 18 und 20 Uhr zum Oranienplatz, wo Aktivistinnen und Aktivisten die Liste der privaten Schlafplatzangebote abtelefonieren. Vielen wurde so eine Unterkunft vermittelt – oft allerdings nur für ein paar Nächte. Gleichwohl: Anders hätten manche Flüchtlinge vom Oranienplatz den Winter wohl nicht überstanden. Es ist zweifellos richtig, ja für eine Linke alternativlos, diese praktische Solidarität zu üben. Und trotzdem kann sie nur ein Korrektiv sein, weil der Staat seiner Aufgabe nicht nachkommt – keinesfalls aber den Staat von dieser Aufgabe befreien.

Per Gesetz ist festgelegt, dass Asylsuchende nicht in Wohnungen leben sollen, sondern in Heimen. Die werden meist privat betrieben. Auch wenn sich viele Kommunen mit Händen und Füßen dagegen gewehrt haben, die entsprechenden Verträge offenzulegen, sind doch immer wieder Details bekannt geworden. Und die zeigen: Billiger als der normale Mietzuschuss sind diese Heime meist nicht. Eine teils üble Industrie

macht gutes Geld mit dem Lagern. Doch auch der Staat profitiert von den Sammelunterkünften. Denn sie sind immer auch ein Ghetto. Sie isolieren und stigmatisieren die Bewohnerinnen und Bewohner. Das – Innenpolitiker haben es oft genug deutlich gesagt – ist ein Programm der bewussten Antiintegration. Die Heimunterbringung soll künftige Abschiebungen erleichtern: keine protestierenden Mitschülerinnen und -schüler oder gar befreundete Personen aus der Nachbarschaft, keine Unterstützerinnen und Unterstützer, die Rechtsbeistand oder Arztgutachten besorgen. Dass das Leben in den überfüllten Lagern die Flüchtlinge zermürbt, nimmt der Staat dafür ebenso hin, wie dass die Heime eine bevorzugte Zielscheibe von Rechtsextremen sind.

In Konkurrenz mit Hartz-IV-Empfängern

Manche Städte wie Berlin wollten schon vor einigen Jahren die Regel der zentralen Unterbringung abschaffen. Eigentlich können Flüchtlinge hier durchaus in Wohnungen ziehen. Doch der Rückzug des Staates aus dem sozialen Wohnungsbau hat das Niedrigpreissegment immer weiter ausgedünnt. Dort, wo Asylsuchende sich eine Wohnung zur Miete auf Hartz-IV-Niveau suchen dürfen, konkurrieren sie mit den deutschen Bewerberinnen und Bewerbern um den viel zu knappen Wohnraum. Wie das ausgeht, ist klar.

Christian Jakob
*ist Journalist und
Aktivist und lebt
und arbeitet in
Berlin*

Seit Jahren kämpfen Flüchtlinge gegen die Lager. Ist es dann nicht gut, wenn dafür geworben wird, dass sie in Wohnungen kommen? Es kommt darauf an, wie. Man muss sie nicht vor allen Eventualitäten beschützen als handele es sich um Kinder. Die meisten von ihnen haben wesentlich schlimmeres durchgestanden als paternalistische oder herrische Gastgeber. Bei heimischen Privatleuten zu wohnen

kann ganz wunderbar sein oder ganz fürchterlich. Vorher weiß das niemand und muss auch niemand. Das Zauberwort heißt: Autonomie. Die Aufnahme in Privathäusern ist dann gut, wenn es für Flüchtlinge genauso leicht ist, aus einer unzumutbaren Wohnung wieder auszuziehen, wie für jeden anderen auch. Das ist garantiert nicht der Fall, wenn es heißt: 'Es tut uns leid, die Lager sind alle voll, aber Du kannst bei einer netten Familie auf dem Dachboden schlafen.' Das ist für einen Staat, der schon seit geraumer Zeit soviel Geld einnimmt wie noch nie, genauso inakzeptabel, als würde die Regierung pensionierte Lehrerinnen und Lehrer bitten, umsonst Kinder zu Hause zu unterrichten, um so ein paar Schulen einsparen zu können.

Die Autonomie ist nur dann gewahrt, wenn es sich um ein reguläres Mietverhältnis handelt und die Flüchtlinge kompetente, mündige Mieterinnen und Mieter sind. Für letzteres brauchen sie Beratung und Unterstützung, die volle Kontrolle über ihren Asyl-bLG-Mietzuschuss – und die Gewissheit über Alternativen. Und für die hat der Staat zu sorgen. Nicht die siebzehnjährige Gymnasiastin.<

Fragebogen Nr. 7

23 Jahre, weiblich, Dienst in Kenia bei KJA

Was hast Du gemacht?

Kinderbetreuung in einem Waisenhaus

Was war Dein positivstes Erlebnis?

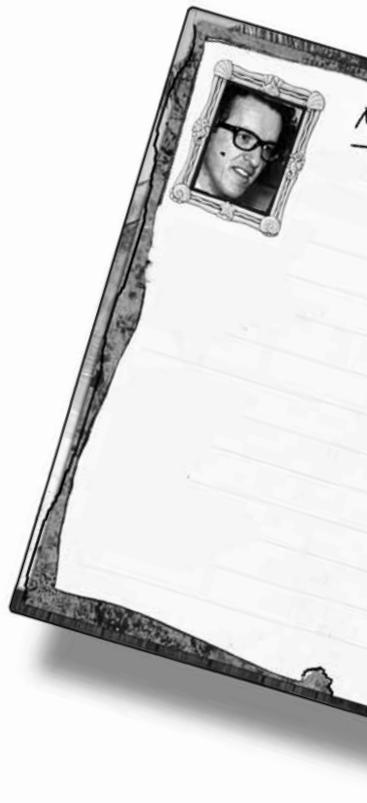
Ich habe mir fest vorgenommen, die Worte der Kinder, die wie ein warmes Abschiedsgeschenk waren, nie zu vergessen: „Wir danken Dir für dein Jahr mit uns, weil Du uns liebst.“ Na dann. Mehr wollte ich gar nicht. Nur ein bisschen lieben und geliebt werden.

Welche Probleme ergaben sich während dem Dienst?

Vor allem meine deutsche Mitreisende war ziemlich anstrengend, insgesamt anstrengender als alle anderen Hürden. Sie war, wenn ich das richtig wahrgenommen habe, unzufrieden mit ihrer Situation und dann eifersüchtig auf meine.

Hat Dein Geschlecht jemals eine Rolle gespielt?

Klar. Ich denke, eine weiße Frau hat in Kenia automatisch eine andere Rolle als ein weißer Mann. Außerdem wäre es für die Jungs im Heim toll gewesen, mal ein männliches Vorbild zu haben. Obwohl ich mit Fußball gespielt habe...



„Frau Afshar engagiert sich in der Kleiderkammer“

Häufig wird übersehen, wie viel Energie Geflüchtete selbst an den Tag legen, um das Leben im Lager etwas erträglicher zu gestalten. Von Philipp Schäfer

Der Heimalltag für die Bewohnerinnen und Bewohner deutscher Asylunterkünfte ist von Warten geprägt. Ungewiss ist nicht nur der Ausgang ihrer Verfahren – eine Antwort erhalten sie mitunter erst nach vielen Monaten, wenn nicht gar Jahren. Es ist ebenso das Warten aus Langeweile in einem von begrenzten Beschäftigungsmöglichkeiten geprägten und durch Behördengänge strukturierten Alltag. Der räumliche wie soziale Bewegungsradius der hier Lebenden ist stark eingeschränkt. Er begrenzt sich meist nicht nur auf die Zone der ‚Residenzpflicht‘, sondern auf das direkte soziale Umfeld: auf Bekanntschaften im Heim, auf das Personal, auf einige wenige Akteure der Außengesellschaft (Stadt). Er orientiert sich zudem an prekären zeitlichen Horizonten, die den Aufenthalt zu einem temporären machen, dessen Dauer unbestimmt ist und der häufig abrupt endet. Die zur Verfügung stehende Zeit ist hier kaum ‚sinnvoll‘ zu verbringen.

Einen Beruf ausüben dürfen nur die Wenigsten – einige haben Arbeit im informellen Sektor gefunden. Der mazedonische Asylsuchende Deniz verkauft beispielsweise Altmetall an lokale Händler, Mladen erwirtschaftet sich durch das Sammeln und Einlösen von Pfandflaschen einen Zuverdienst. Wiederum andere engagieren sich freiwillig im Heimbetrieb. Der junge Iraner Masud bietet seine Dolmetscherdienste

an, seine junge Landsfrau Nesrin führte Malerarbeiten in den Aufenthaltsräumen der Gemeinschaftsunterkunft durch, der Kosovare Mentor hilft beim Pflegen des Grünbereichs vor dem Heim und Herr Baktash, ein afghanischer Flüchtling, der mit seiner Frau und seinen zwei Kindern in Deutschland Asyl sucht, erledigt Reinigungsarbeiten im Heimbäude. Es würde zu kurz greifen, ihr Engagement als bloßes Substitut für die ausbleibende Erwerbstätigkeit und somit Beschäftigungslosigkeit zu deuten. Darum gilt es folgenden Fragen nachzugehen: Wie und wo engagieren sich Asylsuchende im Flüchtlingswohnheim freiwillig? Und welche Funktion erfüllt ihr Engagement für sie als soziale Akteure in einem spezifischen räumlichen Kontext?

Wie sich Asylsuchende im Heimalltag selbst helfen

Eine der Engagierten ist Frau Afshar. Ich treffe die betagte Dame in einem sächsischen Flüchtlingswohnheim. Erst vor wenigen Wochen verließ sie ihre iranische Heimat, um in Deutschland, wo auch ihre Tochter lebt, Asyl zu suchen. Frau Afshar spricht kaum Deutsch und Englisch. Mit mir und anderen unterhält sie sich daher vor allem gestisch. Schon kurz nach ihrer Ankunft übernahm sie die Leitung der Kleiderkammer des Heims. Dort sorgt sie seitdem für Ordnung, nimmt Kleiderspenden an, inventarisiert



Foto: Philipp Schäfer

und hilft bei der Verteilung an die Heimbewohnerinnen und -bewohner. Für diese Arbeit erhält sie eine kleine Aufwandsentschädigung, die in ihrer Höhe kaum ausreicht, um allein handlungsmotivierend zu wirken. Wertigkeit erhält ihr Engagement in mehrfacher Hinsicht. Für das von ihr in den Regalen etablierte Ordnungssystem wird Frau Afshar wiederholt vom Heimpersonal gelobt. Doch die Kammer ist mehr als nur ein Arbeitsraum. Bei meinem Besuch befinden sich dort noch zahlreiche iranische Freundinnen und Bekannte aus dem Heim. Angeregt unterhalten sich alle in der Landessprache Farsi. Lächelnd bietet Frau Afshar mir Süßigkeiten an. Die Kammer bildet als sozialer Raum eine spezifische Ordnung, in der sich nicht nur Frau Afshar bewegt. Wieder und wieder, so deutet sich hier an, wird sie zur sprachlich-kulturellen Begegnungsstätte und bietet somit Möglichkeiten der Rückkopplung an die eigene kulturelle Identität.

Doch eine drohende Kompetenzteilung gefährdet diese Ordnung. Mit Sorge vernimmt Frau Afshar das Interesse einer zweiten Heimbewohnerin, in die Arbeit der Kleiderkammer eingebunden zu werden. Nur mühsam kann ich der gewittrigen Unterhaltung folgen, die von einem Dolmetscher vom Persischen ins Deutsche so gut es geht übersetzt wird. Das Bedrohungsszenario, dem Frau Afshar sich gegenüber sieht, wird besser verständlich, wenn wir uns Folgendes vergegenwärtigen: Ihr gelingt es, sich durch ihr Engagement zu ‚besondern‘, eine feste Position im Heimgefüge einzunehmen. Mit ihrer Tätigkeit, die sie institutionell wie räumlich an das Heim bindet, beweist sie sich als engagierte Person und damit ihren Nutzen für die Innen- (Heim) wie Außengesellschaft (Stadt). Ihr freiwilliges Engagement wird in diesem Kontext zum strategischen Verhalten der Sicherung der eigenen Stellung in einer von Unsicherheit geprägten Situation. Es ist eine im Sinne des US-amerikanischen Soziologen Erving Goffman „weltschaffende Tätigkeit“ (Goffman 1973: 30). Über

die Arbeit in der Kleiderkammer und die damit verbundenen Privilegien stärkt sie nicht nur ihre Binnenposition im Heim, sie eignet sich zudem eine durch die Flucht nach Deutschland vakant gewordene Identität als „wertvoller“, da produktiver Mensch an.

Dem von Michael Corsten, Michael Kauppert und Hartmut Rosa identifizierten „Wir-Sinn“ (Corsten et al. 2008: 222) bürgerschaftlich Engagierter ist an dieser Stelle ein „Selbst-Sinn“ an die Seite zu stellen. Er entfaltet sich in seiner Bedeutung für die Schaffung von „Eigenräumen“ – und äußert sich als Sinn für Positionen sowie für Positionierungen, mit denen diese stabilisiert werden sollen. Derlei Engagement im Heim, und dies gilt für Frau Afshar wie auch für andere Bewohnerinnen und Bewohner, genügt sich keinesfalls selbst. Es hat einen eindeutigen Mehrwert, indem es, ob bewusst oder unbewusst vollzogen, der Statusbalancierung im sozialen Gefüge des Heims dient. So zeigen es auch die Beispiele von der erwähnten Nesrin, die bereits in ihrer Heimat künstlerisch aktiv war und sich freiwillig in der Kinderbetreuung engagierte, oder von Mentor, dem Kosovo-Albaner, der gelernter Gärtner ist und der sich nun für die Verschönerung des Heimgeländes einsetzt.

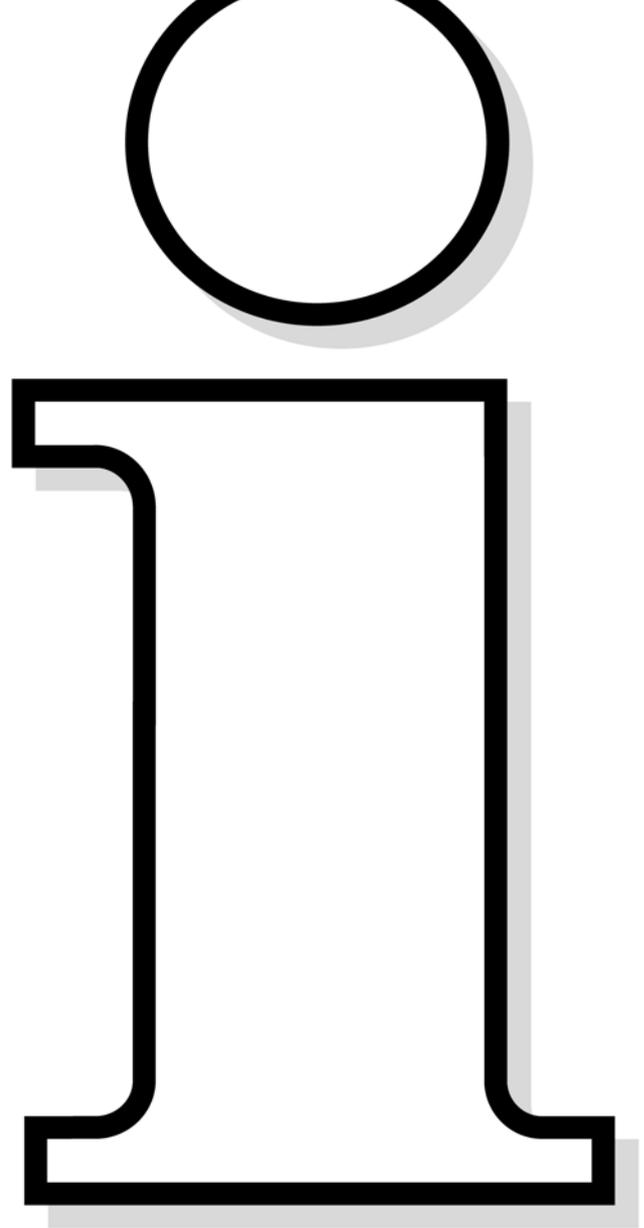
Mehr als ‚nur‘ Flüchtling sein

Gemein ist allen diesen Tätigkeiten, die eigene Markierung als subordinierte gesellschaftliche Akteure zu unterlaufen. Es gilt, mehr als ‚nur‘ Flüchtling zu sein, mehr zu haben als ‚nur‘ einen Flüchtlingsalltag. Auch Frau Afshar möchte nicht nur als Bittstellerin und Hilfsbedürftige wahrgenommen werden. Dies erweist sich als Herausforderung, da ihre Lage in erster Linie von Machtlosigkeit gekennzeichnet ist. Sie hat ihre Heimat aufgrund von Gewalt und Diskriminierung verlassen, um in der Ferne wieder ein ‚normales‘ Leben führen zu können. Dies bedeutet, nicht mehr in Lebensgefahr zu sein, Essen sowie einen Schlafplatz zu haben, aber eben auch, eine reine Kultur der Notwendigkeit übersteigend, in gesellschaftliche Prozesse eingebunden zu sein. Der sich allen Heimbewohnerinnen und -bewohnern nun anbietende Alltag ist jedoch ein in mehrfacher Hinsicht außerordentlicher: rechtlich, zeitlich, räumlich, ökonomisch und sozial. Über sie wird an anderer Stelle entschieden. Indem die freiwillig Engagierten zu Handelnden werden, überwinden sie die vorgenannte Rollenverteilung. Um die aus dem Zusammentreffen von Habitus und Struktur entspringende Schiefelage zu begradigen, unternehmen sie zahlreiche ‚Anstrengungen‘, ihre Lebenssituation zu

normalisieren. Eine solche Normalisierungsstrategie ist der Versuch, ‚Statusbalance‘ herzustellen. Gemeint ist hier ein situativer Prozess der horizontalen Statusverschiebung, der das Potenzial besitzt, Zustände der Machtlosigkeit und Passivität aufzulösen. Position, Status und Rolle müssen im Heimalltag wiederholt ins Gleichgewicht gebracht werden. Derlei Balancierungsakte stellen eine Möglichkeit dar, sich der eigenen Markierung als subordinierte Person zu entheben und sich so soziale Situationen anzueignen. Sich freiwillig im Heim zu engagieren öffnet einen *Raum des Möglichen*. Indem sich Heimbewohnerinnen und -bewohner im und für den sie umgebenden Raum engagieren, schaffen sie mehr als nur eine willkommene Beschäftigung in einem von Beschäftigungslosigkeit geprägten Heimalltag. Indem sie beispielsweise ihre Dolmetscherdienste anbieten, sich handwerklich, gärtnerisch oder anderweitig betätigen, offenbaren sie einen Sinn für eine kollektive Situation der Statusungleichheit im Heim (intra) und darüber hinaus (inter), der sie strategisch und mit Engagement begegnen. Sie werden in ihrem Streben nach Anerkennung von der Heimleitung unterstützt. Gemeinschaftlich arbeiten sie daran, das Leben im Heim zu gestalten. Dadurch leisten sie einen entscheidenden Beitrag, einen Transit- zu einem Wohnraum zu machen.<

Die in diesem Text verwendeten Namen wurden von mir zu Anonymisierungszwecken geändert. Meine Ausführungen basieren auf einer ethnographischen Feldstudie, die ich im Jahr 2013 in verschiedenen sächsischen Flüchtlingswohnheimen durchführte.

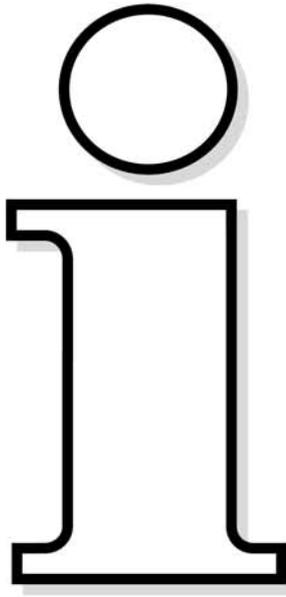
Philipp Schäfer
promoviert am
Konstanzer
Exzellenzcluster
„Kulturelle Grundla-
gen von Integration“
sowie an der
Universität Leipzig
über städtische
Asylregime.



Was tun, wenn's brennt?

Ein Leitfaden für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer

Das deutsche Asylrecht ist kompliziert und ändert sich ständig. Daher sind viele Ehrenamtliche, die noch keine oder wenig Erfahrung in der Unterstützung von Flüchtlingen haben, oftmals überfordert. Aber: Nicht abschrecken lassen! Der folgende Leitfaden hilft, bei konkreten Fragen und Problemen die Hilfestellung zu strukturieren. Von Stephan Dünwald.



ERSTE FRAGE:

Brennt es überhaupt?

Parallel zur Eröffnung eines Asylverfahrens wird routinemäßig nach der Dublin-III-Verordnung geprüft, ob ein anderer EU-Staat für das Asylverfahren und die Aufnahme eines Flüchtlings verantwortlich ist. Dann bekommen zahlreiche Flüchtlinge schon nach einigen Wochen ein Schreiben des Bundesamtes in gelbem Umschlag. Hierin wird ihnen eröffnet, dass ein Staat xy - sagen wir mal: Ungarn - zuständig ist. Im gleichen Schreiben steht, dass Ungarn der Rücknahme des Flüchtlings zugestimmt hat (mit Datum, wann das geschah) und dass das Asylverfahren in Deutschland damit nicht weiter durchgeführt wird. Es brennt. Ehrenamtliche werden bei solchen und anderen Gelegenheiten oft zu Rate gezogen und gebeten, den Inhalt des Schreibens zu übersetzen und zu erklären. Problematisch wird es, wenn Ehrenamtliche nicht gefragt werden und von der Existenz eines solchen Briefes erst später erfahren. Denn die Frist für eine Klage gegen dieses Schreiben ist nur kurz. Es gilt also aufmerksam zu sein und den Flüchtlingen, mit denen man zu tun hat, regelmäßig anzubieten, Behördenbriefe mit ihnen zu besprechen. Nicht alle Briefe vom Amt sind aber auch gleich gefährlich. Manchmal denken Flüchtlinge, sie haben ihre Abschiebeankündigung in der Hand und dabei

Wer den Inhalt eines Behördenbriefs nicht wirklich versteht, sollte sich bei Beratungsstellen HILFE holen

Auch wenn eine Abschiebung bevorsteht, ist NOCH NICHT gleich alles verloren

handelt es sich „nur“ um die Mitteilung, dass ihr Asylverfahren negativ abgeschlossen wurde. Hier gibt es die Möglichkeit, gegen die Entscheidung zu klagen oder andere Schritte zu unternehmen.

ZWEITE FRAGE:

Wo bekomme ich Unterstützung?

Generell gilt: Im Zweifel sollte man eine Beratungsstelle aufsuchen und einen Rechtsbeistand kontaktieren. Wer den Inhalt eines Behördenbriefs nicht wirklich versteht, sollte sich bei Beratungsstellen Hilfe holen. Diese haben

in der Regel Erfahrung und können schnell sehen, welchen Inhalt und welche Konsequenzen ein Behörden schreiben hat. Bei Dublin-Verfahren ist es ratsam, regelmäßig bei einer

kundigen Anwältin oder einem kundigen Anwalt um Rat zu fragen. Diese sollten sich mit Dublin-Verfahren auskennen und hier auf dem aktuellen Stand sein. Eine Klage ist nämlich nicht immer erfolgversprechend und die Rechtsprechung und Praxis kann sich schnell ändern. Es hängt von allgemeinen Entwicklungen ab, aber auch von der Entscheidungspraxis des jeweils zuständigen Verwaltungsgerichts. Anwältinnen und Anwälte können Akteneinsicht beantragen und damit sehen, um welches Verfahren es sich handelt und auf welchem Stand es ist. Aber auch im regulären Asylverfahren ist es oft hilfreich, eine Rechtsberatung oder Rechtsbeistand einzuschalten. Häufig bieten erfahrene Ausländer- oder Asylrechtsanwältinnen und -anwälte auch an, umsonst oder für eine geringe Gebühr die Schreiben anzusehen und einen ersten Rat zu erteilen. In bestimmten Fällen kann auch der Rechtshilfefonds von Pro Asyl (anzufragen über den jeweiligen Flüchtlingsrat) finanzielle Unterstützung leisten.

DRITTE FRAGE:

Wer unterstützt?

Selten kommt es vor, dass Flüchtlinge keine Unterstützung oder Beratung erfahren und nicht wissen, was mit ihnen passiert, wenn sie plötzlich abgeschoben werden. Andererseits kommt es aber auch vor, dass gleich mehrere Leute sich um einen Flüchtling kümmern und parallel verschiedenste Ratschläge erteilen. Flüchtlinge suchen oft bei verschiedenen Personen Rat, ohne dass diese Personen notwendig voneinander wissen. Es ist also wichtig nachzufragen, ob ein Flüchtling schon Unterstützung erfährt und sich dann gegebenenfalls mit den anderen Unterstützerinnen und Unterstützern abzusprechen. Manchmal haben Flüchtlinge auch schon

einen Rechtsbeistand, aber zum Beispiel weit entfernt vom Wohnort des Flüchtlings arbeitet und vielleicht wenig mit ihr oder ihm kommuniziert. Dies alles sollte abgefragt werden, um im konkreten Fall nicht doppelt und manchmal kontraproduktiv zu arbeiten.

VIERTE FRAGE:

Was ist zu tun?

Während manche Dinge sicherlich gut und besser bei der Anwältin oder dem Anwalt aufgehoben sind, so gibt es doch viele Möglichkeiten, Flüchtlinge parallel zum Rechtsbeistand zu unterstützen. Das fängt bei der Vorbereitung auf die Anhörung beim Bundesamt an (Handreichungen gibt es beim Flüchtlingsrat). Was hier falsch läuft, kann später kaum wieder ausgebügelt werden. In manchen Fällen ist es eine gute Idee, eine Petition im Landtag zu stellen. Hier wiederum kommt es oft darauf an, wie gut ein Flüchtling integriert ist, ob sie oder er arbeitet, eine Ausbildung macht oder eine Schule besucht. Auch ist es oft wichtig zu dokumentieren, dass ein Flüchtling viel lokale Unterstützung erfährt, zum Beispiel durch Personen aus der Klasse, der Arbeit, der Nachbarschaft oder dem Sportverein. Generell gilt: Je besser ein Flüchtling integriert ist, je mehr lokale Unterstützung sie oder er erfährt, desto besser stehen ihre oder seine Chancen, auch bei negativem Ausgang des Asylverfahrens hier bleiben und einen Aufenthalt bekommen zu können.

Auch wenn eine Abschiebung bevorsteht, ist noch nicht gleich alles verloren. In manchen Fällen können gesundheitliche Gründe geltend gemacht werden, die eine Abschiebung verhindern oder wenigstens verschieben. In Dublin-Fällen kann eine Kirchengemeinde einem Flüchtling Kirchenasyl gewähren, bis die Überstellungsfrist abgelaufen ist (die Ausländerbehörde hat sechs Monate Zeit, einen Flüchtling in ein anderes, zuständiges Land abzuschicken. Ist diese Frist abgelaufen, hat ein Flüchtling in der Regel die Möglichkeit auf ein Verfahren in Deutschland). Schließlich wird eine Abschiebung häufig abgebrochen, wenn ein Flüchtling sich gegen diese Zwangsmaßnahme wehrt oder wenn andere Passagiere im Flugzeug auf die Abschiebung aufmerksam gemacht werden können und dagegen protestieren.

In allen Fällen gilt: Erst schlau machen, dann handeln. Nur so kann verhindert werden, dass die falschen Entscheidungen zum falschen Zeitpunkt getroffen werden. Und es gilt: Nicht abschrecken lassen. Die Behör-

den sind häufig überlastet und allein deshalb schon unwillig, alle Alternativen zu überdenken. Ein bestimmtes Auftreten bei der Begleitung von Flüchtlingen zum Amt signalisiert häufig schon, dass sie oder er Unterstützung erfährt. Damit können gedankenlose Aktivitäten ebenso wie Untätigkeit von Behördenseite oftmals verhindert werden.

Stephan Dünnwald
ist Mitarbeiter des
Bayerischen
Flüchtlingsrates.

**Und es gilt:
NICHT abschrecken lassen**

Unter folgenden Links erhalten
Sie weiterführende Informationen:

- **Erstinformationen für Asylsuchende und Flüchtlinge**
(auch auf Englisch und Französisch):
www.nds-fluerat.org/12490/zeitschrift/broschuere-erstinfos-fuer-asylsuchende/
- **Rechte haben und Recht bekommen:**
Ratschläge und Informationen für Menschen mit einer Anerkennung in Deutschland
www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2014/12/Rechte-haben_Druckversion.pdf
- **Dublin-Ratgeber:**
Erste Hilfe in Dublin-Fällen
www.wir-treten-ein.de/wp-content/uploads/2015/01/15_01_21_BHP_PA_Ratgeber_A6.pdf
- **Leitfaden für Flüchtlinge:**
www.nds-fluerat.org/leitfaden/
- **Blog für gute Aktionen und Informationen zur Unterstützung von Flüchtlingen:**
wie-kann-ich-helfen.info/

Rechtlos im Rechtsstaat

Das *café 104* ist Anlaufstelle für Illegalisierte in München

Was tun für Menschen, bei denen auf den ersten Blick jede Hilfe unmöglich scheint? Das *café 104* berät seit 1998 Illegalisierte in München. Es ist unabhängig und wird von der Stadt München unterstützt und kooperiert mit *Ärzte der Welt*. Das *café 104* macht neben der Beratung für Illegalisierte vor allem auch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Birgit Poppert ist Gründungsmitglied der Anlaufstelle. Im Gespräch erzählt sie, welche Hilfe bei Illegalisierten möglich ist und was für Hürden hierbei im Weg stehen. Ein Interview von Agnes Andrae



Foto: Bayerischer Flüchtlingsrat

Wie ist es überhaupt möglich, als illegalisierte Person in München zu leben, ohne entdeckt zu werden?

Illegalisierte sind die besten Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die wir haben. Sie fahren, wenn es sich irgendwie machen lässt, nicht schwarz, werden nie

eine Prügelei anfangen und sie gehen nicht ans Telefon. Das macht es für uns auch in der Arbeit mit ihnen schwierig. Unsere Klientinnen und Klienten rufen dann zurück und schauen, wer wohl dran gewesen ist. Sie machen auch nicht ohne Weiteres die Haustür auf. Man muss bei ihnen angemeldet sein oder sie rufen an und schauen, wer davor ist. Das Leben als Illegalisierter ist maßlos schwierig, weil man eben die ganze Zeit aufpassen muss, dass man nicht entdeckt wird, aber ganz besonders schwierig macht das ein Paragraph im Aufenthaltsrecht: der § 87 II Aufenthaltsgesetz. Der besagt, dass wenn öffentliche Stellen während der Arbeit erfahren, dass jemand illegalisiert ist, diese gezwungen sind, die illegalisierten Personen an die Ausländerbehörde zu melden, die dann natürlich sofort abschiebt. Zum Beispiel: Es kommt jemand ins Krankenhaus, der Arzt oder die Ärztin haben zwar Schweigepflicht, nicht aber die Verwaltung. Die melden das dann an die Ausländerbehörde

weiter. Das bedeutet natürlich, dass Illegalisierte es vermeiden, ins Krankenhaus zu kommen. Sie alle kennen diesen Paragraphen und deswegen gehen sie auch sehr ungern zur Ärztin oder zum Arzt, weil sie Angst haben, trotz Schweigepflicht weitergemeldet zu werden.

Das heißt, Illegalisierte meiden Krankenhäuser, aber eine Allgemeinärztin oder ein Allgemeinarzt haben in ihrer Praxis Schweigepflicht?

Ja, aber Illegalisierte können natürlich auch keine Krankenversicherung abschließen, weil damit müssten sie auftauchen. Das heißt, sie sind immer darauf angewiesen, dass sie kostenlos oder privat behandelt werden. Ein weiteres Problem, das durch den § 87 II Aufenthaltsgesetz entsteht, ist, dass Illegalisierte nicht zur Schule gehen können.

Weil die Lehrer und Lehrerinnen dann der Ausländerbehörde das weiter melden würden?

Ja, hier gibt es allerdings eine Ausnahme, die für München gilt. Seit 2005 hat die Stadt festgesetzt, dass illegalisierte Kinder in die Schule gehen dürfen. Das heißt konkret: Das Lehrpersonal muss nicht melden, kann aber. Diese Kannvorschrift war damals zunächst ein großer Erfolg. Aber nur als Beispiel: Unsere jüngste Klientin war, als sie zu uns kam, sechs Jahre alt und unbegleitet. Sie war damals hier bei ihrer illegalisierten Großmutter gelandet und mit sechs Jahren auch schulpflichtig. Wir haben dann versucht, sie einzuschulen, aber vergebens. Alle Schulen verlangten eine Meldebescheinigung um festzustellen, in welche Schule unsere Klientin überhaupt gehen müsse. Das Problem war aber, dass wir ja die Adresse der Großmutter nicht bekannt geben konnten, da diese ja auch illegalisiert war. Das heißt, Illegalisierte können von dem Recht, dass sie im Prinzip hier haben sollten, einfach keinen Gebrauch machen. Das bedeutet, wir haben hier in einem Rechtsstaat einen rechtlosen Zustand. Im Mai 2011 hat dann auch die Bundesrepublik eine Ausnahme bei dem § 87 II Aufenthaltsgesetz für Schulen bundesweit beschlossen. Aber das Problem bleibt nach wie vor, dass die meisten Schulen eine Meldebescheinigung verlangen. Unsere Forderung lautet deswegen ganz klar, dass der § 87 II Aufenthaltsgesetz bis auf sicherheitsrelevante Kriterien gestrichen wird.

Wie ist das in anderen EU-Ländern geregelt?

Illegalität ist in Deutschland eine Straftat, in den meisten anderen EU-Ländern ist es lediglich eine Ordnungswidrigkeit, wie Falschparken.

Wie erklärst du dir, dass Deutschland als einziges EU-Land Illegalität als Straftat sieht?

Der Paragraph ist erst vor nicht allzu langer Zeit ins Aufenthaltsgesetz aufgenommen worden. Die Begründung hierfür war, dass man so einen besseren Überblick bekommt, wie viel Illegalisierte es in Deutschland gibt, wo sie herkommen, etc. Aber die Ausländerbehörden haben kaum Meldungen bekommen. Der Paragraph sollte wieder abgeschafft werden. Die anderen EU-Länder haben als gesetzliche Regelung bezüglich Illegalisierten nur, dass gemeldet werden muss, wenn es einen sicherheitsrelevanten Aspekt hat, z.B. bei Mord etc. Und das ist auch unsere Forderung, den Paragraphen nur auf den Sicherheitsaspekt zu reduzieren.

Was passiert, wenn ein Illegalisierter als Notfall ins Krankenhaus eingeliefert wird?

Hier tritt eine Verwaltungsvorschrift vom September 2009 in Kraft, die besagt, dass Illegalisierte, die als Notfall in ein Krankenhaus eingeliefert werden, von der Verwaltung nicht mehr an die Ausländerbehörde gemeldet werden müssen. Das Sozialamt übernimmt in diesen Fällen die Kosten. Wir hatten zum Beispiel einmal eine Klientin, die nachts mit durchgebrochenem Blinddarm in ein Münchner Krankenhaus eingeliefert wurde. Das Krankenhaus hat sie weitergemeldet und als sie aus der Narkose aufgewacht ist, standen drei Polizisten vor ihrem Bett. Wir haben daraufhin ziemlich Rabatz gemacht und unter anderem auch Ministerien angeschrieben. Wir haben mit dem Krankenhaus selbst auch gesprochen und das

wird in Zukunft dort nicht mehr passieren. <kursiv>Ärzte der Welt</kursiv> haben ein Infoblatt erstellt, in dem die Krankenhäuser informiert werden, welche Möglichkeiten sie haben. Wir haben angeboten, uns nach der Krankenhausbehandlung um Fälle weiter zu kümmern, wenn die Krankenhäuser die Personen zu uns schicken. Melden die Krankenhäuser jedoch weiter an die Ausländerbehörde, ziehen wir unser Hilfsangebot zurück. Aber inzwischen klappt die Zusammenarbeit recht gut, und uns ist kein weiterer Fall von Meldung bekannt geworden.

Wie funktioniert die Kostenerstattung über das Sozialamt?

Das ist natürlich ein längerer Weg. Das Krankenhaus muss einen Antrag auf Kostenübernahme stellen und dann wird das beim Sozialamt irgendwann entschieden. Dieser Verwaltungsweg kann ein bisschen dauern, funktioniert aber in der Regel.

Haben Illegalisierte überhaupt die Möglichkeit, eine Behandlung chronischer Krankheiten zu bekommen, z.B. bei Krebs?

Chronische Behandlungen zu organisieren ist äußerst schwierig. Hier sind Ärzte der Welt zuständig. Die haben eine Chroniksprechstunde, können das aber auch nicht in jedem Fall leisten. In München gibt es zusätzlich einen Fonds, der von der Stadt eingerichtet wurde für Menschen ohne Krankenversicherung und aus dem kann auch manchmal eine chronische Behandlung übernommen werden.

Wie schafft ihr es, Illegalisierte wieder in einen legalen Status zu bringen?

Eigentlich kann man unsere ganze Arbeit nicht ohne das sogenannte Münchner Modell sehen. Das wurde auf Basis der Studie von Phillip Anderson (2004) rechtskräftig. Dazu gehören die bereits erwähnte Kannvorschrift bei Schulen und die Überprüfung, dass Ärztinnen oder Ärzte sich wirklich nicht strafbar machen, wenn sie Illegalisierte behandeln. Für uns ist besonders positiv, dass Schwangere nach dem 7. Monat auftauchen können und für 6 Monate eine Duldung bekommen, also 3 Monate vor und drei Monate nach der Geburt. In dieser Zeit unterliegen sie dann dem Asylbewerberleistungsgesetz und sind dadurch auch versorgt. Und von den Schwangeren bekommen wir ca. 95% in die Legalität. Entweder, weil der Vater Deutscher oder EU-Bürger ist oder bereits seit acht Jahren legal in Deutschland lebt. Oder die betroffenen Frauen wollen heiraten, was sie aus der Illegalität heraus nicht konnten. Dieses halbe Jahr nutzen wir dann, um alles Notwendige in die Wege zu leiten, wie die Vaterschafts-erkennung oder was es sonst noch braucht. Außerdem bekommen die Kinder durch dieses Münchner Modell eine offizielle Geburtsurkunde. In anderen Städten bekommen Kinder von Illegalisierten oft nur eine Geburtsbestätigung. In München sind die Kinder durch das Modell also nicht im Vorhinein schon benachteiligt. Außerdem gehört zu dem Münchner Modell, dass wir auf Abteilungsleiterebene bei der Ausländerbehörde ohne Namensnennung der Klientinnen und Klienten anfragen können. Wir nennen dann nur den Anfangsbuchstaben der Klientin oder des

Klienten und bekommen dann in den meisten Fällen spätestens nach zwei Tagen eine Antwort. Und wenn wir dann mit den Betroffenen zur Ausländerbehörde gehen, können wir sicher gehen, dass sie nicht von der Polizei dort mitgenommen werden. Das ist ein großer Vorteil, den es so in der Bundesrepublik kein zweites Mal gibt. Wichtig bei unserer Arbeit sind auch psychologische Gutachten. Wir haben sehr gute Psychiaterinnen und Psychiater, mit denen wir zusammen arbeiten und die Gutachten über Traumatisierung, Suizidalität etc. schreiben. Und das kann dann hilfreich sein, um eine Duldung oder später einen Aufenthalt aus humanitären Gründen für die Personen zu beantragen.

Hattet ihr jemals direkt in eurer Beratungsstelle Probleme mit der Polizei?

Bisher gab es noch keine Festnahmen unmittelbar um uns herum. Die Stadt und die Ausländerbehörde haben sogar Interesse daran, dass es uns gibt, da wir vielen Menschen helfen, die eigentlich nicht Illegalisiert sein müssten. Zum Beispiel hatten wir in der Beratung einen Lateinamerikaner, der hier studiert hat. Seine Freundin bekam hier ein Kind und er begann zu arbeiten und brach das Studium ab, um seine Familie zu ernähren. Dadurch verfiel sein Visum zwecks Studium und er wusste, dass er sich damit in die Illegalität begibt, nahm dies aber in Kauf, da er sich um seine Familie kümmern wollte. Dann wurde er von einem Freund verpöffelt. Er hat aber ein Kind mit einer Frau, die einen Aufenthalt hat und dadurch kann er auch hier bleiben, da ein Kind das Recht auf seinen Vater hat. Das wusste er aber nicht. Er hätte also von Anfang an – seit das Kind auf

der Welt war – nicht illegalisiert sein müssen. Er hatte zwar einen Anwalt, aber der wusste auch nicht um die Rechtslage. Dass AnwältInnen und Anwälte, die kein Asylrecht machen, die Leute schlecht oder falsch beraten, kommt leider immer wieder vor. Wir hatten z.B. einen weiteren Fall einer Frau, die über Spanien nach Deutschland kam. Der Anwalt hat die Frau, die im vierten Monat schwanger war, zur Ausländerbehörde geschickt. Hätte er bis zum siebten Monat gewartet, hätte sie in München bleiben können. Wir konnten den Fall zwar noch hinbiegen, aber das war nicht einfach. Es gibt auch Anwältinnen und Anwälte, die sich einfach an den Betroffenen bereichern und nur das Geld kassieren, aber z.B. keine Briefe von Behörden an die Betroffenen weiterleiten.

Haben Schwangere die Möglichkeit, regelmäßig Untersuchungen zu bekommen?

Wir haben seit unserer Gründung 1998 ein Gynäkologen-Ehepaar, das Untersuchungen kostenlos anbietet. Ehepaar ist deswegen gut, da z.B. viele Musliminnen sich nur von Frauen gynäkologisch untersuchen lassen wollen. Und die sind so zuverlässig und großartig, dass wir auf Anfrage teilweise noch am selben Tag einen Termin bei ihnen bekommen. Und dadurch bekommen wir auch sofort mit, wenn Schwangere im siebten Monat sind und dann können wir mit ihnen zur Ausländerbehörde gehen. Und wir begleiten wirklich jede unserer Klientinnen.

Wie könnt ihr das leisten?

Wir haben viel zu tun, derzeit sind wir beim *café 104* zu fünft. Davon sind zwei noch in Ausbildung sozusagen und können noch nicht

alleine mit den Leuten zur Ausländerbehörde gehen. Für die Schwangeren gibt es viel zu tun: Einmal muss geregelt werden, wo sie unterkommen können, dann der ganze Papierkram inklusive Geburtsurkunde, etc. Und natürlich, dass wir organisieren, dass sie nach den sechs Monaten Duldung auch langfristig hier bleiben können. Weiterer Beratungsbedarf besteht aufgrund sehr vieler Dublin-III Fälle. Diese Verordnung erhöht natürlich die Zahl illegalisierter in Deutschland. Vor allem Menschen, die über Ungarn, Italien oder Spanien nach Deutschland kommen. Aus Italien kommen zum Beispiel sehr viele Menschen aus afrikanischen Ländern, die mit einer befristeten italienischen Aufenthaltserlaubnis als Touristen einreisen, aber nicht arbeiten dürfen. Nach drei Monaten läuft diese Erlaubnis ab und wenn die Personen länger hier bleiben, werden sie zu sogenannten over-stayern und leben illegalisiert in Deutschland. Im Laufe der 16 Jahre hat unsere Klientel stark gewechselt. Zur Zeit kommen sehr viele Kosovaren in unsere Beratung. Und viele Personen aus Somalia, Eritrea, Nigeria, Senegal, Ghana, Irak, Syrien und natürlich aus Afghanistan. Zur Beratung bringen die Leute immer eigene Sprachmittlerinnen und Sprachmittler mit. Wir können zwar Englisch, Französisch und Spanisch abdecken, aber die Sprachmittlung erleichtert die Beratung enorm. Wir haben im Schnitt ca. sechs bis sieben Klientinnen und Klienten pro Woche. Man muss allerdings mit eineinhalb Stunden Erstberatung rechnen. Zwischen Oktober und jetzt kamen teilweise sogar sechs bis sieben Personen in eine unserer Sprechstunden. Da kommen wir ziemlich an unser Limit.

Wie kann man euch unterstützen?

Man muss sich sehr gut mit der Rechtslage auskennen, um die Klientinnen und Klienten unterstützen zu können. Die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter bei der Ausländerbehörde arbeiten sehr unterschiedlich, wir haben es nicht immer leicht, etwa Duldungen zu beantragen. Und daher ist Durchsetzungskraft und eine gute Kenntnis der Rechte bitter von Nöten. Das braucht eben eine gewisse Einarbeitungszeit. Wir arbeiten alle ehrenamtlich, wir können allerdings immer Spenden gebrauchen. Spenden sind wichtig, weil wir dadurch eins zu eins unsere Klientel unterstützen können.<

Unter folgendem Konto können Sie für das café 104 spenden:

Förderverein
Bayerischer Flüchtlingsrat e.V.
Sozialbank BLZ 700 205 00
Konto 88 32 602
Stichwort café 104

Fragebogen Nr. 8

21 Jahre, weiblich, Dienst in Rumänien bei EIRENE

Was hast Du gemacht?

Mit AIDS-kranken Jugendlichen, die geistig leicht behindert waren, in einer Werkstatt gebastelt

Was hast Du durch den Dienst gelernt und wie wirkt er sich auf Dein zukünftiges Leben aus?

Selbst innerhalb unserer Komfortzone EU gibt es unglaubliche Armut und großes Unrecht. Das nicht nur theoretisch zu wissen, sondern tatsächlich zu spüren, hat mich stark beeindruckt. Ich kann mir nicht heute ohne diese Erfahrung nicht vorstellen und möchte es auch nicht.

Hat Dein Geschlecht jemals eine Rolle gespielt?

Ja. Ganz konkret in auch krassen sexuellen Belästigungen und dem Gefühl, aufgrund meines Geschlechtes nicht so frei zu sein und z.B. nicht alleine trampeln zu können.





Der Exodus aus Syrien und die Konsequenzen für die Türkei

Auf der einen Seite die Festung Europa, auf der anderen Bürgerkrieg und Chaos: Seit Ausbruch der Krise Syriens hat die Türkei so viele Flüchtlinge wie nie zuvor aufgenommen. Was diese Einwanderung an Herausforderungen für die Menschen und das Land bedeutet und wie er es verändern wird.

Von Katharina Schmidt mit einer Fotostrecke vom Murat Bay



Rüber gemacht:

Alles was zu retten war in Sack & Pack

Ankunft

Die PKK-nahen kurdischen „Volksverteidigungseinheiten“ YPG/YPJ verteidigten mit Unterstützung der irakisch-kurdischen Peshmerga die kurdische Stadt Kobane in Syrien gegen die Mörderbanden des so genannten „Islamischen Staats“. Währenddessen flohen Hunderttausende von dort über die türkische Grenze. Nicht mit der Eisenbahn, sondern zu Fuß über die Grenze hinweg. Der Fotograf Murat Bay hat diese Ankunft mit einer Fotostrecke dokumentiert.



Stacheldraht-Grenze niedrigerissen:

Insgesamt starben 17 Flüchtlinge beim Versuch, in die Türkei zu gelangen.



Ins Gesicht geschrieben:
Die Schrecken der Flucht



Einmal warme Mahlzeit:

Flüchtlinge aus Kobane bekommen auf der türkischen Seite der Grenze bei Suruc Essen von der Organisation Kızılay – allerdings nur in den von der Regierung geführten Camps.



Anstehen für das Nötigste:
Das nackte Überleben.



Trennende
Verbindung:
*Wartende entlang der
historischen Berlin-
Bagdad-Bahn. Sie
entstand als koloniales
Projekt auch der
„deutschen Kulturar-
beit“*

Die Krise in Syrien begann im März 2011. Einen Monat später betraten die ersten Flüchtlinge türkischen Boden. Zu diesem Zeitpunkt bestanden zwischen Ankara und Damaskus noch enge politische Beziehungen, zwischen den Präsidenten Recep Tayyip Erdogan und Baschar Al-Assad eine persönliche Freundschaft. Aber sie zerbrach durch die brutale Härte, mit der Assad die Aufstände niederschlagen ließ und die daraus resultierende Migration in das Land der zwei Kontinente.

Der nun fast vier Jahre andauernde Bürgerkrieg trieb bis heute drei Millionen Syrer und Syrerinnen in die Flucht – über die Hälfte davon in die Türkei. Diese erlebt damit eine Migration von nie dagewesenem Umfang. Deren Kosten belaufen sich laut dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) auf über drei Billionen Euro. Zum Vergleich: Mit allein 130.000 Syrerinnen und Syrern im September 2014 nahm die Türkei mehr auf als die gesamte Europäische Union in drei Jahren.

Für das Land am Bosphorus stellt dies immense soziale und politische Herausforderungen und Konflikte dar. Dabei ist der Umgang mit Flucht und Migration für die Türkei grundsätzlich nichts Neues. Aufgrund der geografischen Lage, als Transitland zwischen Asien und Europa, war sie stets durch Migration geprägt. Im Zuge der Staatengründung und Nationalisierung im zwanzigsten Jahrhundert unterstützte die Türkei Zuwanderungen von Migranten „türkischer Abstammung und Kultur“. Als Ende der Achtzigerjahre 300.000 Pomakkerinnen und Pomakker und Menschen aus der Türkei vor der Verfolgung im kommunistischen Bulgarien flohen, gewährte sie ihnen Aufenthaltsrecht und die Möglichkeit der Staatsbürgerschaft.

Für Flüchtlinge ohne diesen Kulturhintergrund sehen die Reaktionen anders aus: Die Türkei hat zwar 1962 die Genfer Flüchtlingskonvention unterschrieben – allerdings mit der Einschränkung, lediglich europäischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren. Nichteuropäerinnen und -europäern gewährt die Türkei zeitweisen Schutz vor ihrer Rückkehr in Drittstaaten.

Als in Folge des zweiten Golfkriegs hunderttausende Kurden der Verfolgung durch Saddam Hussein im Irak entflohen, nahm die Türkei sie erst auf nationalen und internationalen Druck hin auf; als Gäste ohne offizielle Rechte. Die Asylpolitik der Türkei, die 1994 erstmals eine rechtliche Grundlage fand, wurde damit zu einer Regelung, die nationale Sicherheit über Menschenrechtsfragen stellt. Flüchtlinge sollen an der Grenze gestoppt und ihr Eintritt in die Türkei möglichst verhindert werden.

Nach einem Report von Human Rights Watch von 2008, der den Umgang der Türkei mit irregulären Migrantinnen und Migranten sowie Asylsuchenden stark kritisierte, begann Ankara an einer neuen Gesetzgebung zu arbeiten. Am 12. April 2014 trat das Ausländer- und internationale Schutzgesetz in Kraft. Es schuf eine Generaldirektion des Migrationsamtes, die den rechtlichen Status von Migrantinnen und Migranten näher definieren und verbessern soll. Die regionale Einschränkung bezüglich des Asylrechts, deren Abschaffung eine der Voraussetzungen für den Beitritt zur EU darstellt, wurde jedoch nicht aufgehoben. Für die Flüchtlinge aus Syrien bedeutet das: Sie sind nach wie vor Gäste – auch wenn Ankara ihnen temporären Schutz in Form von Aufenthaltsrecht, humanitärer Hilfe in den Flüchtlingscamps und keine gewaltsame Ausweisung garantiert.

Die Situation der syrischen Flüchtlinge

Derzeit befinden sich etwa 1,6 Millionen Syrerinnen und Syrer im Land – 220.000 von ihnen in den 22 von der Regierung geführten Flüchtlingscamps nahe der Grenze. Während die Versorgungslage dort relativ gut ist, ist es für die Flüchtlinge außerhalb der Camps deutlich schwieriger. Innerhalb der Camps stellt die türkische Regierung in Kooperation mit dem Welternährungsprogramm (WFP) und dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) Nahrung und medizinische Grundversorgung wie Impfungen bereit. Aber es fehlt an Personal. Die Kommunikation bereitet Probleme und Fälle von Polio lassen die Angst vor grassierenden Krankheiten entstehen. Für die 85 Prozent der Flüchtlinge, die außerhalb der Camps leben, ist die Lage noch prekärer: Wohnungsknappheit und hohe Mieten lassen Flüchtlingen im urbanen Raum oft keine andere Möglichkeit, als auf der Straße oder in verlassenen Häusern zu leben. Die örtlichen Krankenhäuser in den Grenzgebieten sind hoffnungslos überfüllt. Internationale Non-Profit-Organisation (NGO) unterstützen die türkische Regierung, allerdings haben sie es oft nicht leicht, sich im Land zu registrieren, um legal arbeiten zu können.

Der UNHCR prognostiziert, dass die Zahl der Flüchtlinge im Laufe des Jahres auf knapp zwei Millionen ansteigen wird. Damit wird die Türkei zum sechstgrößten Flüchtlingsaufnahmeland der Welt. Zudem markiert die Aufnahme von einer solchen Zahl nicht-europäischer Flüchtlinge eine bedeutende Abkehr von vergangenen Methoden. Grund für diese „open-door policy“ war die international geteilte Annahme, die Unruhen in Syrien werden nicht lange andauern; Assad sich nicht halten und die Flüchtlinge daher bald zurückkehren können. Diese Annahmen sind angesichts der aktuellen politischen Lage und Verwüstung in Syrien hinfällig: Die Menschen werden in den nächsten zehn bis 15 Jahren wohl kaum zurückkehren können. Die Türkei muss sich deshalb nicht nur um die humanitäre Hilfe kümmern, sondern auch um die Integration der Flüchtlinge.

Türkische Staatsbürgerschaft für Syrerinnen und Syrer?

Das Thema Staatsbürgerschaft für die Flüchtlinge ist in der politisch stark polarisierten Türkei ein sehr kontroverses: Die Opposition fürchtet – sollten die Flüchtlinge wählen dürfen – dass der Großteil der Stimmen an die aktuell im Amt stehende AK-Partei gehen wird. Und der Regierung fehlt, selbst wenn sie diesen Schritt gehen wollte, der Rückhalt der Bevölkerung in dieser Frage. Sie steht den Flüchtlingen zunehmend feindlich gegenüber. Die erhöhte Nachfrage lässt die Mieten vor allem in den grenznahen Städten steigen und die Löhne sinken – je mehr Syrerinnen und Syrer eine billige Arbeitskraft stellen. Diese Entwicklungen, gepaart mit nationalistischen und rassistischen Einstellungen, fördern die negativen Ressentiments gegenüber Syrerinnen und Syrern. Denen bleibt jedoch meist nichts anderes übrig, als auf dem Bau oder in der Landwirtschaft nach Arbeit zu suchen. Ihr Status macht jedoch eine Arbeitserlaubnis unmöglich. Und das treibt Erwachsene wie Kinder in den Schwarzmarkt, wo sie oft unter gefährlichen Bedingungen und mit minimalen Löhnen versuchen, ihr Überleben zu sichern.

Durch die Reform vom April 2014 treten zwar langsam erleichternde Regelungen ein und im Oktober 2014 wurde ein Schutzgesetz erlassen, das die Arbeit von Menschen aus Syrien legalisieren soll. Allerdings wird es noch einige Zeit dauern, bis die anvisierten Gesetze in Kraft treten. Dabei ist die Nachfrage durchaus da: Die Handelskammer der südöstlichen Stadt Gaziantep drängte die Regierung etwa dazu, syrische Arbeit zu legalisieren, da Arbeitskräfte gebraucht werden.

Schulbildung für syrische Kinder – aber welche?

Schätzungsweise die Hälfte der 1,6 Millionen syrischen Flüchtlinge sind Kinder. Der Großteil besucht keine Schule. Es besteht Einigkeit darüber, dass Schulbildung bereitgestellt werden muss, um einer verlorenen Generation entgegenzuwirken. Hier stellt sich jedoch die Frage nach ihrer Art: Soll sie sich möglichst nah am syrischen Modell orientieren um die zukünftige Rückkehr und Anerkennung im Nachbarland zu erleichtern? Oder ist davon auszugehen, dass die Menschen in der Türkei bleiben, das türkische Schul- und Universitätssystem sie aufnehmen und sie vor allem die türkische Sprache lernen sollten? Angesichts der Lage Syriens ist letzterer der deutlich wahrscheinlicher eintreffende Fall. Dennoch besuchen aktuell mehr Kinder die über 100 Flüchtlingssschulen, die von der syrischen Bildungskommission, einer NGO syrischer Akademikerinnen und Akademiker in der Türkei, organisiert sind und nach syrischem Modell funktionieren. Syrische Studierende dürfen zwar türkische Universitäten besuchen, müssen allerdings komplett neu beginnen, da ihre Abschlüsse und Leistungen aus Syrien nicht anerkannt werden.

Die Entscheidung über das Bildungsmodell ist zudem noch eine politisch sensible: Erlaubt die türkische Regierung ein offizielles Kurrikulum in arabischer Sprache, werden Widerstände der kurdischen Minderheit erwartet, deren Forderung nach offizieller Schulbildung in kurdischer Sprache bisher abgelehnt wurde. Nicht zuletzt ist da noch das Problem der Infrastruktur – fehlende Räumlichkeiten, finanzielle Mittel und adäquat ausgebildete Lehrende. Ganz zu schweigen von den Schwierigkeiten im Umgang mit Kindern, die zum Großteil traumatisiert und nun schon jahrelang von der Schule entwöhnt sind.

Soziale Spannungen und politische Fragen

Flüchtlinge aus den kurdischen Gebieten Syriens haben zum Teil langjährige familiäre oder geschäftliche Beziehungen zu türkischen Kurden – was ihnen die Aufnahme und Integration durch die Bevölkerung, aber nicht durch den Staat erleichtert. Kulturelle Unterschiede zwischen Araberinnen und Arabern und Türkinen und Türken führen dagegen auch zu Spannungen. Und so werden Mehrfrauen-ehen von Syrern in der Türkei nicht anerkannt, was die soziale Stigmatisierung der Frauen zur Folge hat. Es ist schwierig, deren Kinder dann zu registrieren. Allein durch Geburt im Land erhalten sie die türkische Staatsbürgerschaft nicht, und es ist fraglich,

ob syrische Autoritäten zukünftig die Registrierung in der Türkei anerkennen werden. De facto sind diese Kinder staatenlos.

Soziale Stigmatisierung und Diskriminierung betrifft vor allem Flüchtlinge im urbanen Raum, die sich aufgrund ihrer prekären Situation zum Betteln oder in die Prostitution getrieben sehen. In großen Städten – auch weit von der Grenze entfernt, wie in Istanbul – prägen Flüchtlinge zunehmend das Stadtbild: Lange Schlangen vor den Konsulaten europäischer Länder in der Hoffnung auf einen erfolgreichen Asylantrag, bettelnde Kinder und Frauen in der Haupteinkaufszone. Auf der Straße sind Syrerinnen und Syrer oft verbalen Anfeindungen ausgesetzt. Bei der Wohnungssuche begegnet ihnen Diskriminierung und Ausbeutung.

Ethnische Minderheiten in der Türkei sehen sich zudem durch die vielen größtenteils sunnitischen Flüchtlinge bedroht: Viele Regierungsunterstützer in Syrien gehören wie der Präsident Assad selbst der Gruppe der Alawiten an. In der türkischen Provinz Hatay lebt eine große Zahl türkischer Alawiten, die wiederum enge Beziehungen zu jenen in Syrien pflegen und Anfeindungen sunnitischer Regierungsflüchtlinge befürchten. Sie unterstellen der türkischen Regierung, das politische Gleichgewicht in der Region bewusst verändern zu wollen – zu einer Zeit, in der Ankara versucht, die vermeintlich sunnitische Identität der Türkei zu betonen. Die Demonstrationen der Bevölkerung führten so weit, dass die Regierung ein Sunni-Camp aus Hatay umsiedelte.

Ähnliche Ängste wie in Hatay bestehen in den kurdischen Gebieten rund um Mardin und Sanliurfa, in der hauptsächlich Kurdinnen und Kurden wie auch assyrische Christen leben. Besonders, weil syrische Regierungsgegner den türkischen Alawiten und der syrisch-kurdischen demokratischen Einheitspartei PYD vorwerfen, mit Assad zu kooperieren. Anfang Oktober vergangenen Jahres kam es in den kurdischen Gebieten zu Ausschreitungen zwischen islamistisch und kurdisch Gesinnten in deren Folge mehrere Dutzend Menschen starben. Kurdische und alawitische Flüchtlinge meiden daher die offiziellen Camps, die zum Großteil von Sunniten bewohnt werden.

Die sunnitischen Flüchtlinge werden von nichtsunnitischen Gruppen als Gefahr für die delikate ethnische Balance der Region gesehen – und es besteht das Risiko, dass die ethnischen Konflikte von Syrien über die Grenze in die Türkei getragen werden, weil auch

dort die schon bestehenden Konfliktlinien nicht nur politische sondern großteils bereits ethnisierte sind.

Der Staat und seine Grenzen

Ein weiteres Sicherheitsrisiko betrifft die Türkisch-Syrische-Grenze, die nicht sicher ist. Berichten zufolge sollen IS-Kämpfer die Grenze leicht passieren können und sogar in türkischen Krankenhäusern versorgt worden sein. Die Regierung in Ankara dementiert dies jedoch. Entgegen der offiziell betriebenen open-door-policy schloss Ankara immer wieder vorübergehend die Grenze in den kurdischen Gebieten, vor allem für Syrerinnen und Syrer ohne Papiere – entgegen der Ansage, auch Flüchtlinge ohne Pass aufzunehmen. Letztere mussten daher oft illegal die Grenze überqueren, indem sie den Grenzzaun einrissen. Der Weg dorthin führt durch vermintes Gebiet, was sie zusätzlich in Lebensgefahr brachte. Es kam daher immer wieder zu Demonstrationen und gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Zivilbevölkerung und türkischem Militär. Laut eines Berichts von Amnesty International gab es Fälle von Misshandlungen von türkischen Militärs an Syrerinnen und Syrern. Insgesamt starben 17 Flüchtlinge beim Versuch, in die Türkei zu gelangen.

So sehr diese Menschenrechtsverletzungen von der internationalen Gemeinschaft zu verurteilen sind, so sehr muss letztere endlich auch ihre eigene Verantwortung und Aufgabe anerkennen, das Leid der Flüchtlinge aus Syrien zu mildern. Das bedeutet einerseits mehr finanzielle Hilfe bereitzustellen und andererseits Asyl im großen Stil und nicht nur in Form symbolischer Zahlen zu vergeben. Die Krise in Syrien und das aktuelle Leid seiner Bevölkerung sind nicht zuletzt Ergebnisse gescheiterter internationaler Politik.

Aber auch die Regierung in Ankara muss sich bewegen: Anstatt sich auf humanitäre Notfallversorgung in den Flüchtlingscamps allein zu konzentrieren, sollten politische und gesellschaftliche Diskurse zur Integration und Eingliederung von Syrerinnen und Syrern in die türkische Gesellschaft geführt werden. Nicht zuletzt müssen Wege gefunden werden, den Bürgerkrieg im gebeutelten Syrien zu beenden. Die Schwierigkeit: Terrorgruppen wie die Al Nusra Front und den IS zu bekämpfen, ohne Assad zu verharmlosen oder womöglich wieder als Verbündeten zu betrachten. Dies ist eine der größten Ängste der geflohenen syrischen Regimegegner und -gegnerinnen.<

Murat Bay
ist Fotograf und Journalist und lebt in Istanbul. Er fotografiert und schreibt vor allem ehrenamtlich für die alternative Zeitung Sendika (sendika.org).

Katharina Schmidt
studiert Ethnologie in Hamburg und lebt, schreibt, fotografiert derzeit in Istanbul. Zu sehen und nachzulesen unter
crossingthebridges.wordpress.com

Abartige gegen Abschiebung

Besonderen Schutz sollten auch Flüchtlinge finden, die homo- oder transsexuell sind. Die Wiener Rosa Lila Villa hat sich dieser Aufgabe angenommen. Sie wirbt für Solidarität, Vernetzung und für LGBTIQ-Wohnhäuser in den Landeshauptstädten. Von Marty Huber.

Über 20 Meter war es lang, das wahrscheinlich größte Transparent in der Geschichte der Rosa Lila Villa, dem Lesben-, Schwulen- und Trans*haus in Wien. Zu sehen war ein Portrait der damaligen ÖVP-Innenministerin Maria Fekter und die betenden Hände Albrecht Dürers, von denen Blut tropfte. „Maria Frontex“ stand dort zu lesen, sowie „Abartige gegen Abschiebung“. Anlass war die Verhaftung und anschließende Abschiebung eines Flüchtlings aus Nigeria, der zu spät den Fluchtgrund Homosexualität angegeben hatte. Außerdem könne er, so hieß es von Behördenseite, da seine Homosexualität noch nicht amtsbekannt sei, innerhalb Nigerias umziehen und sich und seine Neigung verstecken. Innerstaatliche Fluchtalternative nennt sich das und wird besonders gern bei Ländern wie Nigeria, Indien oder Pakistan angewandt.

Über die letzten Jahre kamen immer wieder LGBTIQ-Flüchtlinge in die Rosa Lila Villa, um Unterstützung zu finden. Wegen der komplexen Asylverfahren und in Österreich halbjährlich stattfindenden Verschärfungen wurde für die Aktivist_innen immer klarer, dass sie eine genaue Auseinandersetzung mit der Situation und Fortbildung brauchten.

Das Asylverfahren basiert auf der Angabe des Fluchtgrunds, einer Verfolgungsgeschichte und eines Nachweises persönlicher Gefährdung. Für einige LGBTIQ-Flüchtlinge ist es das erste Mal, dass sie mit einer Behörde über ihre Geschichte reden müssen. Manche von ihnen sind selbst Aktivist_innen und schildern ihren Fluchtgrund sehr klar und spezifisch. Für andere ist der Gedanke an ein Coming-Out neu, oder angstbesetzt, wenn sie ihre sexuelle Identität bisher immer verstecken mussten. Im Asylverfahren müssen jedoch alle ihre Geschichte „glaubwürdig“

darlegen können. Und hier beginnt eine der großen Schwierigkeiten, die nach der gelungenen Flucht eintritt.

Lagerleben: Rückzug aus Selbstschutz

Manche der gesetzlichen Voraussetzungen haben sich in den letzten Jahren verbessert. So gilt die Begründung „man könne ja die eigene Homosexualität verstecken“ nicht mehr für eine Abschiebung. Allerdings sieht es bei der Unterbringung und Betreuung von LGBTIQ-Flüchtlingen schlecht aus. Die LGBTIQ sind weiterhin gefährdet und zwar in den Asylunterkünften, wo ihre psychische wie physische Unversehrtheit durch die mangelnde Sensibilität nicht gewährleistet wird. Ein Asylverfahren ist an sich bereits eine immense Belastung. Erlebte und teils verdrängte Traumata, Angstzustände und Verfolgungsgeschichten müssen formuliert und dargelegt werden. Die Homo- und Transphobie in den Asylheimen – wie teilweise auch durch die Behörden, Übersetzer_innen, etc. – verstärkt die Tendenz, sich aus Selbstschutz zurückzuziehen und mit niemandem über den eigentlichen Fluchtgrund zu reden. So wird das Verfahren zum Glücksspiel. Bekommt die_der Asylsuchende eine verständnisvolle Rechtsberatung, die grundsätzliche Bedürfnissen von LGBTIQ berücksichtigt? Oder sinkt der Einsatz für manche Geflüchtete aufgrund moralisch-religiöser Vorstellungen von Sexualität und Geschlechtsidentität?

Besonders schwierig wird es, wenn die Angst vor Übergriffen in den Unterkünften sich bewahrheitet und Mitasylsuchende zu Täter_innen werden. Psychische Häme, Zweifel an der Wahrhaftigkeit des Fluchtgrunds bis hin zu Körperverletzungen und sexuelle Gewalt sind viel zu oft Erfahrungen, von



denen uns Betroffene berichten. Selbst wir Aktivist_innen sind nicht vor schnellen Vorurteilen gefeit. Manche Aktivist_innen, die der gesellschaftlichen Mehrheit angehören und die sich nicht mit dem Thema Flucht und Asyl beschäftigen, kann so eine Schilderung überfordern. Auch hier greifen Vorurteile oder Mehrheitsprivilegien: die Macht zu haben, jemanden als glaubwürdig zu beurteilen. Erzählungen traumatischer Erfahrungen abzuwehren, die das Selbstbild einer demokratischen und gerechten Gesellschaft in Europa stören. Gewalt, die anderswo ausgeübt wird, kann akzeptiert werden, jedoch nicht jene, die in hiesigen Institutionen ausgeübt oder nicht verhindert wird.

Wohnungen verbessern prekäre Lage

Diese Einsichten führten dazu, dass die sichere Unterbringung von geflüchteten LGBTIQ das Kernanliegen der Aktivist_innen der Rosa Lila Villa wurde. Es sollte nicht mehr vorkommen, dass – wie es etwa mit einem algerischen Schwulen passierte – ein positiver Asylbescheid nicht mehr zugestellt werden konnte, weil die der Asylsuchende aufgrund von Obdachlosigkeit nicht mehr aufzufinden war. Viele verlieren, weil sie ihre Unterbringung verlassen, ihre Grundversorgung, also die staatliche Unterstützung für Essen, Wohnen und Kleidung sowie Krankenversicherung. Diese Prekarisierung während des Asylverfahrens ist eine zusätzliche Belastung.

Die Rosa Lila Villa, die aus der Hausbesetzungsbewegung der frühen 1980er stammt, war immer schon ein Wohnprojekt, weshalb das Engagement für sicheren und selbstbestimmten Wohnraum von LGBTIQ-Geflüchteten auf der Hand liegt. So wurde in einem ersten Schritt eine Wohnung für zwei Personen angemietet. Zudem wohnt ein pakistanischer Schwuler in der Hausgemeinschaft. Die Mietkosten

werden aus Spendengeldern finanziert. Da drei Plätze jedoch deutlich zu wenig sind, um auf Notsituationen reagieren zu können, unterstützt auch das Team der Beratungsstelle Türkis Rosa Lila Tipp bei der Suche von WG-Zimmern und Wohnungen. Gleichzeitig hat das Team seine Kompetenzen in Rechtsberatung verstärkt und sich mit Anwäl_tinnen und Asyl-NGOs vernetzt.

Mehrheitsangehörige sollten Austausch auf Augenhöhe anstreben

Auf politischer Ebene wird derzeit ein Sonderstatus für LGBTIQ-Flüchtlinge verhandelt und für drei selbstverwaltete Wohnhäuser geworben, die sie während und nach Ende des Asylverfahrens bewohnen können. Diese Wohnhäuser sollen auf Landeshauptstädte verteilt und an LGBTIQ-Community-Einrichtungen angebunden sein sowie sozialarbeiterisch unterstützt werden. Denn viele LGBTIQ sind isoliert oder vereinsamen in den Standardunterbringungen: Trans*frauen etwa, die sich in ihren Unterbringungen nicht duschen können, weil ihre Intimsphäre nicht geschützt wird und sie womöglich in Männerunterkünften leben, sind nur ein Beispiel für die zusätzlichen Zumutungen.

Solidarität mit LGBTIQs, die geflüchtet sind, heißt aber auch, ihnen Raum zu geben, um ihr Wissen und ihre Erfahrungen einzubringen. Es ist wichtig, dass Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge sich vernetzen und austauschen können. Wir als Mehrheitsangehörige sollten aus Rücksicht auf unsere Privilegien das eigene politische Handeln an diesen Erfahrungen und Bedürfnissen ausrichten. Diese Privilegien lassen sich nicht leugnen, es kommt darauf an, sie im Sinne der Betroffenen zu nutzen. Und dies funktioniert nur, wenn es einen Austausch auf Augenhöhe gibt.<

Marty Huber *lebt in Wien und ist queere Aktivist_in und Kunst- und Kulturarbeiter_in*
www.dievilla.at
 Support:
housing@dievilla.at

Ein Server stellt sich vor und braucht euch

Über das Werden und Bleiben von antira.info

Es lässt sich nicht mehr genau sagen, zu welchem Zeitpunkt *antira.info*, das antirassistische Serverprojekt, angefangen hat. Ein Ausgangspunkt waren sicherlich die positiven Erfahrungen, die das Bleiberechtsbüro 2006 mit seinem Blog gemacht hatte. Gegründet, um die Konferenz der *Jugendlichen ohne Grenzen* im Winter 2006 in Nürnberg logistisch vorzubereiten, stellte sich bald heraus, dass es immens wichtig war, bereits im Vorfeld in die politische Diskussion um ein Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge einzugreifen. Grundlage für eine solche Intervention war das Sammeln und Bewerten der Vorschläge, die als Spezialdiskussion durch die Medien gingen, und die vom Bleiberechtsbüro auf dem Blog gesammelt und oftmals auch bissig kommentiert wurden. Es entstand eine wichtige Ressource und viele flüchtlingssolidarische Gruppen in ganz Deutschland fingen an, sich darauf zu beziehen.

Platz für kritisches Wissen

Was heute selbstverständlich erscheint, war damals noch neu. Was als Web 2.0 bezeichnet wird - also das Internet, in dem Inhalte nicht nur von großen Organisationen, sondern von ganz normalen Usern und Userinnen gemacht werden - war damals neu. Erst Ende 2004 wurde das Web 2.0 ausgerufen, Facebook war noch ein Nischenangebot, das gerade erst für Nicht-Harvard-Studierende geöffnet wurde, und Google war damals tatsächlich noch vor allem eine Suchmaschine.

Aus dieser Entwicklung entstand *antira.info* als Serverprojekt. Es war anfangs vor allem der Versuch, die wachsende Zahl von Webseiten aus aktivistischen, antirassistischen Kontexten und damit die Arbeit der Systemadministration zu bündeln. Einen eigenen Server in den Weiten des Internets zu betreiben, mit *open source* herumzuspielen und Nutzern und Nutzerinnen anzubieten, das war auch viel Do-It-Yourself, Spaß am Basteln, am Lernen, am Selbermachen. Und ganz wichtig: Zentrale Infrastruktur in der eigenen Hand zu

halten. Waren es früher eigene Druckerpressen, Verlage, soziale Zentren oder Radiosender, so sind es heute auch Server, die die Unabhängigkeit von Projekten sichern.

Ausgehend von den Erfahrungen des Bleiberechtsbüros war *antira.info* anfangs vor allem vom Gedanken der Gegeninformation, und der Gegenöffentlichkeit getragen. Ausgehend von dem vielen Wissen über die Zustände in der Gesellschaft, das von kritischen Gruppen und Einzelpersonen generiert wurde, ging es zunächst vor allem darum, diesem Wissen eine Plattform zu bieten, damit es allgemein zugänglich werden könnte. Und so wucherte bald eine Anzahl von Blogs und anderen Webseiten auf dem Server.

Mailinglistenflut

Denn plötzlich brauchte jede neue Kampagne eine eigene Internetpräsenz, mit eigener Domain, eigener kontakt@-Emailadresse und mindestens einer Mailingliste. Diese neue Verfügbarkeit digitaler Tools veränderte auch die Arbeitsweise vieler Gruppen und Kampagnen. Jedes Vernetzungstreffen, jedes Kampagnentreffen endete mit dem Vorschlag, doch mindestens eine neue Mailingliste einzurichten, um in Kontakt zu bleiben.

Doch über die Jahre hat sich einiges verändert. Bald wurde klar, dass beispielsweise das Versprechen der Blogosphäre, also eines losen Verbundes dezentraler Blogs, die miteinander im Kontakt standen und die Öffentlichkeit und Diskussionen ermöglichen sollten, nicht eingehalten werden konnte. Mehr und mehr Veröffentlichung, Diskussion und Vernetzung wanderte in die so genannten sozialen Netzwerke wie etwa Facebook und wurden dort zentralisiert. Immer weniger Leute benutzten Email-Programme wie etwa Thunderbird, sondern wanderten zu Google und Gmail. Kurzum, immer mehr Aktivität verlagerte sich hin zu Firmen und Korporationen, die einen hohen Umsatz machten, viel Geld und technisches Know-How hatten und Produkte anboten, denen die uns verfügbare Hardware und die

als *open source* zur Verfügung stehende Software das Wasser nicht reichen konnte.

Das Politische im Technischen

An diesem Punkt, also vor etwa drei Jahren, stand damit auch *antira.info* als Projekt, das nicht nur technische Dienstleistung, sondern einen infrastrukturellen Beitrag zu antirassistischer Bewegung leisten wollte und in dem es immer um das Politische im Technischen ging, vor der entscheidenden Frage. Lohnt es sich überhaupt noch, einen kleinen, unabhängigen, und manchmal auch stotternden Server zu betreiben? Gmail hatte einfach das bequemste Interface zum mailen und bot unfassbar viel Speicherplatz an. Die Vernetzung mit und die Erreichbarkeit von unglaublich vielen Menschen, das ermöglichte nur Facebook. Dropbox erschien als die lange gesuchte Lösung, wie eine Vielzahl von Dateien ganzen Gruppen zugänglich und gemeinsam bearbeitbar gemacht werden konnten. Ein Festhalten an einem eigenen Server erschien immer fragwürdiger. Zwar gab es immer noch viele gute Gründe für einen eigenen Server. Wer es wissen wollte wusste, dass die viele tollen Produkte von Google, Facebook & Co. zwar nominell kostenfrei waren, aber dass in einer neuen Währung bezahlt werden musste, nämlich mit dem Offenbaren persönlicher Information. Aber dies waren Argumente, die Techies gut verstanden. Die große Masse der Benutzer und Benutzerinnen fing dennoch an, ihre Aktivitäten auf die Plattformen der großen Firmen zu verlagern. Fragwürdig war es also, ob nicht letzten Endes eine kleine Gruppe der letzten Aufrechten den Server benutzen würden, und alle anderen in die schöne neue Welt des sozialen Netzwerkers verschwinden würden.

Unabhängigkeit ist Hardware

Diese Überlegungen wurden spätestens mit den massiven Enthüllungen Edward Snowdens beiseite gewischt. Mittlerweile ist klar, wie umfassend das Internet von Geheimdiensten überwacht wird, wie viel Kommunikation automatisiert mitgeschnitten und gespeichert wird, und wie gläsern wir alle im Internet geworden sind. Klar ist auch, welche Rolle Konzerne wie Google und Facebook, Twitter und Dropbox in diesem System spielen. Dabei geht es uns weniger um die Frage, ob diese freiwillig oder erzwungenermaßen den Geheimdiensten Zugang zu ihren Daten gegeben haben. Denn das Geschäftsmodell der zentralisierten Dienste und der umfassenden Speicherung persönlicher Daten und Metadaten hat überhaupt dazu geführt, dass das Begehren der Geheimdienste geweckt wurde. Mehr und mehr setzt sich dabei auch die Einsicht durch,

dass es sich bei dem globalen Vollzugriff der Geheimdienste um einen grundlegenden Angriff auf Demokratie, Meinungsfreiheit und das Recht auf abweichende Meinung und Protest handelt. Doch zu schwerwiegende Konsequenzen haben weder die globalen Enthüllungen Edward Snowdens, noch in Deutschland die Erkenntnisse über die weitreichende Verstrickung der Geheimdienste in die rassistische Mordserie des NSU geführt. Die aktuelle Debatte geht vielmehr in die Richtung, den Geheimdiensten erweiterte Befugnisse, insbesondere bei der Sammlung von Kommunikationsdaten zu geben. Aus diesen verschiedenen Gründen muss es unabhängige Server wie *antira.info* weiter geben. Denn schon jetzt ist der Server Teil einer zentralen Infrastruktur antirassistischer Arbeit und damit für viele Projekte, Gruppen und Kampagnen unverzichtbar. Mit der allgemeinen Zunahme digitalen Arbeitens wird die Notwendigkeit eines Servers, der Gruppen schnell, unkompliziert und vor allem kostenlos Zugang zu den entsprechenden Werkzeugen gibt, noch zunehmen. Und letztendlich geht es auch darum, einen Raum der vertraulichen Kommunikation aufrechtzuerhalten und auszubauen.

All dies ist jedoch nicht kostenlos. Hardware und Hosting verursachen laufende Kosten. Die Administration geschieht derzeit nur ehrenamtlich und in der Freizeit der Beteiligten. Um eine verlässlichere Ansprechbarkeit gewährleisten zu können, und auch, um notwendige Projekte voranzutreiben, ist es unumgänglich, zumindest eine 450-Euro-Stelle zu schaffen.<

Dafür brauchen wir euer Geld! Spendet für den Fortbestand einer Infrastruktur, die für das antirassistische Engagement unverzichtbar ist:

Spendenkonto:
bordermonitoring.eu e.V.
iban de75700205000009814300
bic bfswde33mue
bank für sozialwirtschaft
Stichwort: server

Spenden sind steuerlich absetzbar.

Augenschein des Terrors:

Ein Besuch der NSU-Tatorte

Nach bald 200 Verhandlungstagen am Oberlandesgericht München ist der NSU-Prozess zu einer Art Alltagsgeschäft geworden. Als Beobachter und Dauergast auf der Zuschauertribüne wird es zunehmend schwieriger, dem zu entgehen, was man als einen „Terror der Intimität“ beschreiben könnte. Ähnlich negativ berühren die NSU-Tatorte und die Formen des Gedenkens.

Eine Bildserie des Prozessbeobachters Friedrich C. Burschel.

Wenn man über Monate und Jahre auf eine enge, schwül-warme Tuchfühlung mit Schaulustigen, Interessierten, „Medienschaffenden“ und Aufsichtspersonal im Justizbunker gehen muss, verklebt bisweilen die Wahrnehmung für das, was wesentlich sein könnte.

Stattdessen bleiben Erinnerungen an die endlosen und über weite Strecken fruchtlosen Befragungen von dreist und bockig auftretenden Zeugen und Zeuginnen aus der Neonazi-Szene oder verstockten Geheimdienstlern. Polizisten und Polizistinnen, die Aussagen von Zeugen bezeugten, die sich wiederum auf ein Aussageverweigerungsrecht berufen konnten. Aber die Opfer und die Betroffenen des NSU-Terrors geraten im Prozessalltag immer weiter in den Hintergrund. Angehörige von Ermordeten oder Geschädigte lassen sich im Gerichtssaal in München kaum noch sehen. Es ist eine Zumutung für sie, dieses Verfahren zu verfolgen, das seinen Blick starr auf die Täter richtet. Die beständig durchgehaltene Ungerührtheit, ja Heiterkeit der Angeklagten Zschäpe ist für sie kaum auszuhalten.

Erinnerung an den Gegenstand

Man hätte glatt vergessen können, worum es bei dem Jahrhundert-Prozess eigentlich geht, wäre nicht im Frühjahr 2014 die Überlebende des perfiden Sprengstoffanschlages auf ein Lebensmittelgeschäft in der Kölner Probsteigasse als Zeugin aufgetreten. Eine eindrucksvolle Erinnerung daran erhielt auch, wer – fast zwei Jahre nach Prozessbeginn – die Zeugen aus der Kölner Keupstraße im Gerichtssaal hörte, die von den Folgen des Nagelbombenanschlags am 9. Juni 2004 berichteten.

Es geht um neun rassistische Morde des rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU), den Mordanschlag in Heilbronn auf eine Polizistin und ihren Kollegen, der schwer verletzt einen Kopfdurchschuss überlebte, um mindestens drei Sprengstoff- bzw. Nagelbombenanschläge und zahlreiche Bank- und Raubüberfälle.

Weit ab vom Gerichtssaal

Es sind bisweilen trostlose und geradezu banale Orte, an welchen die Menschen, um die es in diesem Prozess geht, brutal ermordet oder durch Bomben verletzt wurden. Eine meiner „NSU-freien“ Wochen vor Gericht habe ich darauf verwendet, die *crime scenes* des NSU aufzusuchen. Dabei ging es nicht um Tatort-Hopping, sondern um den Versuch, sich den Ermordeten auf eine andere Art und Weise zu nähern. Und es ging um die Frage des Rememberns.

In Hamburg ist der Text des Gedenksteins nicht mehr zu lesen, in Dortmund hat sich längst der winterliche Grauschleier der Autoabgase auf der hässlichen Gedenkplatte neben der Fahrbahn der Mallingrothstraße abgesetzt. Und in Nürnberg erklärt der Spruch auf einer der Gedenktafeln für Enver Şimşek ihn zum „Fremdling“. Man fragt sich, wie ein angemessenes Remembern an die Getöteten und die Hintergründe ihrer Ermordung aussehen könnte. Wie kann der Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem und institutionellem Rassismus hergestellt werden? Wie kann man auf die staatlichen Verstrickungen hinweisen?

Weder an diesen Orten noch im Gerichtssaal ist etwas davon zu spüren, dass der NSU-Prozess als Anstoß für eine gesellschaftliche, juristische oder politische Aufarbeitung gesehen wird.



Tatort Nürnberg, Scheurlstraße

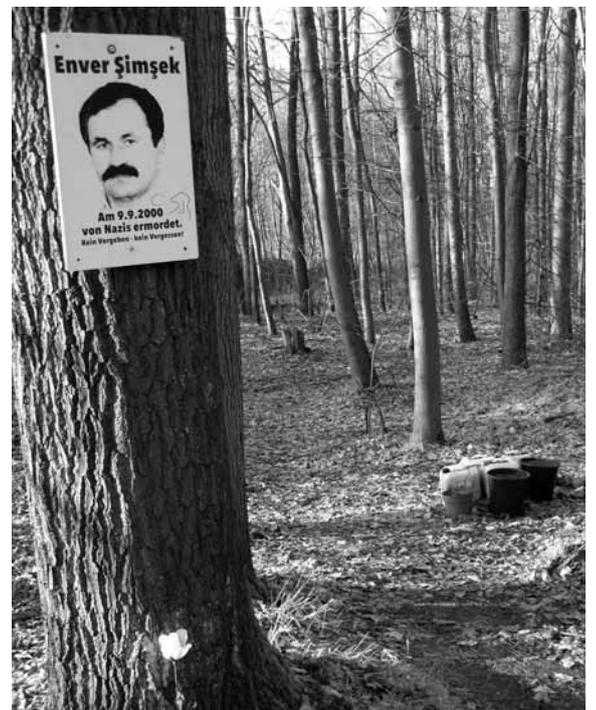
Auftakt der Mörderbande: Verletzte bei Taschenlampenanschlag

Der möglicherweise erste Anschlag des NSU kam im Gerichtssaal in München an den Tag: Unter Tränen berichtete der geständige Angeklagte Carsten Schultze davon, dass ihm die Nazi-Terroristen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt gesteckt hätten, dass sie in Nürnberg „eine Taschenlampe abgestellt“ hätten. Die zu einer Rohrbombe umgebaute Taschenlampe verletzte bei der Explosion am 23. Juni 1999 eine Reinigungskraft in der türkisch betriebenen Bar „Sonnenschein“.<



Tatort Nürnberg, Parkbucht
„Schmerzliche Heimat“

Tatort der ersten Hinrichtung durch den NSU ist eine banale Parkbucht am Rande Nürnbergs, zwischen den ÖPNV-Stationen Langwasser Süd und Fischbach, direkt an der viel befahrenen Liegnitzerstraße. Die beiden Täter, die wahrscheinlich mit Fahrrädern kamen, schossen am 9. September 2000 neun Mal auf den 38-jährigen Blumenhändler Enver Şimşek in seinem Lieferwagen. Şimşek lebte noch als er einige Zeit später entdeckt wurde. Wenige Tage später verstarb er im Krankenhaus. Er hinterließ Frau und zwei Kinder. Seine Tochter Semiya Şimşek hat das Trauma ihrer Familie in dem bewegenden Buch „Schmerzliche Heimat. Deutschland und der Mord an meinem Vater“ beschrieben. Der damalige Bayerische Innenminister Günther Beckstein, der häufiger an dem Tatort vorbeikam, notierte am Rand eines Zeitungsartikels am 12. September 2000 über den Mord: „Bitte mir genau berichten. Ist ausländerfeindlicher Hintergrund denkbar?“ Der zutreffenden Eingebung des Ministers wurde nicht weiter nachgegangen.<





**Tatort Köln, Probsteigasse
Den Terror gebückt überlebt**

Unvorstellbares Glück hatte die iranisch-stämmige Familie M. in der Kölner Probsteigasse, wo am 19. Januar 2001 eine Stollenlose explodierte und die damals 19-jährige Tochter schwer verletzte. Weil sie sich gerade gebückt hatte, erwischte sie die tödliche Wucht der Bombe nicht voll. Sie überlebte und sagte im Frühjahr 2014 vor dem Oberlandesgericht in München im NSU-Prozess aus. Die Bombe lagerte mehr als vier Wochen unbeachtet in dem Laden, ehe sie detonierte.<



Finden Sie die Gedenktafel:

Die kleine Hinweistafel zum Sprengstoffanschlag hängt gut versteckt hinter einem Verkehrsschild; am Haus gibt es noch eine kleine Tafel der Antifa.<



Tatort Nürnberg, Gyulaer Straße
Ein unspektakuläreres Wohngebiet

Sehr unscheinbar ist diese kleine Straße in der Nürnberger Südstadt. Hier wurde der 49-jährige Abdurrahim Özüdoğru am 13. Juni 2001 erschossen: Die bohrendste Frage aller Angehörigen des Opfers der NSU-Morde ist die, wie und warum die Mörder ihren Ehemann, Vater, Onkel, Bruder ausgewählt und kaltblütig umgebracht haben. Özüdoğru arbeitete in diesem Ladengeschäft gelegentlich als Änderungsschneider.<

Gegen die Wahrheit ankratzen

Irgendjemand hat auf der Gedenktafel am nach wie vor leerstehenden Laden die Worte „[von] Nazis ermordet“ weggekratzt, so wie die Ermittlungsbehörden jahrelang die Täterschaft organisierter Rechtsterroristen ausschlossen.<



Tatort Hamburg, Schützenstraße
Wie Gedenken in die Hose geht

Den dritten Mord beging der NSU in Hamburg: Am 27.6.2001 erschossen die Täter den Ladenbetreiber Süleyman Taşköprü, 31, in der unauffälligen Schützenstraße. Das Gedenken an den von rassistischen Nazis Ermordeten klappt nicht so gut. Der Text auf dem Gedenkstein – ein Einheitstext, den die sieben Städte mit NSU-Tatorten im April 2012 verabschiedet haben und in dem immerhin von „neonazistischen Verbrechern“ die Rede ist – ist kaum mehr zu entziffern. Und die Straße, die in Taşköprü-Straße umbenannt wurde, ist eine halbe, kaum bewohnte Parallelstraße zur Schützenstraße, der Name des Opfers auf dem Straßenschild ist falsch geschrieben.<





Tatort München, Bad-Schachener-Straße

Nazis auf dem Fahrrad – unvorstellbar!

Wie kamen die Täter ohne ortskundige Unterstützung auf den kleinen Lebensmittelladen von Habil Kılıç in München-Ramersdorf? Sie ermordeten den 38-jährigen Ladeninhaber am 29. August 2001, kaum 50 Meter vom Hauptquartier der Münchener Verkehrspolizei entfernt, mit Kopfschüssen und verschwanden unerkannt mit Fahrrädern. Warum er nicht auf Nazis als Täter gekommen sei, wurde der illustre, damalige Leiter der Münchener Mordkommission Wilfling gefragt. Seine Antwort: „Haben sie schon mal einen Nazi auf dem Fahrrad gesehen?“<



Tatort Rostock
Einzig bekannter Mord in Ostdeutschland

Nach einer unerklärlichen Pause von 2 ½ Jahren ermordete der NSU am 25. Februar 2004 den 25jährigen Mehmet Turgut in einem Döner-Stand in Rostock, der einzige Mordanschlag in Ostdeutschland.

Tatort Nürnberg Scharrer-Straße
Das sechste Opfer

İsmail Yaşar, Inhaber eines Döner-Kebab-Imbisses, wurde am 9. Juni 2005 in seinem Verkaufscontainer in der Nürnberger Scharrerstrasse nahe einer Schule mit fünf Schüssen in Kopf und Oberkörper getötet. Er war 50 Jahre alt. Zeugen fielen zwei sich auffällig verhaltende Männer mit Fahrrädern in der Nähe des Tatorts auf, so dass Phantombilder angefertigt wurden. Nach der Tat ging das Bundeskriminalamt verstärkt von der Möglichkeit aus, „dass die Opfer in Verbindung mit türkischen Drogenhändlern aus den Niederlanden standen.“<



Tatort Köln, Keupstraße

Keupstraßen-Anschlag ohne lokale Mittäter kaum vorstellbar

Zwischen den Morden an Turgut und Yaşar verwüstete am 9. Juni 2004 eine Nagelbombe des NSU die Keupstraße in Köln-Mülheim: Wie durch ein Wunder kam niemand bei der Explosion der Höllenmaschine ums Leben; 22 Personen wurden zum Teil schwer verletzt, alle Betroffenen und Zeugen tragen das Trauma mit sich herum, nach dem Willen der Täter eigentlich tot oder verstümmelt zu sein. Wer aber hat die Bombe gebaut, wo ist sie gebaut, wie transportiert worden und welcher Zusammenhang besteht zum Anschlag in der Probsteigasse? Dass auch diese Anschläge im Grunde nicht ohne Unterstützung vor Ort für die Täter denkbar sind, ist ebenfalls eine der ungeklärten Fragen in der Aufarbeitung der NSU-Verbrechen.<



Tatort München, Trappentreustraße

Zwei Morde in München

Keine Woche nach Yaşars Tod schlug der NSU wieder in München zu: Am 15. Juni 2005 fiel der 41-jährige Betreiber eines neu eröffneten Schlüsseldienstes, Theodoros Boulgarides, in der Trappentreustraße unter der Donnersberger Brücke den Nazi-Terroristen zum Opfer.<



Tatort Dortmund, Kiosk

Ebenfalls erschossen mit der Ceska 83

Mehmet Kubaşık, ein 39-jähriger Dortmunder Kioskbesitzer, wurde am 4. April 2006 ermordet. An ihn erinnert in Dortmund eine unglaublich trostlose Gedenkplatte im Gehsteig vor dem immer noch geschlossenen Laden in der grauen Mallinckrothstraße.<



Tatort Kassel, Internetcafé

V-Mann-Operation „Zufall“

Zu den letzten beiden Mordopfern mit der unterdessen berühmten Tatwaffe Ceska 83 zählte der 21-jährige Halit Yozgat. Der Betreiber eines Internetladens in Kassel wurde am 6. April 2006 ermordet. An ihn erinnert der Halitplatz in der Nähe des Ladens. Bei der Ermordung von Halit Yozgat war ein Beamter und V-Mannführer des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Andreas Temme, am Tatort anwesend. Er will nur zufällig dort gewesen sein und nichts von der Bluttat mitbekommen haben. Bis heute ein ungeklärter Skandal, der auch im OLG in München noch im Frühjahr 2015 hohe Wellen schlägt.<



Tatort Heilbronn, Theresienwiese

Außer der Reihe

Die meisten Rätsel und viele Fragen nach Verstrickung des Staates und seiner Geheimdienste wirft der Mordanschlag auf eine Streifenwagenbesatzung vom 25. April 2007 auf. Die 23-jährige Polizeimeisterin Michèle Kiesewetter stirbt sofort am Tatort neben dem heute roten Trafo-Häuschen auf der Heilbronner Theresienwiese, ihr Kollege Martin Arnold überlebt einen Kopfdurchschuss wie durch ein Wunder. Der letzte bekannte Mord, der von den Ermittlern dem NSU zugeschrieben wird, scheint auch 3 ½ Jahre nach der Selbstenntarnung des NSU völlig mysteriös. Viele Zeugenaussagen widersprechen der offiziellen Version der Anklageschrift. Dazu kommt die Verwendung zweier bis dahin unbekannter Waffen. Außerdem die Frage, wie die mörderische Wahl auf Kiesewetter und ihren Kollegen fallen konnte. Viele Spekulationen recherchierender Kreise erscheinen deutlich wahrscheinlicher als die amtliche Version der Bundesanwaltschaft.<

Kritik am Rechtsextremismus und der Kritik daran

Die Wiener „Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit“ (FIPU) hat ihren ersten Sammelband herausgegeben. „Rechtsextremismus“, so der Titel, bedeutet in Österreich etwas anderes als in Deutschland – nicht nur deswegen ist er lesenswert. Von Nikolai Schreiter.

Wenn eine Rezension zu schreiben ist und man sich nicht entscheiden kann, welche der neun Kapitel man zuerst, welche vielleicht gar nicht lesen will, ist das ein gutes Zeichen. Im Fall des vorliegenden Sammelbandes „Rechtsextremismus. Entwicklungen und Analysen – Band 1“ spiegelt sich darin die Relevanz der behandelten Themen: Akteure, Theorie, Dokumentation und Antifa, alles ist drin. Einem Publikum, das „Rechtsextremismus“ in erster Linie als totalitarismustheoretischen Kampfbegriff aus Deutschland kennt, der allen, um damit auch „linken Extremismus“ in Abgrenzung zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ der Bundesrepublik verwirft, sei der Einstieg mit Bernhard Weidingers Text „Verteidigung des Rechtsextremismusbegriffs gegen seine Proponent*innen“ empfohlen.

Darin entfaltet er die Unterschiede zwischen dem deutschen und dem österreichischen Begriff, zwischen der Apologetik der „politischen Mitte“ und dem kritischen Rechtsextremismusbegriff. Den verwendet auch die herausgebende Wiener Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (FIPU) und fasst ihn als „militante Steigerungsform der zentralen Werte und Ideologien spätbürgerlicher Gesellschaften“ zusammen. In Österreich verläuft „die Grenze zwischen legalem Rechtsextremismus und militanten Neonazismus“ entlang des NS-Verbotsgesetzes. Heribert Schiedel vollzieht in seinem Beitrag „National und liberal verträglich“ diesseits wie jenseits dieser Grenze die ideologischen Machtverschiebungen in der FPÖ nach, die in Umfragen regelmäßig die stärkste österreichische Partei ist.

Irre Biologisierung des Sozialen

Judith Goetz spart in ihren lesenswerten Beiträgen nicht mit wohl argumentierter Kritik sowohl an der Forschung über Rechtsextremismus als auch am politischen Kampf dagegen: Die Forschung weise „blinde Flecken im Bezug auf die Kategorie Geschlecht“ auf. Ein zentrales Element von Rechtsextremismus ist die Naturalisierung und Biologisierung gesellschaftlicher, also menschlich

geschaffener Ungleichheiten. Wenn Rechtsextreme also Angriffe auf das naturalisierte Geschlechterverhältnis zuließen, würde mit dessen „Unveränderlichkeit“ auch die „Unveränderlichkeit“ anderer naturalisierter gesellschaftlicher „Tatsachen“, etwa die der „Volksgemeinschaft“, Schaden nehmen. Die naheliegende Frage danach, warum gesellschaftliche Verhältnisse nicht nur im Rechtsextremismus ideologisch als natürlich betrachtet werden, bearbeitet der Band leider nicht explizit. Sie wären Dreh- und Angelpunkt des im Buch sehr wohl analysierten Zusammenhangs zwischen bürgerlicher und rechtsextremer Ideologie.

In ihrem zweiten Beitrag „Ausgetanzt!“ bilanziert Goetz den erfolgreichen politischen Kampf gegen den Wiener Akademikerball und seine burschenschaftliche Vorgängerveranstaltung, den WKR-Ball. Auch hier wurde, so Goetz, die Kritik an der burschenschaftlichen Vorstellung vom Geschlechterverhältnis oft nur mitgemeint. Außerdem kritisiert sie die Unschärfe bei der Charakterisierung des „völkischen Events“ als lediglich „rechtsaußen, Rechts-Event“ oder rechtspopulistisch. Insbesondere beanstandet sie, dass linke Bündnisse den Antisemitismus zu wenig kritisieren, der die Veranstaltungen ideologisch trägt und an konkreten Äußerungen rund um den Ball sichtbar wird. Diese Kritik kann antifaschistischer Politik durchaus auch bei anderer Gelegenheit dazu dienen, solche Leerstellen zu vermeiden.

Ein Auftakt nach Maß

Der Beitrag von Lucius Teidelbaum zu „Obdachlosenfeindlichkeit und BettlerInnenhass“ schließlich setzt ein auch in emanzipatorischer Wissenschaft marginalisiertes Thema. Die „Chronologie des Rechtsextremismus in Österreich 2013“ gibt einen Einblick in österreichische Zustände. Carina Klammers Beitrag diskutiert den verschleiern den Begriff „Islamophobie“ und sein Verhältnis zu Rassismus und Antisemitismus. Alles in allem ist dieser erste Band theoretisch wie politisch der Auftakt wichtiger Kritik für Akademia und Antifa.<



*Forschungsgruppe
Ideologien und
Politiken der
Ungleichheit (FIPU):
Rechtsextremismus.
Entwicklungen und
Analysen – Band 1,
Mandelbaum. Wien
2014, 272 Seiten.*



Von allen guten Geistern verlassen?

Von „Geisterschiffen“ ist die Rede, wenn es um Flüchtlinge geht, die auf riesigen ausgemusterten Containerschiffen über das Meer kommen. Doch der Begriff ist zynisch.
Eine Sprachkritik von Sebastian Huber

„Invasion der Geisterschiffe bedroht EU“ (*Die Welt*).
Kaum hatte das neue Jahr begonnen, trieben die alten Geister allen Feuerwerkskörpern zum Trotz wieder ihr Unwesen an den Grenzen Europas. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich das Wort ‚Geisterschiff‘ in der öffentlichen Diskussion. Geprägt wurde es von Ewa Moncure, Sprecherin der seit letztem Jahr für den Schutz Europas Außengrenzen verantwortlichen Organisation *Frontex*.

Viele Hundert Menschen an Bord

Mit dem Auslaufen des italienischen Hilfsprogramms *Mare Nostrum* zum 31.10.2014 (Trick or Treat!) übernimmt seitdem die Grenzschutzagentur, deren Name vom französischen ‚frontières extérieures‘ abgeleitet ist, unter dem größeren EU Projekt *Triton* (benannt nach dem Sohn des Poseidon) die Überwachung an Europas Grenzen. Frau Moncure mag schlicht die Absicht gehegt haben, den neuen Grad an Grausamkeit der Schlepper hervorzuheben, die schon seit längerer Zeit ausgesonderte Frachtschiffe zum Transport von Geflüchteten nach Europa benutzen. Waren es zuvor wenige hundert Menschen, die sich auf Schlauchbooten und rostigen Fischkuttern Richtung Europa aufmachten, so gehen die Passagierzahlen dank der Kapazität von großräumigen Frachtern deutlich nach oben. Mit schrottreifen Ozeanriesen wie *Blue Sky M* und *Ezadeen* verdienen die Schlepper nach Schätzungen des *Spiegel* um die 300.000 US-Dollar pro Flüchtlingstransport.

Was mir jedoch an Moncures Ausspruch aufstößt, ist die Beschreibung dieser neuen Praktik der Schlepper durch ein altes Mysterium der Schifffahrt, das Geisterschiff. Da

bei ansteckenden Krankheiten an Bord meist kein Entkommen war, geschah es immer wieder, dass die gesamte Besatzung eines Schiffes auf längeren Routen allmählich dahinsiechte und der Kahn führerlos durch die Gewässer geisterte.

Geisterhaft verschwinden allenfalls die Schlepper

Aber die Metapher trifft nicht. Es handelt sich bei den vor Europas Grenzen ankommenden Frachtern nicht um Geisterschiffe. Wer abwesend ist, sind höchstens die Schlepper. Die Schiffe sind nicht verlassen und menschenleer. Im Gegenteil. Zu hunderten kauern die Flüchtlinge unter Deck. Sie sind nicht nur am Leben, sie haben sich aufgemacht, ein besseres zu suchen. Für das Unheimliche, die Furcht, die Europa vor diesen Massen an Lebenshungrigen hat, scheint das Bild des Geisterschiffs das passende zu sein. Europa, an den Außengrenzen wie im innersten Herzen, hat *Schiss* vor dem Ansturm an Wesen, die Anspruch auf etwas erheben, was es ihnen nicht zugestehen will (Das Boot ist voll!): ein Leben in Würde und Sicherheit. Das ist die Angst, die herumspukt: Zu realisieren, dass wir es keineswegs mit geisterhaften Erscheinungen zu tun haben, sondern mit Menschen, die leben wollen.<

Sebastian Huber
ist Mitgründer des
Münchner Flüchtlingsprojekts
wolkenschlösser und
Lehrer für Englisch
an der SchlaU-
Schule.



Coming soon

mehr unter www.bellevuedimonaco.de

450

Um auch in Zukunft unabhängig und bayernweit Flüchtlinge unterstützen zu können, benötigt der Bayerische Flüchtlingsrat 1.000 Fördermitglieder. 550 hat er bereits - fehlen also nur noch 450. Werden Sie Fördermitglied unter www.fluechtlingsrat-bayern/spenden.html



Bayerischer
Flüchtlingsrat

